UTOPIEkreativ
Diskussion sozialistischer Alternativen
161 · März 2004

Monatliche Publikation, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VorSatz 195

Essay

ULRIKE KÖPP
Der fremde und der vertraute Blick 197

Gesellschaft – Analyse & Alternativen

WOLFGANG FRITZ HAUG
Was tun?
Die verwandelte Wiederkehr einer Gründungsfrage 202

JÖRG ROESLER
Die New Economy – ein Wiederholungsfall?
Überlegungen zu ihrer Einordnung in die
Wirtschaftsgeschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts 215

Politik aktuell

HORST DIETZEL
Mehr Gegensätze als Gemeinsamkeiten.
Ein Vergleich der Grundsatzprogramme von PDS
und Bündnis 90/Die Grünen 227

MONIKA VON DER LIPPE
Die PDS in der überregionalen Tagespresse.
Eine Analyse im Kontext der Bundestagswahl 2002
und mit Blick auf die Europawahlen 2004 238

SED historisch

ULLA PLENER
»Sozialdemokratismus« – Instrument der SED-Führung
im Kalten Krieg gegen Teile
der Arbeiterbewegung (1948-1953) 248

Rußland heute

KARL-HEINZ GRÄFE
Die Wiedergeburt des Kapitalismus in Rußland 257

Konferenzen & Veranstaltungen

Aufruf der sozialen Bewegungen und Massenorganisationen
Mumbai, Indien, Januar 2004 268

ULRICH BUSCH
Perspektiven kapitalistischer Ökonomie 272

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 276

Bücher & Zeitschriften

Rudolf Böhlke, Joachim Spill, Gerd W. Stürz:
Das entfesselte Wirtschaftswunder.
Ein Gedankenspiel zur Zukunft Deutschlands
(ARNDT HOPFMANN) 278

Klaus Kinner (Hrsg.)
Menetekel 17. Juni 1953
(ERNST WURL) 279

Roland Müller: Wege zum Ruhm.
Militärpsychiatrie im Zweiten Weltkrieg –
das Beispiel Marburg
(PEER HEINELT) 281

Wilfriede Otto:
Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente
(JOCHEN CERNY) 283

Klaus Schubert, Martina Klein:
Das Politiklexikon
(FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER) 284

»Dem freien Geiste freien Flug«.
Beiträge zur deutschen Literatur für Thomas Höhle.
Hrsg. v. Dieter Bähtz, Manfred Beetz u. Roland Rittig
(KAI AGTHE) 285

Summaries 286

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 288

VorSatz

In einem alten Märchen ist die Rede von einer längst vergangenen Zeit, in der das Wünschen noch geholfen hat. Als dies vor fast zwei Jahrhunderten aufgeschrieben wurde, war jene Zeit bereits graue Vorzeit. Nun sollte man meinen, daß sich diese Botschaft – das Wünschen allein verändert die Wirklichkeit nicht – mittlerweile herumgesprochen hat. Das gilt aber offenbar nicht für die politischen und wirtschaftlichen Eliten in unserem Land. Sie hatten sich gewünscht, durch die Erhebung einer Maut (laut Duden altertümlich für Zoll) für LKWs auf deutschen Autobahnen den maroden Staatsfinanzen mit Milliarden-Beträgen auf die Sprünge zu helfen. Das wurde auch fest im Staatshaushalt eingeplant. Aber wie es mit Wünschen eben ist, wurde daraus bekanntlich nichts. Machtlos stehen die Regierenden vor diesem Dauer-Desaster, das sie selbst verschuldet haben. Eine Firma Toll Collect, von der zuvor niemand etwas gehört hat, hat den lukrativen Auftrag geschluckt, aber bisher nicht erfolgreich erfüllen können. Diese Firma ist, worüber kaum jemand spricht, eine Tochter zweier deutscher Großkonzerne, DaimlerChrysler und Telekom. Diese Flaggschiffe der deutschen Industrie sind also wesentlich mitbeteiligt.

Nicht klar ist, ob diese Wiedereinführung von mittelalterlichen Wegezöllen ökologisch und ökonomisch überhaupt sinnvoll ist. Die erhofften Beträge können ja – irgendwann – nur eingespielt werden, wenn der LKW-Verkehr nicht ab- sondern zunimmt, bekanntlich ein Hauptverursacher von Luftverschmutzung. Darüber hinaus kann man sicher sein, daß die Transportunternehmen diese Zusatzkosten nicht selbst tragen werden, sie werden sie weitergeben. Da die Bestandteile eines jeden Joghurtbechers in Deutschland mehrfach hin und her transportiert werden, landen sie am Ende multipliziert bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern, bei den privaten Haushalten. Da diese wiederum – im Unterschied zu den Politikern – wissen, daß sie nicht mehr ausgeben können, als sie haben, führt das wahrscheinlich insgesamt zu Konsumreduzierung und damit letztlich auch zur Minderung bei den Steuereinnahmen. Der Versuch, mit der Maut Haushaltlöcher zu stopfen, reißt an anderen Stellen neue Löcher wieder auf. Auch deshalb ist die Maut ein Symbol für die Unzulänglichkeiten der Regierenden.

Ein weiteres Symbol dafür ist die eben eingeführte Praxisgebühr. Faktisch handelt es sich um eine neue Kopfsteuer, jetzt eben nicht wie z. B. im alten Preußen auf Salz, sondern auf die Wahrnehmung des Rechtes auf Gesundheit. Dahinter steht wiederum ein Wunsch, der Wunsch, Löcher bei den Krankenkassen zu stopfen. Rational ist

diese Gebühr mit nichts zu begründen, ihr entspricht keine Leistung, die Leistung kommt erst danach, und für sie haben die Versicherten bereits ihre Beiträge gezahlt. Die regierende politische Elite hat sich dafür entschieden, weil sie an die wirklichen Ursachen der Finanzmisere im Gesundheitswesen nicht heran will: die Preispolitik der Pharmaindustrie, den Eigenverbrauch der Versicherungsträger, generell die Besitzstandswahrung in der »Gesundheitsindustrie«. Auch hier sind die Folgen nicht bedacht oder werden ignoriert. Zum einen ist es eine Kaufkraftreduzierung und damit schädlich für die Binnennachfrage. Zum anderen vertieft es soziale Ungleichheiten in der Wahrnehmung des Rechts auf gesundheitliche Betreuung. So mancher Arztbesuch wird aufgeschoben oder unterlassen werden, weil sich viele diese 10 € einfach nicht leisten können. Das führt natürlich nicht zu weniger Krankheiten, sondern zu mehr und schwereren. In der Bevölkerung gilt die Praxisgebühr als unverständlich und als extrem ungerecht, sie verstärkt das ohnehin verbreitete Gefühl der Machtlosigkeit.

In Düsseldorf stehen derzeit sechs Spitzenmanager deutscher Großunternehmen vor Gericht, wegen Bereicherung und Beihilfe zur »Vorteilsnahme«, was nur ein Tarnname für gewaltige Korruption ist. Das Erstaunliche ist, daß es tatsächlich zur Anklage kam. Entsprechend verhalten sich die Angeklagten, mit Siegerpose verkündet Josef Ackermann, immerhin Chef der Deutschen Bank, sie hätten nur getan, was »im Wirtschaftsleben üblich« sei. Die private Bereicherung am eigenen Unternehmen und dem anvertrauten Kapital ist also in diesen Kreisen das Übliche! Dagegen ist die Gottesanbeterin ein geradezu gutherziges Geschöpf, sie frisst ihr Männchen erst nach erfolgreicher Befruchtung.

Und da ist der Fall Florian Gerster. Gestartet war er mit den Vorschusslorbeeren des großen Reformers. Was er vor allem reformiert hat, war der Name, er hat die »Bundesanstalt für Arbeit« in »Bundesagentur für Arbeit« umbenannt. Auffallend war die Inszenierung seiner persönlichen Erscheinung, offenbar orientiert auf ein Maximum an Arroganz. Schon Hegel wusste, daß Wesen und Erscheinung eine Einheit bilden. Selbstherrlich hat er über Millionenbeträge verfügt und für Verträge mit Wirtschaftsberatungsunternehmen zum Fenster hinaus geworfen. Das ist Geld, das den Arbeitslosen zusteht, aber bei denen wird gespart und gestrichen, ihre Anspruchsfristen werden verkürzt, Langzeitarbeitslose auf Sozialhilfe gesetzt. Gerster hat die Verträge jenem Unternehmen zugeschanzt, dessen Chef in der Hartz-Kommission eben diese Projekte vorgeschlagen und durchgesetzt hat. Was für ein gigantischer Selbstbedienungsladen verbirgt sich hinter dieser Arroganz und dem Wortgeprassel von »Reformen«, ja, »Jahrhundertreformen«!

Alle diese Vorgänge und Fälle sind Zeugnisse für den Zustand der gegenwärtigen Eliten in Deutschland: Sie sind eitel und selbstherrlich, ihre Phantasie ist darauf beschränkt, den »kleinen« Leuten immer tiefer in die Taschen zu greifen, und sie lassen sich von Wunschdenken leiten. Max Weber benannte »zwei Arten von Todsünden auf dem Gebiet der Politik: Unsachlichkeit und ... Verantwortungslosigkeit«.

DIETMAR WITTICH

ULRIKE KÖPP

Der fremde und der vertraute Blick

Ein Sammelband gibt Anlaß zur Diskussion. In ihm sind Beiträge publiziert, die im Oktober 1998 auf einem Symposium der Stiftung Weimarer Klassik vorgetragen wurden.[1] Die Debatten über Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht müssen lebhaft gewesen sein. Die gedruckten Beiträge jedenfalls lesen sich spannend, und dies nicht zuletzt deshalb, weil ihnen so sehr die unterschiedlichen Generations- und Lebenserfahrungen sowie die politisch-geographische Herkunft und Prägung ihrer Autorinnen und Autoren anzumerken sind. Auch wenn sie sich auf einer einigermaßen gesicherten Ebene der Institutionen-, Disziplin-, Ideen- und Ideologiegeschichte bewegen, differieren allein schon die Wahrnehmungen des Gegenstandes je nach gesellschaftlichen und individuellen Erfahrungen und erst recht die Befunde und Interpretationen. Ein solcher Sammelband verführt darum dazu, auch den Subtext zu lesen.

Zu diesem Versuch bietet sich die Erkundung der umstrittenen Persönlichkeit von Gerhard Scholz an. Gunter Schandera befindet, daß die Interpretationen, die der Germanist und Philosoph 1964 in Gesprächen mit der Jugend- und Studentenzeitung *Forum* zu Goethes »Faust« entwickelte, die Jugend der DDR ziemlich geraden Wegs auf die militärische Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 vorbereitet haben müssen. Diese Deutung weckte bei mir erst ungläubiges Erstaunen, dann jedoch lebhafte Erinnerungen. Und zwar Erinnerungen an eine von Neugier, Anstrengung und Lust erfüllte Zeit, in der ich mich vor dem Abitur, mit Hilfe von Scholz' »Faust-Gesprächen«, auf einen Vortrag über Goethes Dichtung vorbereitete. Meine Erinnerungen zu überprüfen, blätterte ich in dem broschürten Band und erkannte meine wilden Unterstreichungen von damals wieder, die Worte hervorheben wie »die Entwicklung der Genußfähigkeit gegen die vom Feudalismus gepredigte Askese«, »soziale Voraussetzungen (für) die Utopie einer einheitlichen Persönlichkeit« oder jene Passagen, in denen Scholz den Gretchen-Teil des Goethischen »Menschenbefreiungsdramas« erörtert: »Die Schranken der Klassengesellschaft (...) haben die Frau in zweifacher Beziehung zur Sklavin gemacht: In der Unterdrückung durch den Mann als dem Haupt der Familie; und in der Trennung und Isolierung von den Produktivkräften (...). Für Goethe verband sich der Gedanke revolutionärer Veränderung, Umwälzung, Erneuerung mit der Utopie des Tätigwerdens der Frau in der Gesellschaft, der über die bürgerliche Frauenemanzipation hinausgeht.« Lassen wir mal die Klassengesellschaft beiseite, so könnte wohl auch eine Feministin noch heute diese Sätze unterstreichen.

Ulrike Köpp – Jg. 1951, Dr. phil., Kulturhistorikerin, Berlin

1 Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht. Hrsg. von Lothar Ehrlich und Gunther Mai, Böhlau Verlag Köln, Weimar, Wien 2000. Der Band. enthält folgende Beiträge: Gunther Mai: Staatsgründungsprozeß und nationale Frage als konstitutive Elemente der Kulturpolitk der SED; Anne Hartmann: »Züge einer neuen Kunst«? Ästhetische Konzepte der SMAD und ihre Herkunft aus dem Stalinismus; Manfred Jäger: Kulturrevolution von oben – Plan und Praxis; Ralph Jessen: »Bildungsbürger«, »Experten«, »Intelligenz«. Kontinuität und Wandel der ostdeutschen Bildungsschichten in der Ulbricht-Ära; Karl Robert Mandelkow: Restauration oder Neuanfang? West-östliche Konfigurationen der Goetherezeption im ersten Nachkriegsjahrzehnt; Gerd Dietrich: »Die Goethepächter«. Klassikmythos in der Politik der SED; Jens-F. Dwars: Johannes R. Becher – der »klassische Nationalautor« der DDR?; Rainer Rosenberg: Das klassische Erbe in der Literaturgeschichtsschreibung der DDR; Leonore Krenzlin: Gerhard Scholz und sein Kreis. Bemerkungen zu

einem unkonventionellen Entwurf von wirkender Literatur und Literaturwissenschaft; Gunter Schandera: Klassik als Bildungskonzept; Christine Lost: Die »Weimarer Klassik« in Pädagogisierungsprozessen der DDR-Gesellschaft; Lothar Ehrlich: Die Goethe-Gesellschaft im Spannungsfeld der Deutschland- und Kulturpolitik der SED; Ursula Heukenkamp: Goethe-Rezeption. Wandel von kulturellen Mustern in der DDR der sechziger Jahre; Heike Steinhorst: Zur Klassikdebatte in den »Weimarer Beiträgen«; Marcus Gärtner: Weimar und Bitterfeld. Vom Umgang mit kulturellen Traditionen im technischen Zeitalter; Ingeborg Cleve: Zwischen Ideal und Wirklichkeit. Klassik in Weimar in der Ära Holtzhauer (1954-1973); Rikola-Gunnar Lüttgenau: Buchenwald wird in die DDR eingemeindet.

Unter meinen Hervorhebungen fand ich schließlich auch jene Reizworte und Wendungen, die Schandera zitiert wie »Zwingherrenfunktion«, »Krise zum Tod« oder die »Robustheit (von Fausts) Willen zur Gewalt für den historisch notwendigen Sieg«. Allerdings hat er sie aus dem Kontext der Scholzschen Argumentation herausgerissen, um die »dunkelsten Seiten« der »Pädagogisierung der Klassik« in der DDR-Schule belegen zu können. Wo Scholz bei Goethe die gewaltsame Überwindung der feudalen Gesellschaft und Entfesselung kapitalistischer Produktivkräfte verhandelt sieht, da liest Schandera etwas von kommunistischer Diktatur. Ein solches Vorgehen ist so billig wie delikat, belegt es doch unfreiwillig, wie zweifelhaft die »Engführung des Instrumentalisierungskonzepts als Fragestellung« ist, wie die Herausgeber – sich mit dem Begriff Engführung selbst vorsichtig distanzierend – den in der Publikation waltenden Interpretationsansatz beschreiben. Schanderas Beitrag findet denn auch noch sein komisches Ende. Er vermutet nämlich, daß das Nachwirken des eschatologischen Bildungs- und Erziehungsprogramms der Ulbricht-Zeit manche der Probleme erklären könnte, mit denen in der DDR Herangewachsene nach ihrer »Transformation« in die BRD zu tun hätten. Er bewegt sich damit freilich auf vergleichbar schlichtem Niveau wie Paul Verner und Horst Sindermann, die er eingangs als Kronzeugen für »Klassik als Bildungskonzept« anführt – womit er den Genossen des SED-Politbüros zu viel Ehre antut. Und daran merkt man den Westdeutschen – er nimmt Äußerungen dieser Funktionäre ernst, über die ein kritischer DDR-Bürger nur gelacht hätte.

Kurzschlüssige Interpretationen dieser Art nähren nicht nur das ungute Gefühl, daß das Instrumentalisierungskonzept vor allem dazu taugt, vorgefaßte Meinungen und gewünschte Forschungsergebnisse zu begründen. Der stereotype Befund der Instrumentalisierung hat nach rund zehn Jahren Forschungen zur Geschichte der DDR beinahe schon etwas Rituelles. Egal, ob die DDR die Weimarer Klassik oder den Antifaschismus bzw. den kommunistischen Widerstand zu ihrer historischen Rechtfertigung benutzte – wo auf diesen Befund nicht die Suche nach Erklärungen dafür folgt, da impliziert er in der Umkehrung nur, der DDR ihre historische Legitimität abzusprechen. Die Frage nach Erklärungen für derlei »Instrumentalisierung« führte zu der unter anderem sehr einfachen Antwort, daß Menschen ihr Handeln immer mit einem Sinn zu begründen suchen. Wie das Bürgertum einst seine Banken in der Hülle antiker Tempel errichten ließ, so beriefen sich deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten beim Aufbau des Staates DDR halt auf die Weimarer Klassik. Denn historisches Handeln verlangt nach einem höheren Sinn und edlen Motiven. Umgekehrt kann es aber auch sein, daß Menschen so Unsagbares in ihrem Leben durchleiden mußten, daß sie diesem, um es ertragen und weiterleben zu können, wenigstens im nachhinein noch einen höheren, einen historischen Sinn geben müssen – so wie dies Kommunisten mit ihren Leiden und ihrem Widerstand im Konzentrationslager getan haben. Solche Einsichten bleiben Rikola-Gunnar Lüttgenau freilich verschlossen, bietet er doch – eben mit dem Focus Instrumentalisierung – nur eine schlechte Kopie der gewichtigen Studien seines (zeitweiligen?) Dienstherren Volkhard Knigge, des Leiters der Stiftung Gedenkstätte Buchenwald.

Bedenkt man einmal die vielfältigen, auch in anderen als historiographischen Zusammenhängen vorgebrachten Vorwürfe der Instrumentalisierung, so will es scheinen, daß er immer auch von Berührungsängsten getragen ist, und zwar von Berührungsängsten vor dem eminent Politischen des befundenen Sachverhaltes. Der Vorwurf oder die Warnung vor Instrumentalisierung scheint eine Formel, um Distanz zu einer politischen Position einzulegen oder um sich selbst vor politischen Zuschreibungen von anderer Seite zu schützen.

So ist man denn geneigt, mit Friedrich Schiller zu fragen, was ist und zu welchem Ende studieren wir DDR-Geschichte? Ein jeder studiert sie anders bzw. aus anderen Beweggründen; aber so viel scheint doch gewiß: Den meisten Gewinn versprechen jene Beiträge, in denen sich die in Jahrzehnten angesammelten Forschungserfahrungen der Autoren mit der Reflexion des eigenen wissenschaftlichen Tuns und dessen gesellschaftlichen Bedingungen glücklich verbinden. Genannt seien hier nur Leonore Krenzlin und Karl Robert Mandelkow. Die eine noch einmal Gerhard Scholz' wegen; denn die Ostdeutsche kann glaubwürdig beschreiben, daß der schon allein vom Habitus her nicht zum Dogmatiker taugte, als den Westdeutsche ihn gern sehen. Selbst noch der kenntnisreiche Westdeutsche Mandelkow mißversteht Scholz; ansonsten bestätigen seine vergleichenden Betrachtungen zur Goetheforschung nach 1945 in Ost und West einmal mehr, daß Studien zur DDR-Geschichte immer dann gewinnen, wo die an sie gestellten Fragen jeweils auch an die vergleichbare gesellschaftliche Praxis in der Bundesrepublik gerichtet werden. Man erhält dann das gespiegelte Bild zurück oder auch das Gegenstück, eben ganz so, wie die beiden Staaten sich im wirklichen Leben immer aufeinander bezogen haben.

Ein solches Herangehen freilich setzt voraus, den historischen Eigensinn der DDR ernst zu nehmen und sich unvoreingenommen auf sie einzulassen. Wobei sich gar nicht immer sagen läßt, was dabei hilfreicher ist, der »vertraute« Blick des Ostdeutschen oder der »fremde« Blick des Westdeutschen. Westdeutsche geben sich unzweifelhaft da zu erkennen, wo sie etwas fremd oder erstaunlich an der DDR finden. Marcus Gärtner erscheint die »technokratisch(e) und fortschrittsoptimistisch(e)« DDR der sechziger Jahre fremd. Er entdeckt dem Leser da zwar etwas, spricht aber vor allem von seinem Vorurteil von einem – gegenüber der BRD selbstredend – zurückgebliebenen Land. Wenig erhellend hingegen ist der fremde Blick von Manfred Jäger auf die Denkungsart von Alfred Kurella. Jäger stößt bei Kurella auf den Begriff der Aneignung und – aufgewachsen im demokratischen Rechtsstaat sowie befangen im bürgerlichen Eigentumsrecht – kann er ihn überhaupt nur juristisch denken. Wenn Kurella die Kategorie in ihrer höchsten philosophischen Verallgemeinerung gebraucht, wenn er von der Aneignung der bürgerlichen Kultur im Sozialismus spricht, beschwert sich Jäger über die bei Kurella vermeintlich intendierte klassenkämpferische Enteignung des Bürgertums von seiner Kultur – und offenbart seine Bildungslücken. Er hat nicht wie Kurella in den *Ökonomisch-Philosophischen Manuskripten* von Karl Marx über die »Aneignung der menschlichen Wesenskräfte« gelesen, vielleicht nicht mal Apostel

Paulus, bei dem es heißt, daß das »alte Gesetz« durch den neuen Geist des Erlösers »aufgehoben« sei und damit ganz wie Kurella das Alte im Neuen bewahrt fand.

Wie die Befangenheit in eingeübten Wahrnehmungsmustern einen Forscher selbst in seinem methodischen Zugriff auf einen Gegenstand leiten kann, läßt sich bei Ralph Jessen lesen. Er vermisse, so begründet er seinen Beitrag, in der Sammlung der politischen Kampfbegriffe der SED der fünfziger Jahre den Begriff des Bildungsbürgers. Nun kennt auch der geprüfte DDR-Bürger diese Kampfbegriffe; den des Bildungsbürgers würde er aber nicht vermissen. Er weiß, daß die alten Eliten umworben und hochbezahlt waren, und ihm selbst war schließlich vom Staat aufgetragen, auch ein gebildeter Mensch zu werden. Wenn Jessen den in der historischen Bürgertumsforschung erprobten Begriff des Bildungsbürgertums heuristisch an die gesellschaftliche Praxis der DDR anlegt, so erscheint dies nicht nur einigermaßen umständlich. Statt sich zunächst wenigstens empirisch auf das historisch Neuartige dieser Gesellschaft einzulassen, begreift er sie a priori als ein mit Mängeln und kulturellen Verlusten behaftetes Gebilde.

Originell und erhellend wäre es hingegen gewesen, die gewohnten Begriffe auf dem Vordergrund der DDR neu zu befragen. Nahegelegen hätte da zum Beispiel der Begriff der Autonomie, die Jessen immer wieder als ein exquisites Merkmal des Bildungsbürgers vermerkt. Nur stellt er nie die Frage, wovon der Bildungsbürger eigentlich autonom ist – und wozu? Oder anders gefragt: Wie gelangt der Bildungsbürger zu seinem finanziellen Vermögen, und was stellt er damit an? Fragen ließe sich genauso aber nach dem abhängig beschäftigten Bildungsbürger: Womit verdient er sein Brot, und wozu verwendet er seine Bildung und seinen Sachverstand?

Allein schon mit der kritischen Befragung von Begriffen und ihres gängigen Gebrauchs ließe sich leicht den sozialökonomischen und den gesellschaftlichen Beziehungen, die sie ja vielleicht abbilden – oder auch verschleiern –, auf den Grund kommen. Und dann ließe sich befinden, ob sie zur historischen Analyse taugen. Aber es mag sein, Sprachkritik wird an den historischen Fakultäten nicht gelehrt, nicht geübt die Sensibilität auch für den inneren Zusammenhang von Sprach- und Gesellschaftskritik. Das Bewußtsein für einen solchen Zusammenhang freilich hätte auch ein bestimmtes Verständnis von Wissenschaft zur Voraussetzung, hätte zur Voraussetzung, Wissenschaft als kritische Begleitung gesellschaftlicher Praxis zu verstehen. Bei Ralph Jessen hingegen blitzt gelegentlich auf, wie sein Denken von der marktwirtschaftlichen Gesellschaft geprägt ist, in der er lebt. Man möchte sich die Augen reiben, wenn er erklärt – und vor allem wie er erklärt –, was eine Profession sei. Danach meine eine Profession üblicherweise die »Dienstleistungstätigkeit auf der Basis wissenschaftlichen Wissens«. Üblich ist ein solches Verständnis nun aber erst seit den zurückliegenden neunziger Jahren, seit sich, mit der Entwicklung der Dienstleistungsgesellschaft, auch eine zunehmend marktförmige Betrachtung aller gesellschaftlichen Beziehungen durchsetzt. Dabei ist die Dienstleistung dabei, zu einer neuen Ideologie zu avancieren, denn der Begriff suggeriert, der »Dienstleister« tue jemandem Gutes, und verbrämt doch nur, daß da

einer gegen schnödes Geld seine Leistung verkauft. Und damit wäre auch zurechtgerückt, daß die »Basis« der Profession nach Jessens Verständnis nicht das »wissenschaftliche Wissen« ist, sondern das Geld. Sein »wissenschaftliches Wissen« aber ist tatsächlich die Ware, die er verkauft.

Während Jessens Begriff von einer Profession also von marktförmigem Denken geprägt ist, wollen wir hier der Profession ihre Ehre wiedergeben. In alten Zeiten hatte der gebildete Mann eine Profession. Er fühlte sich zu etwas berufen. Er fühlte sich berufen, etwas mitzuteilen und weiterzugeben. Wo das Wissen um diesen Sinn – und auch die Haltung? – verloren zu gehen scheint, hilft schon ein Blick in das etymologische Wörterbuch. Es erinnert daran, daß eine Profession nicht nur das Handwerk, den Beruf oder ein Gewerbe meint, sondern eben noch eine übertragene Bedeutung hat. Danach wolle ein Mensch mit einer Profession »laut und öffentlich erklären, bekennen, kundtun«. Mit dieser Erklärung aber ist auch der Bezug auf eine Öffentlichkeit intendiert. Denn die Gesellschaft ist es – und stellvertretend die Universität –, die den Gelehrten auf einen Lehrstuhl beruft, ihm eine Professur gibt. Wüßte Jessen noch um diese Bedeutung, hätte er vielleicht einen treffenden Zugang zu den Bildungsschichten der DDR gefunden. Und an diesem Punkt nun läßt sich noch einmal auf Gerhard Scholz zurückkommen. Scholz war kein Dienstleister. Er war aufgrund seines Lebenslaufs ein akademischer Außenseiter, hatte aber wohl gerade darum auch etwas zu sagen. Nach dem Krieg aus englischem Exil nach Ostdeutschland gekommen, galt sein Augenmerk der Emanzipation des Menschen von einengenden und bedrückenden Lebensverhältnissen und von Bevormundung. Von daher galt sein Hauptinteresse nicht dem Ehrfurcht gebietenden Geheimrat, sondern dem jungen Goethe und dem ihm verbundenen Kreis der Stürmer und Dränger. Er entwickelte eine historisch-soziologisch vergleichende Literaturbetrachtung und lehrte seine Studenten, daß ein literarischer Text zu unterschiedlichen Zeiten immer wieder anders gelesen werden könne. Daß gerade dies das Wesen von Kunst ausmacht, weswegen sie sich platten ideologischen Interpretationen widersetzt. Nicht zuletzt eine solche Einsicht konnte Schüler von Scholz gegen eine vordergründig ideologisierende Betrachtung von Kunst immunisieren. Wohingegen die oben zitierte mutwillige Deutung der Scholzschen »Faust«-Interpretation eben nur eine ideologische Deutung ist.

WOLFGANG FRITZ HAUG

Was tun? Die verwandelte Wiederkehr einer Gründungsfrage

Wolfgang Fritz Haug – Jg. 1936, Prof. em. Dr., Sozialwissenschaftler, bis 2001 Professor am Institut für Philosophie der Freien Universität Berlin, u. a. Begründer und Herausgeber der Zeitschrift »Das Argument« und des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus«. Überarbeitete Fassung eines Vortrags beim Kongress der Partei der Arbeit der Schweiz, 22.-24. November 2002 in Vaumarcus (Neuchâtel); frz.: Que faire? Le renouveau den la question de la fondation communiste dans le capitalisme high-tech transnational, Genf 2003; zuerst erschienen in: High-Tech-Kapitalismus. Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie, Hamburg 2003. Zuletzt in UTOPIE kreativ: 1. Volxuni des »sozial forum« Tübingen/Reutlingen, Heft 147 (Januar 2003).

Neue Aurora: Bewegung der Bewegungen

Die Totenstarre, die der Zusammenbruch des europäischen Staatssozialismus über große Teile der Linken gelegt hat, ist neuer Bewegung gewichen. Der Horizont hat sich wieder geöffnet. Ein erstes »Geschichtszeichen«, wie Kant die Französische Revolution genannt hat, war der zapatistische Aufstand in Chiapas, dem Armenhaus Mexikos, in der Nacht zum 1. Januar 1994, dem Tag eins der nordamerikanischen Freihandelszone. Vom Militär wäre der Aufstand im Blut ertränkt worden, hätte nicht in Mexiko City eine enorme Massenbewegung Verhandlungen durchgesetzt. Das war das zweite, kaum weniger erstaunliche Ereignis. Die Aufständischen adressierten diese spontane Bewegung als die der »Zivilgesellschaft«. Nicht Machtergreifung erklärten sie zu ihrem Ziel, sondern eine Demokratisierung, die just dieser Zivilgesellschaft die entscheidende politisch-ethische Rolle einräumen würde[1]. Das dritte erstaunliche Ereignis war die Tatsache, dass aus der Initiative eines US-amerikanischen College-Studenten, der eine Web-Site für die zapatistische Bewegung eingerichtet hatte, eine weltweite Solidaritätsbewegung entsprang, vernetzt in einer Vielfalt, wie man sie bisher nicht gekannt hatte, mit einer Formensprache voller Ironie und Witz, gepaart mit großer Ernsthaftigkeit, wie sie dann beim »Intergalaktischen Kongress« hervorgetreten ist. Von den Zapatistas empfing diese pluralistische Bewegung das Losungswort »Gegen den Neoliberalismus«, verbunden mit der Losung: Ihr helft uns, indem ihr euch selbst gegen diese Heimsuchung helft, die einen Totalitarismus des Marktes anstrebt.

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Und Solidarisierung mit einer lokalen Rebellion kratzt den globalen Kapitalismus wenig. Doch in jener Orientierung auf den Neoliberalismus und die Rückwendung in die je eigene Gesellschaft war der Umschlag in eine Weltbewegung neuen Typs angelegt. Diese Bewegung trat 1999 in Seattle an den Tag, in noch größerer Vielfalt und überraschender Wucht, die selbst den US-Unterdrückungsapparat momentan in die Defensive brachte. »Die neue Aurora«, betitelte Ignacio Ramonet damals den Leitartikel von *Le Monde diplomatique,* in Anspielung an die Schüsse des Panzerkreuzers Aurora, die 1917 die russische Revolution eingeleitet hatten. Wo immer die Herren dieser Welt sich versammeln, strömt seitdem diese Bewegung der Bewegungen zusammen. Es sei denn, jene Herren retirieren, wie in Kanada, in ein kriegsmäßig abgesichertes Reservat, wo ringsum statt Menschen allenfalls Grizzlies leben.

Der nächste Schritt in dieser Renaissance sozialer Bewegungen war ihre konstruktive Wende in Gestalt des Weltsozialforums in Porto Alegre. »Die Welt ist keine Ware« und »Eine andere Welt ist möglich«. Das plurale Politikmuster der Zapatistas, die Orientierung auf eine »Welt, in der viele Welten Platz finden« – *un mundo en que caven muchos mundos* –, taucht in der Charta von Porto Alegre wieder auf und heißt jetzt, weniger prägnant als beim Subcomandante insurgente Marcos: »offener Raum der Begegnung für die Vertiefung der Reflexion, die demokratische Debatte von Ideen, die Formulierung von Vorschlägen und den Aufruf zu wirksamen Mobilisierungen von Strukturen und Bewegungen der Zivilgesellschaft, die sich dem Neoliberalismus und der Beherrschung der Welt durch das Kapital und jede Form des Imperialismus widersetzen und sich für den Aufbau einer weltweiten Gesellschaft engagieren, die geprägt ist von einer fruchtbaren Beziehung zwischen den Menschen und der Menschen mit der Erde.«[2]

Aus Globalisierungsgegnern waren Gegner der neoliberalen Globalisierung und Vorkämpfer einer anderen Globalisierung von unten geworden. Da der Globus das Aufmarschgebiet der Konzerne und Staatsmächte ist, aber die Welt, Mundus, die Welt der Menschen, können wir die Lexik spalten und der kapitalistischen Globalisierung die solidarische Mundialisierung der sozialen Bewegungen für ein nachhaltiges Zusammenleben auf der Erde entgegensetzen.

Der Prozess von Porto Alegre hat seither vielerorts zur Gründung von Sozialforen geführt. Und eine Organisation wie ATTAC zieht neue Mitglieder mit anscheinend unwiderstehlichem Magnetismus an.

Während zuletzt beim europäischen Sozialforum in Paris Jung und Alt zusammenströmten und der Protest gegen den imperialistischen Krieg und gegen die kapitalistische Ausbeutung von Mensch und Natur fröhliche und vielstimmige Auferstehung feierte, finden sich viele linkssozialistische und kommunistische Parteien in der Krise. Dem *Manifest der kommunistischen Partei* ist in seinen Tendenzaussagen zum Kapitalismus zwar neue Evidenz zugewachsen, doch an den kommunistischen Parteien geht diese Entwicklung vorbei. In Deutschland sind die Demokratischen Sozialisten aus dem Bundestag herausgewählt worden und haben sich in innere Kämpfe gestürzt, die Züge der Selbstzerstörung annehmen.

Was tun? Manche halten die Form Partei als solche für überholt. Soll sich eine überalterte und mit der Entwicklung nicht mitkommende KP in der neuen Bewegung der Bewegungen auflösen oder was soll sie tun? Allgemein gefragt: »Schicken die Bewegungen sich an, die Parteien zu ersetzen?«[3]

Roger Martelli hat die Gegenwart als »Scharnierphase« (phase charnière) charakterisiert, vergleichbar den Jahren um 1848 und 1917.[4] Freilich ist es keine Zeit großer Entwürfe, stehen wir doch vor den Trümmern dessen, was einmal *unsere Andere Welt* realsozialistisch hatte werden sollen. Frank Deppe bezweifelt, dass dies der geeignete historische Moment für eine sozialistische oder kommunistische Programmdiskussion ist.[5]

Doch die Scharnierfrage *Was tun?* stellt sich in der Tat heute wieder unumgehbar. Da es für uns nicht in Frage kommt, eine ge-

1 Vgl. hierzu Patricio Nolasco: Staat, Macht, Zivilgesellschaft und Demokratie, in: Ulrich Brand, Ana Esther Ceceña (Hg.): Reflexionen einer Rebellion. »Chiapas« und ein anderes Politikverständnis, Münster 2002, S. 216-240.

2 »Die Charta von Porto Alegre«, verabschiedet vom internationalen Rat des Weltsozialforums am 10. Juni 2001, http://www.attac.de/stuttgart/dokumente/ssf/chartawsf.htm

3 Christiane Jaquet-Berger: Un parti de luttes et d'espoir. Thesen zur Vorbereitung des Kongresses der Partei der Arbeit der Schweiz, 2002 (Ms.).

4 Roger Martelli: Le communisme, mais autrement. Vortrag beim Parteitag der Partei der Arbeit der Schweiz in Basel, 23. September 2000, in: Christiane Jaquet-Berger, Nicolas Pepin (Hg.), Parlementarisme et luttes politiques, Genf 2000, S. 59-67.

5 Wolfgang Fritz Haug, Frigga Haug (Hg.): Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden, Hamburg, Berlin u. a. 2002, S. 388 ff.

schichtliche Wende unhistorisch zu vollziehen, lade ich ein zu einer Zeitreise, hundert Jahre zurück, als Lenin in der Auseinandersetzung mit dem Ökonomismus das Eigenrecht der Politik und damit zugleich der Partei gegenüber der Arbeiterbewegung begründete. Denn dies ist der Einsatz von Lenins Schrift *Was tun?,* der Gründungsschrift des Bolschewismus, der ab 1917 ein dreiviertel Jahrhundert lang weltweit bestimmt hat, was unter politischem Kommunismus zu verstehen sei.

Erster Kontrast: Lenins »Was tun?«

Wie man an Kilometersteinen die Entfernung ablesen kann, so an bestimmten Positionen die Entfernung in der qualitativen Zeit, die wir Geschichte nennen. Eine solche Markierung bildet das Motto, das Lenin seiner Schrift vorangestellt hat. Es ist einem Brief Lassalles an Marx vom 24. Juni 1852 entnommen, wo es heißt, »daß der größte Beweis der Schwäche einer Partei das Verschwimmen derselben und die Abstumpfung der markierten Differenzen ist, daß sich eine Partei stärkt, indem sie sich purifiziert«[6].

In Parteisäuberungen durch den Ausschluss Andersdenkender, als deren Freiheit sich doch die Frage der Freiheit konkret stellt, sehen wir heute mehr das Problem als seine Lösung. Doch schon 1904 kritisierte Rosa Luxemburg in ihrer Lenin-Rezension den »rücksichtslosen Zentralismus« der russischen Partei: »Danach erscheint das ZK als der eigentliche aktive Kern der Partei, alle übrigen Organisationen lediglich als seine ausführenden Werkzeuge.«[7] Wirkt es nicht wie ein Omen, dass Lenin das Stichwort von Lassalle holte, den bereits Marx, im Namen gesellschaftlicher Selbstbewegung, wegen seines Staatssozialismus kritisiert hatte?[8] Wenn die Partei dieses Typs immer schon eine Art Gegen-Staatsapparat ist, wobei das Muster eines Apparatestaats dominiert – Gramsci würde von der *società politica,* der Staatsgesellschaft, sprechen –, so verorten sich die nach Erneuerung strebenden kommunistischen oder linkssozialistischen Parteien in dem, was Gramsci *società civile* nennt, der Zivilgesellschaft. Der Parteiausschluss, diese ermäßigte Form der jakobinistischen Guillotine, wird nurmehr in Fällen äußerster Parteischädigung angewandt. Freilich sind die Genossen nicht überall so zurückhaltend. Wie ein standhafter Zinnsoldat hat die portugiesische KP kürzlich drei Genossen ausgeschlossen, weil sie folgende drei Punkte befürworten: 1. Pluralismus der Meinungen statt demokratischer Zentralismus; 2. Bekenntnis zum Marxismus statt zu dem »durch die Geschichte diskreditierten Marxismus-Leninismus«; 3. Einheit der Linken statt Abgrenzung vor allem von der Sozialistischen Partei.[9]

Die meisten von uns dürfen sich mit-ausgeschlossen fühlen, so wie es ja auch nach unserer Erfahrung ausgeschlossen ist, in dieser alten Struktur wieder politikfähig zu werden.

Wenn es uns darum geht, zur Befähigung der Partei für linke Politik über die Parteigrenzen hinweg beizutragen, so ist das nicht in jeder Hinsicht neu. Lenin sah in Wilhelm Liebknecht den Typ des »Volkstribuns« verkörpert, »der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es

6 Vgl. W. I. Lenin: Werke, Bd. 5, Berlin 1976, S. 355.

7 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Band 1/2, Berlin 1970, S. 425 f. Luxemburg spricht vom »rücksichtslosen Zentralismus, dessen Lebensprinzip einerseits die scharfe Heraushebung der Absonderung des revolutionären Trupps der ausgesprochenen und tätigen Revolutionäre von dem sie umgebenden, wenn auch unorganisierten, aber revolutionär aktiven Milieu, andrerseits die straffe Disziplin und die direkte [...] Einmischung der Zentralbehörde in alle Lebensäußerungen der Lokalorganisation der Partei« ist. (Ebenda, S. 425.)

8 Der alte Victor Fay hat deshalb vorgeschlagen, statt von Marxismus-Leninismus von Lassalleanismus-Leninismus zu sprechen. Victor Fay: Du monolithisme aux différentes formes de pluralisme politique (Referat), sowie Différentes conceptions de la dictature du prolétariat (Diskussionsbeitrag), in: Sozialism in the World, 2. Jg., Nr. 9, Belgrad 1978, S. 5-18 und 94-97.

9 Vgl. Gerhard Wendorf: Kein Ende des Bruderzwists, in: Neues Deutschland, 6. November 2002.

versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um *vor aller Welt* seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um *allen* und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen«[10].

Davon ist das meiste noch aktuell, sieht man ab von der Rede von der »welthistorischen Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats«, die in heutigen Ohren, wenn wir von winzigen Randgruppen absehen, merkwürdig irreal klingt. Aber warum? Nicht weil wir an das »Ende der Arbeitsgesellschaft« glauben oder gar an Robert Kurz' groteske These vom »definitiven Ende« der Arbeit[11]. Das Proletariat ist zerstreut über den Globus. Die einzelnen Gesellschaften verbannen es in die Diaspora fragmentierter Arbeitsmärkte und Beschäftigungsverhältnisse. Nach Ort, Branche und Qualifikation, aber auch nach Geschlecht und Hautfarbe oder Herkunft klaffen Bedingungen und Gesinnungen an den Arbeitsplätzen – wie auch die Löhne – weiter auseinander als je zuvor.

Ob das nach allen erdenklichen Seiten fragmentierte Riesenheer heutiger Lohnarbeit – global war es noch nie so zahlreich –, ob dieses disperse Heer des Welt-Gesamtarbeiters jemals wieder auf den Namen »Proletariat« hören und sich damit identifizieren wird? Wir können es nicht wissen. Ein Aufruf wie »immaterial workers of the world, unite«, verhallt im Off wie ein studentischer Scherz.

Doch Lenins Themen, »Polizeiwillkür und kapitalistische Ausbeutung«, sind Evergreens. Natürlich haben Methoden und Erscheinungsformen sich gewandelt. Vor allem haben sich Physiognomie und Stoßrichtung »kapitalistischer Ausbeutung« vervielfältigt. Zudem erfahren wir täglich mehr, wie eine kapitalistische Ausbeutung von Naturressourcen nicht gebrauchte Bevölkerungsmassen brutal zur Seite schiebt und ganze Ökotope menschlicher Existenz zerstört.

Auch wenn wir in den Reichtumszonen der Gegenwart das Glück haben, nicht unter Gewaltregimen zu leben, so ist die Herstellung von Öffentlichkeit doch nicht leichter geworden. Die Herrschaft stützt sich auf Mittel der Erfassung und Kontrolle, dazu auf Mittel einer wie immer fragwürdigen Bedürfnisbefriedigung, die vor 100 Jahren, als Lenin *Was tun?* schrieb, kaum vorstellbar waren. Die audiovisuellen Medien globaler Reichweite, die »Bewusstseinsindustrien«, denen virtuelle Interaktionsmedien auf dem Fuße folgen, wirken im selben Augenblick zerstreuend und passivierend, indem sie zum ersten Mal uns Menschen dieser Welt ein grenzüberschreitendes Bild voneinander vermitteln, an dem unser Wille sich aktiv aufrichten könnte.

Die Medien der kleinen Leute, ihre Flugblattkultur und ihre anderen bescheidenen Publikationsmöglichkeiten, ihre »oral history«, die Gespräche am Arbeitsplatz oder in den Arbeitspausen, auf den Wegen zur und von der Arbeit oder in den öffentlichen Verkehrsmitteln, im Wirtshaus, im Kino, bei den Naturfreunden oder im Arbeitersportverein, auf der Straße des Arbeiterquartiers, früher beim Barbier – all diese Formen sind in den Zeit-Budgets, in der organischen Zusammensetzung der Kommunikations- und Meinungsbildungselemente und den entsprechenden Kräfteverhältnissen zwischen den

10 W. I. Lenin: Werke, Bd. 5, S. 437; vgl. auch Wolfgang Fritz Haug: Pluraler Marxismus, Bd. 1, Berlin/W 1985.

11 Robert Kurz (Hg.): Marx lesen. Die wichtigsten Texte von Karl Marx für das 21. Jahrhundert, Frankfurt/M 2000; vgl. Wolfgang Fritz Haug: Über einige Lorianismen des Robert Kurz, in: Das Argument 244, 44. Jg., H. 1, 2002, S. 85-90.

Klassen verkürzt, geschwächt oder verschwunden. Die sozialistischen oder kommunistischen Zeitungen und Zeitschriften krebsen am Rand des Untergangs, die mündliche Tradierung der Erfahrungen im Klassenkampf ist auf immer seltenere Zwischenräume und -zeiten eingeschränkt, am computerisierten Arbeitsplatz wird wenig gesprochen, die Wege zwischen den Orten des Wohnens und Arbeitens werden zumeist in der Einsamkeit des PKWs verbracht, wie die Abende in der von Günther Anders analysierten Einsamkeit der Masseneremiten vor dem Fernseher. Straße und Wohnquartiere sind hygienisch separiert, die Verhältnisse in den Mietshäusern anonymisiert, und die Arbeiterkultur ist weitgehend erloschen.

Kurz, man kann sagen, dass die Tradition des Tradierens »von unten« insgesamt vom Verschwinden bedroht ist und dass wir, was die Weiterentwicklung unserer Analysen und Strategien betrifft, unter einer »absence cruelle de lieux de débats« leiden.[12]

12 Christiane Jaquet-Berger, a. a. O.

Desto wichtiger ist jede organisierte Anstrengung zur Neuerfindung unserer Kultur der Solidarität, der Feste, des gemeinsamen Eingedenkens; die Pflege unserer Bibliothek (einschließlich der Buchhandlungen), unseres imaginären Museums, unserer Medien (um die Erinnerungen und die Werke lebendig zu halten); nicht zuletzt die Kultur der Theorie oder theoretische Kultur in praktischer Absicht, die Anregung von Lesezirkeln und Studienkreisen vor allem mit Jüngeren sowie die Schaffung von Foren, virtuellen, aber auch raum-zeitlichen, auf denen die Ergebnisse ausgetauscht werden können. Der Kampf um eine andere Welt braucht auch eine andere Philosophie, die den Bruch mit der jetzigen ins Fundament eingeschrieben hat, doch im Anschluss an Marx so, dass dieser Bruch nicht »mit der kapitalistischen Produktionsweise deren Früchte wegwirft«[13]. Es sollte sich verstehen, dass die Grenze zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern einer Partei für die Öffnung solcher Praxisfelder und Projektgruppen keine Bedeutung haben dürfen.

13 In den »Theorien über den Mehrwert« behandelt Marx zwei fürs Proletariat engagierte Schriftsteller, die die gegensätzliche Form der Errungenschaften der kapitalistischen Epoche mit diesen Errungenschaften selbst verwechseln. »Sie teilen hierin – wenn auch von dem umgekehrten Pol – mit den Ökonomen die Borniertheit, die *gegensätzliche Form* dieser Entwicklung mit ihrem Gehalt selbst zu verwechseln. Die einen wollen den Gegensatz verewigen seiner Frucht wegen. Die andren sind entschlossen, um den Gegensatz loszuwerden, die in dieser antagonistischen Form herangewachsenen Früchte aufzuopfern.« Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 26.3, S. 257.

Das Stichwort des Virtuellen deutet darauf hin, dass mein pessimistisch stimmendes Bild vom drohenden Verschwinden der Tradition des Tradierens einseitig war. Ins Internet geht man allein, trifft aber auf Gesellschaft. Das Schwarze Brett, der Unterhaltungsraum (»chat room«), die thematische »Liste« und die elektronische Zeitung sind mächtige Medien. Noch nie zirkulierten Nachrichten und Aufrufe, wenn auch gelegentlich mit »Viren« oder »Würmern« infiziert, so schnell und zumal erdumgreifend.

Doch hier tut sich das nächste Problem auf. Die Kybernauten sind so anarchisch wie das Netz zentrumslos ist. Die »Autonomen« weisen Parteipolitik ab. In Deutschland riefen einige – gegen die PDS – zum Wahlboykott auf. Das Verhältnis zwischen Partei und Autonomen wirkt wie eine Replik auf eine andere Spaltung, die im Vergleich zu Lenins *Was tun?* noch einmal eine Generation zurückliegt. Da deren Spätfolgen weiterwirken, lade ich zu einer zweiten Zeitreise ein.

Zweiter Kontrast: Marx' Abrechnung mit den Anarchisten

Zu den Zerwürfnissen und Ausschlüssen, die wir in unserem Geschichts- und Selbstverständnis wieder aufzuheben haben, gehört der Bruch mit den anarchistischen oder anarcho-syndikalistischen Strömungen, deren eine ganz in der Nähe unseres Tagungsorts, im

schweizer Jura, ihre Wurzeln hatte. Diese Zurückholung sollte uns um so leichter fallen, als bereits in diesem Zerwürfnis aus den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts eine Dialektik waltet, die verrückt zu spielen scheint.

Als Marx im Auftrag des Haager Kongresses an dem Bericht über *L'Alliance de la Démocratie Socialiste et l'Association Internationale des Travailleurs*[14] arbeitete, stieß er gleichsam auf eine multiple Geschichtspersönlichkeit, eine Formation, die ein antiautoritäres Programm mit extrem-autoritärer Geheimorganisation verband. Bakunin und Netschajew, deren entscheidende Führungsgestalten, residierten in Genf. Dem Generalrat der Internationalen Arbeiter-Assoziation machten sie das Leben so sauer, dass er das Organisationszentrum schließlich in die USA verlegte, was das Ende der Ersten Internationale eingeläutet hat.

14 L'Alliance de la Démocratie Socialiste et l'Association Internationale des Travailleurs, Londres –– Hambourg 1873; vgl. MEW, Bd. 18, S. 327-471.

Marx also las u. a. Netschajew, und was er da an Politik- und Gesellschaftsmustern entdeckte, brachte er auf den Begriff des »Kasernenkommunismus«[15]. Netschajews »Revolutionskatechismus« studierend, bemerkte er verblüfft, dass »diese allzerstörenden Anarchisten, die alles amorphisieren wollen (*das spielt mit bakuninschen Schlagwörtern, WFH),* die Anarchie in der Moral ein*führen*, indem sie die Unsittlichkeit der Bourgeoisie aufs äußerste übertreiben«[16]. Im Kern dieses Anarchismus stößt Marx auf das Prinzip »der Zweck heiligt die Mittel«, ja auf das Modell eines Kommunismus, der, indem er »blinden, unbedingten Gehorsam predigt gegenüber Befehlen, die von oben herab [...] kommen«[17], »autoritärer ist als der primitivste Kommunismus«[18]. Dieses Parteiorganisationsmuster eines Ordens fasst er mit dem Begriff »die Jesuiten der Revolution«[19]. Die Dialektik spielt hier verrückt: Die Antiautoritären verwandeln sich in Superautoritäre, und der von ihnen als autoritärer Zentralist gescholtene Marx verteidigt Basisdemokratie, Menschenrechte und Ethik. Mehr noch: Die marxsche Beschreibung des, modern gesprochen, organisierten linken Anti-Marxismus liest sich wie eine Beschreibung dessen, was später als KPdSU beansprucht hat, das normative Vorbild kommunistischer Parteiorganisation darzustellen.

15 Ebenda, S. 425.

16 Ebenda, S. 426.

17 Ebenda, S. 437.

18 Ebenda, S. 438.

19 Ebenda, S. 437.

Was Marx nicht sah, war die Tatsache, dass der extreme Widerspruch zwischen Antiautoritarismus und totalitärem Autoritarismus, den er an seinem Widerpart beobachtete, ihm wie in einem Zerrspiegel eine Widersprüchlichkeit reflektierte, die seine eigene Richtung heimsuchte. Man konnte sie nicht loswerden, weil sie dem Handlungsfeld der organisierten Arbeiterbewegung selbst entsprang. Man konnte allenfalls versuchen, sie zu entschärfen, indem man Bewegungsformen für die Widersprüche entwickelte. Der Ausschluss war nicht die Lösung, sondern die Form, in der das Problem inkognito in die eigene Formation eingeschrieben wurde. Es scheint, dass Marx damals einen Teil seiner selbst ausgeschlossen hat.

Aber war das vermeidbar? Das ist keine akademische Frage. Heute ist es eine für die Lebensfähigkeit marxistischer Politik elementare Frage. Sie zu behandeln ist wesentlicher Teil jenes *Discours de la méthode* der Erneuerung kommunistischer Politik, den Roger Martelli vorgeschlagen hat.[20]

20 Roger Martelli, a. a. O.

»Operierenkönnen mit Antinomien« (Brecht)

In einem Anfang der 1930er Jahre verfassten Text, der erst vor zehn Jahren zusammen mit über hundert weiteren Erstdrucken veröffentlicht worden ist, hat Bertolt Brecht Empfehlungen an die Adresse der Leitung der KPD zu Papier gebracht. Die wichtigste lautet: Damit die Gegensätze nicht die Organisation spalten, »ist Operierenkönnen mit Antinomien nötig«[21]. Antinomien herrschen dann, wenn zwei einander auf den ersten Blick ausschließliche Handlungsweisen gleich unverzichtbar sind, will man nicht seine Identität verspielen. Zum Beispiel musste die KP seinerzeit zugleich Politik für die Facharbeiter und für die zumeist »ungelernten« Arbeitslosen machen. Die Widersprüche, die sich aus solchen Antinomien ergeben, sind unsere eigenen, nicht nur die des Gegners. Politikfähigkeit beruht primär auf der Kunst, mit eigenen Widersprüchen umzugehen. Kann man das, vermag man auch besser mit den Widersprüchen des Gegners umzugehen. Als sich die Zweite Frauenbewegung in den 70er Jahren in den kommunistischen Parteien Westeuropas mit der Forderung bemerkbar machte, eigenständige Frauenforderungen geltend zu machen, wurde dies als kleinbürgerlicher Spaltungsversuch bekämpft. Die Ehe zwischen Marxismus und Feminismus ging damals unglücklich auseinander, um einen Buchtitel jener Zeit (Lydia Sargent) zu variieren. Anderthalb Jahrzehnte später spaltete sich in der Bundesrepublik die Linke über der Frage, ob Frauen zur Bundeswehr dürften. Das Axiom der Friedenspolitik und das Axiom der Frauengleichberechtigung standen einander wie zwei widerstreitende Gesetze gegenüber, zwischen denen man nur auf die eine oder andere Weise schuldig werden konnte. Heute wird niemand mehr bestreiten, dass eine linke Partei solche Gegensätze innerhalb ihrer Grenzen austragen können muss. In der Frage des Armeezugangs von Frauen hilft es, sich den Widerspruch klar zu machen, der die herrschenden Verhältnisse heimsucht, die einerseits die formale Gleichheit der Geschlechter anerkannt haben, andererseits im männlichen Monopol aufs Militärische einen entscheidenden Apparat zur Produktion »machistischer«, gewaltbetonter Männlichkeit und damit zur Reproduktion patriarchalischer Geschlechterverhältnisse aufrechterhalten.

Neben Brecht hat kein anderer kommunistischer Schriftsteller das »Operierenkönnen mit Antinomien« so befördert wie Peter Weiss. Als ich 1980 seine *Ästhetik des Widerstands* las, war ich hingerissen davon, wie er der literarischen Form, die wir Roman nennen, Historiographie im besten Sinn entlockte. Die Gegensätze, die die internationale Arbeiterbewegung zerrissen, die Konflikte, in denen sich ihre Vorkämpfer gefangen hatten, hier waren sie durch Diskussionen vergegenwärtigt, in denen keine Seite je endgültig ins Recht oder ins Unrecht gesetzt wurde. Das in die Klassenkämpfe des 20. Jahrhunderts eingebettete Gespräch erwies sich als Form, in der die Meinungsunterschiede auf eine Weise aufgehoben wurden, die ihre Unruhe bewahrte und ein Verständnis förderte, dass alles darauf ankam, sie *in der Bewegung* zu halten, statt sie mit Gewalt oder durch Ausschluss still zu stellen.

Brecht hat seinem Buch *Dreigroschenprozess. Ein soziologisches Experiment* das Motto vorangestellt: »Die Widersprüche sind unsere

21 Bertolt Brecht: Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe, Bd. 21, Frankfurt am Main 1992, S. 578.

Hoffnung.« Eine Maxime des Operierenkönnens mit Widersprüchen kann lauten: Bilde uns oder unsere Seite nie einfach als Opfer einer monolithischen Übermacht ab, sondern fasse die gegnerische Macht, auch wenn sie überlegen ist, stets unterm Gesichtspunkt ihrer Widersprüche auf. Zum Beispiel, wie geht die transnationale Zirkulation von Kapital und Waren mit der Schließung der Grenzen für die Menschen zusammen? Begreift man andererseits, dass die kapitalistische Globalisierung insofern ambivalent ist, als sie die Mundialisierung von unten auf den Plan gerufen hat, wird auch deutlich, dass die Widersprüche auf der gegnerischen Seite und diejenigen, die uns zu spalten drohen, miteinander zusammenhängen. Ich bin versucht, die Alternative auf die plakative Formel »Fundamentalismus oder Dialektik« zu bringen. Muss ich sagen, dass ich unter Dialektik nicht die stalinsche Karikatur verstehe? Die Älteren werden sich an die wie ein Refrain katechetisch wiederholte Formulierung aus Stalins »Kurzem Lehrgang« erinnern, dass, wie das Wasser bei 0 Grad taut oder bei 100 Grad kocht, »die von unterdrückten Klassen vollzogenen revolutionären Umwälzungen eine völlig natürliche und unvermeidliche Erscheinung darstellen« und »der Klassenkampf des Proletariats eine völlig natürliche und unvermeidliche Erscheinung ist«. Das ist nicht Dialektik, sondern positivistische Vulgärmetaphysik. Dialektik verstehe ich mit Brecht zunächst und vor allem als die Kunst, mit Widersprüchen umzugehen, eine Kunst, die Brecht im Theater »zum Genuss zu machen« beabsichtigte: »Die Überraschungen der logisch fortschreitenden oder springenden Entwicklung, der Unstabilität aller Zustände, der Witz der Widersprüchlichkeiten und so weiter, das sind Vergnügungen an der Lebendigkeit der Menschen, Dinge und Prozesse, und sie steigern die Lebenskunst sowie die Lebensfreudigkeit.«[22] Zur Dialektik zähle ich die Fähigkeit, mit mehreren wechselwirkenden Instanzen zugleich umzugehen, wie ja die politische Kunst immer mehrere Eisen im Feuer voraussetzt.

22 Bertolt Brecht: Gesammelte Werke in 20 Bänden, Bd. 16, Frankfurt am Main 1967, S. 702.

Fundamentalistisch nenne ich einen Widerstand, dem das Kritisierte als monolithische Positivität eines Negativen erscheint. Kapitalismus oder Globalisierung erscheinen dann nicht viel anders als für George W. Bush die »rogue states«, die »Schurkenstaaten«. Ich bin mir nicht sicher, ob Ignacio Ramonet, den ich sehr schätze, gut beraten war, als er Weltbank, Weltwährungsfonds und Welthandelsorganisation als die wahre »Achse des Bösen« bezeichnete.[23]

23 Ignacio Ramonet: Adieu libertés, in: Le Monde diplomatique, 1. Januar 2002.

Operierenkönnen mit der Antinomie von Parteiform und pluraler Bewegung

Zurück zum *Was tun?* heutiger kommunistischer Parteien. Die Kommunisten bilden »keine besondere Partei gegenüber den andren Arbeiterparteien«, heißt es bekanntlich im *Manifest*[24]. Das klingt unerlaubt naiv, weil es den Parteistrukturen, wie wir sie gekannt haben, so eklatant widerspricht wie diese dem *Manifest*. Die Kommunisten unterscheiden sich dem *Manifest* zufolge von den anderen nur dadurch, dass sie die proletarische Sache internationalistisch betreiben und unabhängig von den »verschiedenen Entwicklungsstufen« des Klassenkampfs »stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten«[25]. Darin steckt nun freilich der Anspruch einer »avant-garde

24 MEW, Bd. 4, S. 474.

25 Ebenda.

détentrice du savoir«, wie Martelli sagt,[26] einer Avantgarde, die sich als Hüterin des Wissens versteht. In den Worten des *Manifests*: »sie (die Kommunisten) haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.« Martelli schlägt vor, diesen Anspruch als ebenso uneinlösbar wie unheilvoll aufzugeben. Doch was bleibt dann als das parteitheoretisch wie politisch-ethisch Besondere der Kommunisten? Die Funktion der Kommunisten ergibt sich für ihn daraus, dass die soziale Bewegung – im Singular, also die Arbeiterbewegung – »ein formidables Vorkommen (gisement) von Analysen, Ideen und Vorschlägen bereitstellt, aus denen sich die Perspektive einer Alternative zu den herrschenden gesellschaftlichen Normen speist«[27]. In diesem Feld, das heterogene Züge aufweist, »jenes Ensemble kohärent zu arbeiten (de travailler à la mise en cohérence de cet ensemble)«, ist nach Martelli die Funktion der Kommunisten.[28] Dieses Konzept, das der geschichtlichen Erfahrung Rechnung trägt, bedarf heute mehr denn je der Ausweitung von der einen sozialen Bewegung aufs Emsemble emanzipatorischer sozialer Bewegungen. Hier liegt das »formidable Vorkommen (gisement)«, mit und in dem es an einer zusammenhängenden Sicht der Verhältnisse und an assoziierter Handlungsfähigkeit zu arbeiten gilt.

26 Roger Martelli, a. a. O.

27 Ebenda.

28 Ebenda.

Diese Art der Arbeit und der spezifische Akteur, der sich ihr widmet, sind nirgends so klar vorgedacht wie bei Antonio Gramsci. Die kommunistische Partei, heißt es bei ihm sinngemäß, muss sich als kollektiver Intellektueller der Arbeiterklasse begreifen und verhalten.

Gramsci sieht die selbstzerstörerischen Konflikte, die seit Lenins Tod die sowjetische Führung in wechselnden Koalitionen gegen einander richtet, bis der einzige Stalin übrigbleiben wird. Mit von dieser Sorge geschärftem Blick liest er die dritte Feuerbach-These von Marx als parteitheoretischen Fingerzeig. Dort heißt es: »Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie muß daher die Gesellschaft in zwei Teile – von denen der eine über ihr erhaben ist – sondieren. Das Zusammenfallen des Ändern[s] der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als *revolutionäre Praxis* gefaßt und rationell verstanden werden.«[29]

29 MEW, Bd. 3, S. 5 f.

Im »Erzieher« erkennt Gramsci die KP wieder. Dass das Volk mitunter als grober »Erzieher« mit den derart über es »Erhabenen« umspringt, notiert er mit grimmiger Hoffnung. Gegen die edukationistische Abhebung aber entwickelt er den Begriff des »organischen Intellektuellen«. Dieser soll *in* und *mit*, nicht *über* der Bewegung arbeiten und zwar an dem, was Martelli die »politisation populaire continue« nennt.[30] Doch auch beim Begriff Politisierung müssen wir auf eine Unterscheidung drängen: die Förderung aktiver Selbstpolitisierung der Menschen ist etwas anderes als die propagandistische Fremdpolitisierung, die sie passiv lässt. Die organischen Bewegungsintellektuellen sollte auszeichnen, dass sie – fördernd und fordernd – an der Selbstpolitisierung mitwirken. Für sie sollte »Ändern der Umstände und [...] Selbstveränderung« zusammenfallen. Sie sind nichts Besseres, aber hoffentlich besser vorbereitet.

30 Roger Martelli, a. a. O.

Was Martelli als kommunistische Funktion bestimmt hat, das Kohärentarbeiten der gesellschaftlichen Solidaritäts- und Emanzipationspotenziale, zeichnet die organischen Intellektuellen aus. Natürlich müssen wir dieses Konzept von all dem befreien, was ihm von der »vertikal«, nach dem Führungsprinzip strukturierten Avantgardepartei sowjetischen Typs noch anhaftet. Mehr noch: Sich als organische Intellektuelle zu verhalten, ist überhaupt nicht an eine Partei gebunden. Wenn wir diese Aufgabe neu durchdenken und auf die gegenwärtigen sozialen Bewegungen und Kräfteverhältnisse beziehen, wird doppelt deutlich, was es heißt, die Grenzen der Partei durchlässig zu halten: Die Akteure, auf deren Zusammenwirken es ankommt, finden sich diesseits wie jenseits der Parteigrenzen, und das von Martelli angepeilte »gisement des idées etc.« liegt großenteils außerhalb dieser Grenzen.

Eine Partei, der die alte Klassenbasis weitgehend weggeschmolzen und die Perspektive in der alten Form verblasst ist, findet die Verjüngungsmittel vor allem bei jüngeren sozialen Bewegungen. Sie tut also gut daran, die Gesellschaft nach solchen Vorkommen sorgfältig zu prospektieren.

Zum für uns Heutige Inakzeptablen gehört die Orientierung, die Lenin von Kautsky übernommen hat, dass es nämlich Aufgabe der Partei (damals noch der Sozialdemokratie) sei, das sozialistische Klassenbewusstsein »von außen« in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Die Akteursform der organischen Intellektuellen trägt dem durch den kategorischen Imperativ Rechnung, *in* den sozialen Bewegungen zu arbeiten. Ist damit die Parteiform negiert? Als geschlossene ja, da wird sie zum Hindernis für den Gesamtprozess. Bei durchlässig gehaltenen Grenzen verhält es sich anders. Dann sinken Teile einer Partei als organische Intellektuelle in die sozialen Bewegungen ein – oder heute in die »Bewegung der Bewegungen«. Zwar mag ein bestimmter Kohärenzvorschlag diesen Bewegungen, indem er von Mitgliedern einer Partei stammt, noch immer »von außen« kommen, doch kommt er einerseits von einer innergesellschaftlich wechselwirkenden Kraft, andererseits in dem Maße »von innen«, als die Militanten der Partei sich auf eine bestimmte soziale Bewegung einlassen und in ihr arbeiten.

Doch Vorsicht! Die Politik wäre keine Kunst, wenn es die einfachen Formeln gäbe. Die Schwüre der Selbständerung haften noch am alten Extrem, solange sie es bei dessen einfacher Negation belassen. Das Gegenteil eines Falschen ist darum, dass es dessen Gegenteil ist, noch nicht richtig. Dies gilt auch für die Negation der »avant-garde détentrice du savoir«, der avantgardistischen Hüterin des Wissens. Zu wissen, dass es kein *endgültiges* Wissen geben kann, ist gleichwohl ein *Wissen*, sogar ein hoch Entwickeltes, gepaart mit einem Element von Weisheit. Diejenigen, die es haben und entsprechend fähig sind, mit Wissenspraxen umzugehen, gehören dadurch auch zu einer gleichsam informellen »avant-garde détentrice du savoir«, und unsere Hoffnungen ruhen auf ihnen.

Auch das einfache Gegenteil des »Staatssozialismus«, die Perspektive völliger Entstaatlichung, ist nicht die Lösung. Wir können nicht einmal zu den dem Stalinismus extrem entgegengesetzten Zielvorstellungen von Marx zurück flüchten. Zwischen den marxschen Zielen und der diese grotesk ins Gegenteil pervertierenden stalinschen Realität besteht eine geheime Dialektik, die der späte Nicos Poulantzas

aufgespürt hat. Auch die Gruppe »Moderner Sozialismus«, die fünf Minuten vor Zwölf in der DDR an Reformvorstellungen gearbeitet hat, sah den Zusammenhang zwischen dem, was sie den »Unmittelbarkeits-Kommunismus« nannten, und seinem extremen Gegenteil, der totalitären Expansion des Staates über sämtliche gesellschaftlichen Aktivitäten. So unerlässlich es für eine mögliche Renaissance kommunistischer Politik heute ist, den Bolschewismus vom Kommunismus und den zentralistisch und vertikal geführten Kampf um die Staatsmacht von der Revolution zu unterscheiden, so reicht dies doch nicht aus. Gegen Marx und mit Gramsci müssen wir die unpersönlichen Vermittlungsstrukturen wie Recht und politische Repräsentation rehabilitieren – freilich auch auf ihre Ergänzung durch Elemente direkter Demokratie hinwirken. Dass Marx kein Verständnis für zivilgesellschaftliche Strukturen und ihre rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen gehabt hat, hat ihrer Zerstörung nach der Oktoberrevolution – angefangen mit dem Auseinanderjagen des gewählten Parlaments – den Schein einer marxistischen Legitimation verliehen und damit, in Gestalt eines blinden Stolperns von einem Extrem ins entgegengesetzte, den Weg zur Totalisierung des Sowjetstaates freigemacht.

Im Bruch mit der Neuen Ökonomischen Politik des späten Lenin hat Stalin auf den Staat gegen den Markt gesetzt. Im Gegenzug scheint es heute geboten, auf Formen direkter Demokratie, Entprofessionalisierung der Politik, also Ämterrotation zu setzen. »Es geht nicht darum, die Macht zu ›ergreifen‹, sondern darum, sie an die Gesellschaft zurückzugeben.« »Il ne s'agit pas de prendre le pouvoir, mais de le rendre à la société.« Das ist ein prägnantes Wortspiel.

»Was also«, fragt Martelli, »ist das Wesentliche in einem revolutionären Prozess?« Er antwortet: »Nicht das Vorbereiten der Machtergreifung durch eine bewusste Avantgarde, sondern das Hervorbringen der Grundlinien einer radikalen Umgestaltung der bestehenden Ordnung durch die Gesellschaft selbst.«[31]

31 Ebenda.

Die Absage ans Konzept der Machtergreifung, wie die Zapatistas sie zur Richtschnur ihrer Politik gemacht haben, hat ihren Sinn. Doch der Glaube an »die Gesellschaft selbst« verkennt, dass Gesellschaft nicht nur ein Gewimmel aller Positionen und Interessen, sondern auch der Ort der Klassenkämpfe ist. Emanzipatorische soziale Bewegungen richten sich gegen die herrschenden Verhältnisse in der Gesellschaft. Und noch dominiert die bürgerliche Gesellschaft (im Sinne der Gesellschaft des Bourgeois) über die Zivilgesellschaft (im Sinne der autonom organisierten Teilhabe an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse). Und selbst das ist noch nicht klar genug gedacht. Auch die Zivilgesellschaft ist nichts an sich Gutes, obwohl wir ihr Prinzip der Citoyenneté, des Anspruchs auf Partizipation an Gesellschaftsgestaltung, radikal gutheißen. Zivilgesellschaft ist, wie Gramsci zeigt, noch nicht einmal eine umgrenzte Sphäre der Gesellschaft, sondern das Ensemble all dessen, was in einer Gesellschaft relevant ist für das Ringen um Hegemonie oder für die Bildung eines geschichtlichen Blocks als Grundlage politischer Macht. Daher fällt für Gramsci – im Gegensatz zur heute vorherrschenden Politiktheorie zumal in den USA – die Zivilgesellschaft auch nicht aus dem Staat heraus. Wie eine Ellipse ihre beiden Brennpunkte, umfasst der Integrale Staat die Zivilgesellschaft nicht weniger als die administrativen, repressiven und exekutiven Staatsapparate.[32]

32 Zur Kritik undialektischer Auffassungen im Für und Wider um Zivilgesellschaft vgl. Wolfgang Fritz Haug: Zivilgesellschaft – Kämpfe im Zweideutigen. Zur Kontroverse über die neozapatistische Politik, in: Das Argument, 45. Jg., H. 6, 2003, S. 845-860.

Umgekehrt fällt aber auch die Partei nicht aus der Zivilgesellschaft heraus. Sie ist kämpfender Teil unter Teilen derselben. Wenn sie sich freilich in alter Manier als Repräsentantin des Ganzen setzt, spaltet sie das Ganze.

Aber brauchen wir eine solche Partei überhaupt noch, wenn doch die Bewegung der Bewegungen das epochal Neue und Vorwärtsweisende ist? Die Frage muss sehr ernst genommen werden. Eine Partei darf nicht sozusagen aus bloßer Gewohnheit weitergeführt werden.

Zweifellos kommt es in erster Linie darauf an, die neue Bewegung der Bewegungen zu unterstützen. Aber man muss wissen, dass Bewegungen vergehen, während Parteien auf große Dauer angelegt sind. Doch das allein reicht nicht. Inhaltliche Gründe sind gefragt.

»Rifondazione comunista«?

Ein letzter Umweg ist angesagt. Es ist die Frage nach dem Kern des gegenwärtigen Kapitalismus, nach den tektonischen Tiefenverschiebungen, die so viele ökonomische, politische und kulturelle Erschütterungen hervorgerufen haben.

Alfonso Gianni hat Fausto Bertinotti kürzlich gefragt, warum er eine kommunistische Neugründung für notwendig hält. Listig schlug Gianni einen Umweg ein, indem er Bertinotti zunächst mit einem berühmten Passus aus der *Deutschen Ideologie* von Marx und Engels konfrontierte. Dort heißt es, dass »unerträglich« der Kapitalismus erst wird, wenn er »die Masse der Menschheit als durchaus ›eigentumslos‹ erzeugt hat«, doch dies »zugleich im Widerspruch zu einer vorhandnen Welt des Reichtums und der Bildung, was beides eine große Steigerung der Produktivkraft [...] voraussetzt«. – Als Voraussetzung der Revolution muss, immer noch nach Marx und Engels, den Menschen »empirisch« fassbar geworden sein, dass sie »weltgeschichtlich« existieren, nicht nur »in lokalem Dasein« – wir könnten sagen: im Modus der Mundialisierung –, und daher ist die Hochentwicklung der Produktivkräfte »eine absolut notwendige praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der *Mangel* verallgemeinert, also mit der *Notdurft* auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte, weil ferner nur mit dieser universellen Entwicklung der Produktivkräfte ein *universeller* Verkehr der Menschen gesetzt ist, [und dieser] daher einerseits das Phänomen der ›Eigentumslosen‹ Masse in allen Völkern gleichzeitig erzeugt (allgemeine Konkurrenz), jedes derselben von den Umwälzungen der andern abhängig macht, und endlich *weltgeschichtliche*, empirisch universelle Individuen an die Stelle der lokalen gesetzt hat.«[33]

Langer Rede kurzer Sinn (der die Möglichkeit des Kommunismus in einem einzelnen Land verneint): »Der Kommunismus ist empirisch nur als die Tat der herrschenden Völker ›auf einmal‹ und gleichzeitig möglich, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihm [ihr?] zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt.«[34] Bertinotti variierte daraufhin einen Satz Croces übers Christsein und sagte: »oggi, non possiamo non dirci marxiani«. »Es ist ausgeschlossen, dass wir uns angesichts dessen nicht als Marxianer verstehen.«[35] Er ist vorsichtig und sagt nicht »Marxisten«.

Selbst in Zeiten politischer Schwäche erweist die von der marxschen Kritik der politischen Ökonomie sich herleitende Analyse des Kapitalis-

33 MEW, Bd. 3, S. 34 f.

35 Ebenda, S. 35.

35 Fausto Bertinotti: Ces idées qui ne meurent pas, Gespräch mit Alfonso Gianni, Paris 2001, S. 170.

mus sich als unersetzlich und im Vergleich zu den Ideologien des Tages unschlagbar stark. Recht und Unrecht der verbreiteten Diskurse von »postindustrieller« oder »Informationsgesellschaft« lassen sich rational nur auf Basis der Analyse der Transformation der kapitalistischen Produktionsweise erfassen. So auch die krisenhaften Widersprüche eines Kapitalismus, den die Hochtechnologie mit der Leitproduktivkraft des Computers an seine Grenze geführt hat. Jedes Ding geht mit seinem Gegenteil schwanger, heißt es schon bei Marx. Der Reichtum der einen produziert nicht nur die Armut der meisten, sondern auch die allgemeine Krise, und die hochtechnologische Produktivität entbindet die Destruktivität. Während die Europäer hektisch hin und her schwanken zwischen Arbeitszeitverkürzung (um die Massenarbeitslosigkeit zu reduzieren) und Lebensarbeitszeitverlängerung (um die Rentensysteme zu stabilisieren), setzt die US-Regierung auf Militärkeynesianismus.

Marxistische Theorie könnte eine enorme Stärke sein, die Kommunisten in die »Bewegung der Bewegungen« einzubringen haben, solange sie nicht beim abgestorbenen Marxismus-Leninismus hängen bleiben, sondern marxistisches Denken in der Analyse der heutigen Welt im Wortsinn rehabilitieren, d. h. seiner Realitätstüchtigkeit neu auf die Sprünge helfen. Marxistische Theorie hat dann eine Chance und Aufgabe, wenn sie »zivilgesellschaftlich« wird, sich entideologisiert und sich zudem von der Fixierung an den fordistischen Kapitalismus und die patriarchalischen Geschlechterverhältnisse löst. Doch dann gilt: Die Mitwirkung derer, die in Auseinandersetzung mit der marxschen Kritik der politischen Ökonomie denken gelernt haben, ist in der Bewegung der Bewegungen unentbehrlich. U. a. deshalb, weil sie einerseits über Gegengifte zu Illusionen über den Kapitalismus und dessen Reformierbarkeit verfügen, andererseits gegen seine Verteufelung und rückwärtsgewandte Kritik gewappnet sind.

Ich lese den Namen »Rifondazione comunista« als Chiffre für eine programmatische Aufgabe. Neugründung ist stärker als Erneuerung oder bloße Modernisierung. Sie muss nicht alles neu machen, aber alles neu durchdenken und vor allem den Veränderungen der Gesellschaft durch den transnationalen High-Tech-Kapitalismus[36] auf der Spur bleiben. Dabei kann sie anknüpfen an so manche »Zukunft in der Vergangenheit«, wie Ernst Bloch zu sagen pflegte. Die Überwindung der welthistorischen Scheidung von Kommunismus und Demokratie trifft Rosa Luxemburgs »Kein Sozialismus ohne Demokratie, keine Demokratie ohne Sozialismus«. Sie wird, wiederum mit Rosa Luxemburg, gegenwärtige Politikfähigkeit mit einer Vision über den Kapitalismus hinaus verbinden, weil sie begreift, dass eine ökologisch nachhaltige, geschweige denn sozial gerechte Produktions- und Lebensweise auf kapitalistischer Basis unmöglich ist. Ein »radikaler Reformismus«[37], der Reformpolitik im Interesse der einfachen Menschen mit Struktur verändernden Impulsen zu verbinden sucht, übersetzt so viel als geschichtlich möglich von dem in die Gegenwart, was Rosa Luxemburg unter dem Widerspruchsbegriff der »revolutionären Realpolitik« angestrebt hat.

Wenn es wahr ist, dass die *Was-tun?*-Frage sich heute noch einmal neu stellt, so tut sie das nicht nur angesichts der Trümmer der alten Antwort, sondern auch unter radikal gewandelten Bedingungen. Doch sie stellt sich wieder gegen den Ökonomismus, der heute in neoliberaler Gestalt die Welt beherrscht.

36 Vgl. Wolfgang Fritz Haug: High-Tech-Kapitalismus, Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie, Hamburg 2003.

37 So bezeichnen Josef Esser, Christoph Görg und Joachim Hirsch ihre praktisch-politische Perspektive (Josef Esser, Christoph Görg, Joachim Hirsch (Hg.): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg 1994, S. 213-228). Sie verabschieden die Idee eines »privilegierten und vordefinierten Akteurs sozialer Veränderung« und die Orientierung auf eine Eroberung der Staatsmacht (Ebenda, S. 221). Sie setzen auf »Autonomie« im Sinne der »Fähigkeit der sozialen Akteure, ihre Lebensbedingungen selbst nach Maßgabe ihrer eigenen Reflexionspotenziale zu gestalten«, wollen dies aber nicht als Orientierung auf Zivilgesellschaft von unten begriffen wissen, da sie unter dieser den »institutionellen Ausdruck einer Herrschaft durch Führung und Konsens« verstehen und überhaupt jede »Verselbständigung gesellschaftlicher Teilbereiche« ablehnen. So sehr sie Recht haben mit ihrer Ablehnung »normativer Konzepte von Zivilgesellschaft«, so problematisch ist diese Totalisierung der Perspektive zum transzendenten »ganz Anderen«. Dies ist ein alter Streit mit und in der Kritischen Theorie, den ich bereits 1968 mit Herbert Marcuse ausgefochten habe.

JÖRG ROESLER

Die New Economy – ein Wiederholungsfall?

Überlegungen zu ihrer Einordnung in die Wirtschaftsgeschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts

Ab Mitte der 1990er Jahre, als man den Begriff »New Economy« auch in Deutschland zur Charakterisierung der aktuellen technischen und ökonomischen Entwicklung anzuwenden begann, stand er synonym für einen neue, krisenfreie Wirtschaft, mit der ein neues Zeitalter kapitalistischen Wirtschaftens eröffnet zu werden schien. Erst als im Jahre 2000 an den Börsen in New York und Frankfurt am Main die Aktienkurse der Vorzeigefirmen der Informationstechnologie von Microsoft und AOL-Time Warner bis EM.TV, Mobilcom und Intershop abstürzten, kamen Zweifel an der Krisenresistenz des Internet-Kapitalismus auf. Die Euphorie machte allerdings nicht nüchterner Betrachtung Platz. Was man Monate zuvor noch hoch gepriesen hatte, wurde nun als Produkt reinen Wunschdenkens hingestellt. Was vorher ein- und erstmalig schien, galt nun als »schon früher mal da gewesen«. »Im übrigen hat es ja auch schon in früheren Zeiten technologisch induzierte Konjunkturzyklen gegeben«, ließ sich der Chefökonom der weltweit agierenden US-Unternehmensberatungsfirma Goldman-Sachs im Jahre 2001 vernehmen.

Jörg Roesler – Jg. 1940, Prof. Dr., Wirtschaftshistoriker, Mitglied der Leibniz-Sozietät, Vorlesungen an der Universität der Künste Berlin, zuletzt in UTOPIE kreativ: »Wie hältst Du es mit der Region?« Heft 158 (Dezember 2003).

Dreimal »New Economy«

Die New Economy, ihr Aufstieg und Fall – ein Wiederholungsfall? Kein Zweifel, schon früher hatte es wiederholt Wirtschaftskonjunkturen gegeben, die in engem Zusammenhang mit der Einführung neuer Technologien standen. Der sowjetische Ökonom Kondratieff hat daraus bereits 1926 eine Theorie des langfristigen Konjunkturzyklus entwickelt. Doch im Falle der New Economy der 1990er Jahre ging es nicht nur um die gegenseitige Beeinflussung von Technologie und Ökonomie, sondern auch um das Wechselverhältnis beider mit Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsideologie. Die (in den USA) ungewöhnlich lange Konjunktur schien nicht nur zu bestätigen, daß es sich auszahlt, wenn sich der Staat aus der Wirtschaftslenkung zurückzieht. Die sich rasch ausbreitenden neuen Technologien galten auch als handfester Nachweis dafür, daß diese Marktwirtschaft von einer neuen Qualität sei, nicht mehr identisch mit der »alten«, die sich in Phasen von Konjunktur und Krise bewegt und den Unterschied zwischen arm und reich immer wieder reproduziert hatte. In ihrem Zusammenspiel von Technologie, Ökonomie, Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsideologie setzte sich die New Economy der 1990er Jahre von den meisten technologisch induzierten Konjunkturzyklen der vergangenen 150 Jahre ab. Der New Economy Boom war schon etwas Besonderes, aber nicht etwas Ein-

»Es kann kaum noch geleugnet werden, dass eine Konjunkturentwicklung, die sich grundsätzlich von den typischen Nachkriegskonjunkturzyklen unterscheidet, in den letzten Jahren entstanden ist… Es gibt dafür verschiedene Erklärungen, die überzeugendste scheint das außerordentliche Ansteigen technologischer Innovationen zu sein.«
Allan Greenspan, amerikanischer Notenbankchef, auf der Nachmittagssitzung der Konferenz des Weißen Hauses zur New Economy, White House Press Release, Washington D.C., 5. April 2000.

maliges, wie angenommen wurde, solange er funktionierte, und auch kein ganz ordinärer Zyklus, wie behauptet wurde, als die Krise kam. Es hat, wenn man eine Zeitperiode von etwa anderthalb Jahrhunderten zurückblickt, zwei lange Konjunkturphasen unter vergleichbaren Rahmenbedingungen und von vergleichbarer Komplexität gegeben, wie in den 1990er Jahren, zwei frühere »New Economies«, wenn man so will.

Es handelt sich erstens um den von Ende der 1850er Jahre bis Anfang der 1870er Jahre (im folgenden kurz als: 1860er Jahre bezeichnet) andauernden Boom, dessen besonders stürmische letzte Phase (1869-1873) in die deutsche Wirtschaftsgeschichte als Gründerjahre eingegangen ist und die im Gründerkrach 1873 ihr jähes Ende fanden. Die Gründerkrise ist auch als »Eisenbahnkrisis« bezeichnet worden, denn es war das Eisenbahngeschäft, das damals ganz wesentlich die Konjunktur getragen hatte und es waren die Aktien von Eisenbahngesellschaften – deutschen, anderen europäischen, amerikanischen –, die beim Börsenkrach die größten Kursverluste erlitten.

Eine zweite Parallele findet sich in der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft während der »Grand Prosperity«, die Anfang der 1920er Jahre einsetzte und die Ökonomie der USA bis zu jenem »Schwarzen Donnerstag« im Oktober 1929 prägte, an dem die an der New Yorker Börse gehandelten Aktien schlagartig 13 Prozent ihres Werts verloren. Dieser »Schwarze Donnerstag« (in Europa als »Schwarzer Freitag« bekannt) leitete bekanntlich die Weltwirtschaftskrise (1929-1933) ein, die keinen der größeren Industriestaaten verschonte, mit Ausnahme der allerdings nicht mehr kapitalistisch organisierten Wirtschaft der Sowjetunion. Nicht nur symbolisch, sondern auch von ihrem realen Beitrag zum Wirtschaftsboom der 1920er Jahre stand (in den USA, noch nicht in Deutschland) das Auto im Mittelpunkt jenes Aufschwungs und dann auch des darauffolgenden Abschwungs.

Die den New Economies zugrunde liegenden technologischen Innovationen

Die jeweils wichtigsten in ihrer Zeit als »Quantensprünge der Verkehrsentwicklung« gefeierten Innovationen, die die gesamten ökonomischen Verhältnisse durchdrangen, waren Eisenbahn, Automobil und IT-Technik. Für die 1860er Jahre wird zuweilen neben der Eisenbahn noch auf das Dampfschiff, das (Übersee-)Kabel und den Telegraph Bezug genommen.[1] Für die 1920er Jahre werden z. T. noch vor der Automobilproduktion die massenhafte Ausbreitung des Telefons, die Entwicklung der Kinoindustrie und der Flugzeugbau genannt. Die wichtigsten Produktionsaktivitäten der New Economy der 1990er Jahre hat Rudolf Hickel so zusammengefaßt: »Materielle Güter wie Computer-Hardware (PCs, Server), Telekommunikationsnetze und -endgeräte, immaterielle Güter wie Software für Betriebssysteme und Anwendung einerseits, Dienstleistungen (Bereitstellung von Netzen, Netzzugang, Beratungsleistungen zur Gestaltung von Internet-Auftritten, Lieferung von Inhalten bzw. ›Content‹) andererseits.«[2]

»Nichts bleibt wie es einmal war – so lässt sich das Merkmal der New Economy wohl am besten beschreiben«.
Herbert A. Henzler, Präsident der Unternehmensberatungsfirma McKinsey Europe, in: Lothar Späth (Hrsg.): Die New Economy Revolution. Neue Werte, neue Unternehmen, neue Politik, München 2001, S. 196.

Die Einflußnahme dieser Zweige auf die Volkswirtschaft ergab sich nicht so sehr aus dem Gewicht der neuen Branchen in der Ge-

samtökonomie (in den USA 1999 7,3 Prozent, in Deutschland 5,8 Prozent des BIP)[3], sondern daraus, daß sich ihre Dynamik auf die gesamte Wirtschaft übertrug, diese durchdang bzw. mitriß. So ist berechnet worden, daß z. B. die Computerbranche in den USA auf dem Höhepunkt des Booms der 1990er Jahre, zwischen 1996 und 1999, mit 24 Prozent zum generellen Wachstum der Arbeitsproduktivität beitrug, obwohl auf diese Branche nur ein Prozent des in den USA angelegten Kapitals entfiel.[4]

»Nachdem sich die Brandwolken der weitestgehend vernichteten New Economy im Wind zerstreut haben, reiben sich viele der Geschädigten ernüchtert die Augen.«
Jürgen Turek (Publizist) in: Das Parlament 28/2003, S. 15.

In den 1920er Jahren (1923) belief sich in den USA der Anteil der Automobilindustrie, gemessen an der Beschäftigtenzahl, auf nur 7,5 Prozent der Arbeiter und Angestellten in der metallverarbeitenden Industrie.[5] Doch brachte die Erweiterung der Automobilproduktion in den fünfzehn Jahren von 1914-1929 unmittelbar oder mittelbar vier Millionen Arbeitsplätze und damit Beschäftigung für einen beträchtlichen Teil des Bevölkerungszuwachses von 17 Millionen in diesem Zeitraum. Das Kraftfahrzeug schuf in den 1920er Jahren »genügend neue Industrie und neuen Wohlstand, um die ganze Wirtschaftsmaschine mehr auf Touren zu bringen.«[6] Die Verdoppelung der Produktivität je Arbeiter war im großen Maße auf die Entwicklung der Massenfertigung und die Einführung der »wissenschaftlichen Betriebsführung«, des Taylorismus, in der Industrie zurückzuführen, die ihren Ausgangs- und ersten Höhepunkt in der Massenfertigung von Automobilen hatte. Das Auto ermöglichte erstmals eine gegenüber den schienengebundenen Fahrzeugen flächenhafte Erschließung und führte damit transportökonomisch zur Entwicklung neuer Wirtschaftsstandorte abseits der Bahnanlagen.

Ähnliche Berechnungen und Schätzungen wie für die Computer- und die Automobilbranche gibt es für die Eisenbahn nicht. Doch läßt sich der Anstoß, der von der Verbreitung der Eisenbahnen für die gesamte Wirtschaft ausging, nachvollziehen, wenn man die Vorzüge der Bahn gegenüber den bis dahin zur Verfügung stehenden Transportmitteln bedenkt: Die Eisenbahnen gaben einen gewaltigen Impuls zum Anwachsen des Personenverkehrs – in England beispielsweise auf das Zehnfache zwischen 1850 und 1855 allein –, da sie schnelle, sichere und vor allem billige Reisemöglichkeiten boten. Neben größerer Mobilität für alle bedeutete die Eisenbahn speziell eine Zeit- und Geldersparnis für Gewerbetreibende. Auch für den Güterverkehr bot die Eisenbahn einen Wachstumsimpuls, da nun rasche Beförderung zu niedrigen Preisen geboten wurde. Mit der Bahn wurde eine bis dahin unbekannte Regelmäßigkeit im Handel und Verkehr hergestellt.[7]

»Man hat geglaubt, die New Economy sei gegen Rückschläge immun. Wieso?« In der Euphorie hat man daran geglaubt. Das war reines Wunschdenken, eine klare Fehleinschätzung.«
Der Chefökonom der Unternehmensberatungsfirma Goldman Sachs nach den Kursstürzen an der Börse in einem Interview. In: Der Tagesspiegel, 14. Februar 2001.

Die technisch-ökonomisch bedingte, weit über ihr anteiliges Gewicht hinausreichende Bedeutung der neuen Branchen erklärt, warum die neue Technologien verkörpernden Zweige für das Unterpfand einer »Neuen Wirtschaft« gehalten wurden. Daß die Ausbreitung der neuen Branchen in den 1860er, 1920er und 1990er Jahren in Deutschland bzw. den USA einherging mit einer Periode langen, nicht durch eine Krise unterbrochenen Wachstums, erhöhte die Suggestivkraft jener Argumente, die auf die Behauptung hinausliefen, mit der neuen Technologie sei auch eine ganz neue Art der (kapitalistischen) Wirtschaft eingezogen, die ersehnte Variante ohne Krisen und Rückschläge, mit zunehmendem Wohlstand für immer mehr Menschen.

»Die herrlichsten Prospekte wurden in der Presse verbreitet. Wer kein Geld hatte zu kaufen, fand es bei den Banken, die, unter Sicherheiten für sich selbst, die Unerfahrenen mitzumachen anspornten. Damals wollten der hohe Adel und die Geheimräte ebenso mühelos verdienen wie die Kutscher und die Dienstmänner, die Bankherren wie die Briefkopisten.« A. Sartorius von Waltershausen über die Gründerjahre in: Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815-1914, Jena 1923, S. 282.

Der Boom an der Börse: Aktienblase, Gründerschwindel und Kleinanlegeraktivitäten

Wenn der wirtschaftliche Aufschwung auch im ganzen Lande zu spüren war, auch für den »kleinen Mann« durch die Zunahme der Beschäftigungsmöglichkeiten und eine Verbesserung seines Einkommens, so bildete sich die positive Entwicklung doch am deutlichsten an der Börse ab. Hier, so schien es wenigstens, ließen sich die Früchte der New Economy am raschesten ernten, und durchaus nicht nur für die kleine Schicht der »Börsenjobber«, Großaktionäre und Spekulanten, sondern auch für Mittelständler. Denn, obwohl die Wachstumsraten in der langanhaltenden Konjunkturperiode der 1860er Jahre in Deutschland, der 1920er Jahre und der 1990er Jahre in den USA jeweils überdurchschnittlich waren, wuchsen die Aktienwerte weitaus schneller.

Weltweit war in der jüngsten dieser drei Konjunkturperioden der Aktienwert der Unternehmen auf 400 Prozent gestiegen bei einem realen Wachstum der Firmenumsätze um rund 25 Prozent.[8]

Daran war zunächst nichts Verdacht Erregendes. Denn die Beurteilung einer Aktie erfolgt nicht nur nach der Einschätzung des augenblicklichen Wertes der Firma, sondern auch nach der zukünftigen Ertragslage. In den Fällen, wo von der Anwendung neuer technischer Verfahren auf eine neue Qualität der Wirtschaft geschlossen wurde – und die neue »Qualität wurde als kontinuierlich hohes Wachstum gedeutet –, hob sich der mit Blick auf zukünftige Gewinne rasch steigende Kurswert der Aktien immer deutlicher von der realen Gewinnentwicklung bzw. den dieser zugrunde liegenden Umsatzzahlen ab. Je größer die zukünftigen Gewinnerwartungen, desto unwichtiger wurde die tatsächliche Gewinnsituation oder Wirtschaftslage des Unternehmens für die Bestimmung des Kurswertes. Vom Frühjahr 1997 bis Ende 2000 stieg der Aktienindex der am »neuen Markt« notierten Unternehmen der IT-Technik (Nemax) auf das 17fache. Für die Kurse spielte es keine Rolle mehr, daß das Umsatzvolumen im IT-Sektor zwischen 1998 und 2000 jährlich »nur« um zehn bis elf Prozent anstieg.[9]

In den USA erreichte der Ende des 19. Jahrhunderts geschaffene Dow-Jones-Index, der 1923 bei 100 Punkten gestanden hatte, im Jahre 1929 mit 382 Punkten seinen (vorläufigen) Höhepunkt. Ein spezielles Börsensegment für neue Technologien, wie es in den USA während des New-Economy-Booms der 1990er Jahre in Gestalt des Nasdaq existierte, gab es in den 1920er Jahren noch nicht. Aber auch damals stiegen die Aktienwerte für Unternehmen der Automobilindustrie, des Flugzeugbaus, der Rundfunk- und Filmindustrie mehrfach schneller als der Dow-Jones-Index. Der Wert der Aktie des amerikanischen Rundfunksenders Radio Corporation of America z. B. erhöhte sich zwischen 1921 und 1929 von 1 Dollar auf 573 Doller. Der Kurswert der Aktien der Luftfahrtfirma Wright Aeronautic stieg allein zwischen 1928 und 1929 von 65 auf 290 Dollar.[10] Ähnlich allen voran stiegen während der Entstehung der Aktienblase in der Gründerzeit die Kurse der Eisenbahnaktien.

Wo in den damaligen und heutigen High Tech Branchen soviel Geld gemacht wurde, und sei es zunächst einmal fiktives Kapital – »papierne Duplikate des wirklichen Kapitals« (Marx) –, da blieben

die Technikpioniere nicht unter sich. Geschäftemacher aller Art stellten sich ein, Bilanzen wurden des Kurses wegen gefälscht. Ende der 1990er Jahre war ein allgemeines Klima von Betrug und Korruption im Wirtschaftsleben zu beobachten. Zu den harmloseren Betrügereien gehörte es noch, seine Firma umzubenennen d.h. dem alten Namen ein dot.com oder einen anderen Internet-Begriff anzuhängen. Eine Studie ermittelte für die USA 183 börsennotierte Unternehmen, die zwischen Juni 1998 und August 2001 so verfuhren. (DT 23. 12. 02). Für diese Unternehmer war das Ziel nicht mehr allein, Produkte zu entwickeln und weltweit zu verkaufen, sondern auch und vor allem der Kursgewinn auf dem Aktienmarkt zwecks Erhöhung des Shareholder Value.

»Der Zustrom von Hunderttausenden neuer Käufer erhöhte die Nachfrage. Millionen Arbeiter und Mittelständler, die niemals eine Schuldverschreibung oder eine Aktie gesehen hatten, wurden sich jetzt der Tatsache bewußt, daß es eine Wertpapierbörse gab. Mehr und mehr Leute folgten dem Beispiel der großen Kapitalgeber und gewerbsmäßigen Börsenspekulanten und machten Börsengeschäfte.«
Harold U. Faulkner: Geschichte der amerikanischen Wirtschaft, Düsseldorf 1957, S. 664.

Schon immer mischte sich in vielen der New-Economy-Chefs der Wagemut eines Pionierunternehmers mit der Manipulationsbereitschaft eines Betrügers. Der deutsche Eisenbahnkönig Strousberg arbeitete von Anfang an nicht nur für die Vision, durch Erschließungsbahnen ganze Landstriche in die Moderne zu bringen. Schon für sein erstes Bahnprojekt in Ostpreußen entwickelte er die Grundideen des später berüchtigten »Systems Strousberg«. Den Umfang des Aktienkapitals ganz bewußt höher anzusetzen als die Baukosten und dann die Anleger damit zu locken, daß die Aktien an der Börse etwas unter ihrem angeblichen Wert angeboten wurden, war auf jeden Fall moralisch zweifelhaft, wenn auch nicht unbedingt ungesetzlich. Der Stock-Option-Plan, d. h. die Bezahlung der Manager durch Aktien der eigenen Firma als Gehaltsersatz, ein Luftgehalt sozusagen, erweist sich bei näherem Hinsehen nicht als Erfindung der 1990er New Economy. Auch das »System Strousberg« beinhaltete derartige Manipulationen bereits Mitte der 1860er Jahre.[11]

Aktienmanipulation kennzeichnete zunehmend auch den Börsenboom Ende der 1920er Jahre in den USA. »Der Anblick der Lämmer, die sich drängten geschoren zu werden, war für die Industrie- und Finanzkapitäne zu verlockend, als daß sie hätten widerstehen können, und die Schaffung und Unterbringung von Wertpapieren wurde ein großes Geschäft. Damals aber wurden neue Effekten fabriziert wie Seife, aus kaum einem anderen Grunde als daß mit ihrer Herstellung und ihrem Verkauf Geld zu verdienen war.«[12]

Das »Gedränge« hatte zwar etwas mit dem Herdentrieb zu tun, war ursprünglich aber das Ergebnis aufwendiger Werbeaktivitäten, durch die die Begehrlichkeit des »kleinen Mannes« erst geweckt wurde, indem man ihm versprach, durch Aktienkauf mühelos reich werden zu können. Eine entsprechende Agitation haben PR-Agenturen nicht erst in diesem Jahrhundert entwickelt. »In den Jahren 1871 und 1872«, bemerkte Glagau, der wohl prominenteste zeitgenössische »Aufarbeiter« der Geschehnisse der Gründerjahre, »sah man die Berliner Zeitungen unförmlich anschwellen. Blätter wie die Vossische und Nationalzeitung … brachten täglich fünf bis zehn Bogen Beilagen, die von oben bis unten nur mit Inseraten bedeckt waren, und zwar in der Hauptsache mit solchen, die Gründungen und Emissionen verkündigten.«[13]

»Rentner plünderten ihre Sparbücher, Familienväter kündigten Lebensversicherungen, konservative Anleger wechselten ins spekulative Fach, weil alle um jeden Preis dabei sein wollten.«
Hans-Martin Lehmann über die Erste Emission der Telekom-Aktie 1996 in: Der Tagesspiegel, 11. Juli 2002.

Für die Propagierung der neuer Aktienemissionen wurden auch in den 1990er Jahren Ausgaben nicht gescheut. Die Technologiefirmen verbrauchten enorme Mittel für Anzeigen in der rasch wachsenden

»Das Spiel in Eisenbahnaktien ist nicht nur ein Hazardspiel, sondern es ist auch meist ein Spiel mit falschen Karten. Die einen kennen die Karten und spielen meist nur so, daß sie gewinnen (namentlich diejenigen, welche die Kurse selbst machen), die anderen kennen die Karten nicht und verlieren fast regelmäßig.«
Franz Perrot: Deutsche Eisenbahnpolitik, Berlin 1872, S. 24.

Zahl von Zeitschriften und Magazinen, die sich mit dem Geschehen an den Aktienmärkten beschäftigten. Geschätzte 900 Millionen Mark investierte Ron Sommer allein im Vorfeld des ersten Börsengangs der Telekom 1996 für Werbung. Die Aktion wurde dann auch ein voller Erfolg. Über zwei Millionen Kleinaktionäre waren mit von der Partie.[14] Insgesamt erhöhte sich in Deutschland die Zahl der direkten Aktienbesitzer zwischen 1988 und dem ersten Halbjahr 2000 von 3,2 auf 6,2 Millionen, fast eine Verdoppelung. Im Sommer 2001 gab es nach Angaben des Deutschen Aktieninstituts (DAI) 13,4 Millionen Besitzer von Aktien und Aktiendepots. Das waren etwa 21 Prozent der erwachsenen Bevölkerung der Bundesrepublik (SZ, 5. 8. 03; 24. 9. 03).

Auch in den 1920er Jahren hatten die amerikanischen Firmen begonnen, ihre (alten) Aktien zu stückeln, um sie leichter verkäuflich zu machen. Zwischen Januar 1925 und Oktober 1929 nahm die Zahl der an der New Yorker Wertpapierbörse registrierten Aktienstücke von 443 Millionen auf über 1 Milliarde zu. Der damit verbundene Aufwand lohnte sich für die Anbieter. Wenn es der Mehrzahl der amerikanischen Kleinanleger auch nicht darum ging, mit den Aktien zu spekulieren, so glaubten sie doch, daß ihre Ersparnisse sich in Aktienform um ein vielfaches schneller vermehren würden als auf dem Bankkonto.[15]

Der Börsenkrach und seine unmittelbaren Folgen

Der Absturz der Aktienwerte war von den Beteiligten – Eigentümern, Managern, Kleinaktionären – nicht erwartet worden. Die Konjunktur könne bestenfalls nachlassen, wenn der Bedarf an neuer Technik gestillt sein würde, beruhigte man sich anfangs. Zum Zeitpunkt, als die Krise einsetzte, waren aber noch Tausende von Kilometern Eisenbahnstrecke in aller Welt zu bauen, selbst in den USA benötigten noch Millionen Familien ein Auto, hatte das Internetshopping gerade erst einmal einen bescheidenen Anteil am Warenumsatz in den technologisch am weitesten fortgeschrittenen Staaten erreicht. Gemessen am Bedarf schienen die IT-Firmen also weiterhin krisensicher, als die Börsenkurse im Jahre 2000 zu purzeln begannen und die Dotcoms ganz besonders betroffen waren.

Das war nicht nur für die 1990er Jahre charakteristisch: Wer Aktien von Betrieben der New Economies erworben hatte, wurde das erste Opfer des Börsenkrachs. Vor allem auf Eisenbahnaktien bezieht sich Sartorius Einschätzung der Gründerkrise: »Viele schlechte Effekten waren nicht zu einigen Prozenten des Nominalkapitals (mehr) umzusetzen.«[16]

Die Kursverluste an der Berliner Börse nach 1873 waren allerdings vergleichsweise gemäßigt, wenn man sie mit den Folgen des »Schwarzen Donnerstags« (29. Oktober 1929) an der New Yorker Börse vergleicht. Zwischen September 1929 und Januar 1933 fielen die Industriepapiere nach dem Dow-Jones-Index im Durchschnitt um 83 Prozent.

Groß waren die Verluste der Aktionäre auch nach dem Ende des IT-Booms in Deutschland. 104 Euro war die T-Aktie noch Anfang 2000 wert, kaum mehr als zehn Euro zwei Jahre später. Neunzig Prozent Verluste mußte mancher Anleger verkraften. Und das ging ihm

nicht nur mit den Aktien der Telekom so. Die Marktkapitalisierung der 430 größten börsennotierten deutschen Unternehmen schrumpfte in den Jahren 2001 und 2002 von 890 Mrd. Euro auf gerade noch 315 Mrd. Euro oder um 65 Prozent. Der Wertverlust der Unternehmen am Dax wurde noch weit übertroffen von den Kursverlusten der Unternehmen am Neuen Markt. Der Nemax-All-Share-Index fiel von seinem Hoch im Frühjahr 2001 bis Anfang 2003 um 95 Prozent. Die Marktkapitalisierung der im Nemax gelisteten Technologiefirmen, welche zu besten Zeiten 230 Milliarden Euro betrug, war im Januar 2003 auf 21 Mrd. Euro gesunken, was einen Aktienwertverlust von 209 Mrd. Euro bedeutete. Insgesamt lösten sich in Deutschland im Ergebnis des Börsenkrachs nach dem Ende der IT-Hausse etwa 600 Mrd. Euro in Luft auf, in den USA verloren die Aktionäre über 5000 Mrd. Dollar.[17]

In den New Economies ließen Firmenzusammenbrüche nach dem Platzen der Aktienblase nicht lange auf sich warten. Die Zweige der »Old Economy« folgten bald nach. »Schon 1874«, im Jahr nach dem Gründerkrach, schreibt Sartorius »zeigen die Eisenbahnen große Ausfälle … und am Ende des Jahres wird von einer ausgesprochenen Eisenbahnkrisis gesprochen. Im folgenden Jahr hat das Montangewerbe seinen Zusammenbruch. …. Gewerbe, die mit jenem zusammenhängen, schließen sich an. Alle anderen machen ihre Spezial- und Lokalkrisen durch.«[18]

Verglichen damit griff die Krise in den USA nach dem »Schwarzen Donnerstag« relativ schnell auf fast alle Produktionszweige über. Bald handelte es sich »um eine kombinierte Wirtschafts-, Währungs- Börsen- und Bankenkrise«.[19] Nicht stärker als andere Produktionszweige betroffen schien zunächst der damals größte New-Economy-Zweig, der Automobilbau. Der Ford-Konzern, der zu Beginn der Krise noch vom Verkaufsboom seines »Modells A« zehrte, geriet sogar erst 1931 in die roten Zahlen. Dafür traf es Ford, General Motors, Chrysler und die anderen amerikanischen Automobilhersteller in der Folgezeit um so mehr. Hatten sie z. B. 1929 noch 650 000 Autos bei den Farmern absetzen können, so waren es 1932 nur noch 55 000. Mit dem Verkauf neuer Autos an die Facharbeiter war es nicht viel besser bestellt.[20]

Nach dem Börsenkrach und der Finanzkrise vom Jahre 2000 ist in Deutschland und den USA, wie zu erwarten war, auch die Erzeugung zurückgegangen. Die Start ups der IT- Branche wurden durch den Börsenkrach ihrer Finanzierungsbasis beraubt: Nun war es nicht mehr unwichtig, daß deren Umsätze zwar bisher Jahr für Jahr rasch gestiegen waren, aber an Gewinn in den meisten Fällen kaum zu denken gewesen war. »Das Geld ist alle, die Verluste werden immer bedrohlicher, neue Projekte sind nicht in Sicht«, konnte, wer wollte, im Sommer 2001 auf der Website www.dotcomtod.de nachlesen. Die Banken wurden generell extrem vorsichtig bei der Gewährung von Krediten für Investitionen. Auch die verschuldeten Konzerne sind zum großen Teil damit beschäftigt, ihre Schulden zurückzuzahlen, statt zu investieren. Doch scheint die Produktionskrise bisher eher auf das Muster der Jahre nach 1873 als gemäß der nach 1929 hinauszulaufen, eher auf langanhaltende Stagnation als auf rasante Produktionsabstürze hinzudeuten.

»Manipulatives Verhalten dient vor allem dem Ziel, die Unternehmen für die Börse aufzupolieren. So steht die deutsche Telekom AG unter dem Verdacht, die Abwertung ihrer Immobilien um knapp 4 Milliarden D-Mark auf die Zeit nach dem dritten Börsengang verschoben zu haben. Auch soll eine Vielzahl von New Economy-Unternehmen ihre Quartalsberichte gegenüber der Börse geschönt haben. Das Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel beklagte zudem Insidergeschäfte von Geschäftsführern und Managern der New Economy. Mit gelenkten Aktienkäufen wurde versucht, Boomstimmung zu erzeugen.«
Rudolf Hickel: Die Risiko-Spirale, Frankfurt/Main 2001, S. 131.

»Der Glaube, daß diejenigen, die das Leben der Korporationen in Amerika kontrollieren, sich von redlichen Motiven und hohen Idealen leiten lassen, wurde bis auf den Grund erschüttert.«
Joseph Kennedy, Börsenspekulant und späterer New-Deal-Aktivist, über die Zeit der Weltwirtschaftskrise, zitiert in: N. N. Jakowlew: Franklin D. Roosevelt, Berlin 1977, S. 202.

Soweit es um Kursstürze, Geschäftszusammenbrüche und Produktionsrückgänge geht, lassen sich die Folgen der Krise der New Economies einigermaßen exakt nachvollziehen. Darüber darf jedoch nicht übersehen werden, daß die auf der Entwicklung neuer Technologien basierende wirtschaftliche Prosperität als mehr angesehen worden war als eine überdurchschnittlich lange andauernde Boomperiode. Die New Economies standen für ein neues, krisenfreies Wirtschaften, für »Wohlstand für alle Anleger«. Die ungewöhnliche wirtschaftliche Dynamik der Aufschwungperiode hatten die Apologeten des Neoliberalismus damit begründet, daß sich die Marktbeziehungen hatten frei entfalteten können, weil der Staat sich aus der Wirtschaft zurückzog. Angesichts dieser Seite, der ordnungspolitischen Relevanz der New Economies, ist es daher angebracht, nachzuforschen, wie es dem »ideologischen Überbau« der Neuen Wirtschaft erging, als diese in die Krise geriet.

Die ersten kritischen Stellungnahmen auf den Börsencrash und auf die mit den ersten Firmenzusammenbrüchen ruchbar werdenden massenhaften Betrügereien der Firmeninhaber und -manager bezogen sich noch nicht auf die Wirtschaftsverfassung, sondern auf die Galionsfiguren der New Economies: die bis dahin von den Medien gefeierten Manager bzw. Firmeneigner wurden von den geschädigten Aktionären und bald auch von der Öffentlichkeit generell zu den Sündenböcken für den wirtschaftlichen Niedergang gemacht. Viele der anfänglichen Kommentare über die »Große Depression« in den USA am Anfang der 1930er Jahre, selbst von Ökonomen, gaben vor allem dem »Umsichgreifen des als schick geltenden Betrugs,« und der »Spekulation« die Schuld.[21] Strousberg, in den Konjunkturzeiten der Leitstern der Börse, avancierte zum Hauptschuldigen der Gründerkrise. Die Interessengemeinschaften geschädigter Besitzer von Strousbergschen Eisenbahnaktien bemühten nicht nur die Justiz, sondern veranstalteten vor dem Palais des »Eisenbahnkönigs« in der Wilhelmstraße in Berlin regelrechte Protestdemonstrationen, um ihren Forderungen nach Entschädigung größeren Nachdruck zu verleihen.

Der Absturz aus dem Olymp der New Economy vollzog sich in der Bundesrepublik für die einstigen Helden des Aufschwungs in den 1990er Jahren nicht viel anders als vierzehn Jahrzehnte zuvor im kaiserlichen Deutschland. An Stelle der Bewunderung für die unbedingte Kreativität des Chefs war in der Öffentlichkeit nun wieder »die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmers« gefragt.[22] Parallel zum Absacken des Telecom-Aktienkurses ging auch der Stern des »Börsen-Popstars« Ron Sommer unter. Während der letzten beiden Jahreshauptversammlungen in der Köln-Arena kam der Telecom-Chef kaum noch zu Wort. Anstelle von Autogrammjägern wurde der Konzernchef massiv von wütenden Aktienbesitzern zum Rücktritt gedrängt. Er erntete Buhrufe und Pfiffe. Die zahlreich erschienenen Kleinaktionäre sahen in ihm den Totengräber ihrer Träume von Wohlstand und Reichtum.

Der moralische Schaden für das Börsengeschäft als wesentliches Moment der Funktionsweise des modernen Kapitalismus war gravierend. Der Verdacht der Kleinanleger, wieder einmal das Opfer manipulierter Bilanzen zu werden, blieb in den dem Börsencrash

folgenden Jahren enorm. Auch im Deutschland der Jahrtausendwende begann das »Volk von Aktionären« sich nach dem Frühjahr 2000 (wieder) in ein Volk von Aktienmuffeln zu verwandeln. Innerhalb eines Jahres (vom 1. Halbjahr 2001 bis zum 1. Halbjahr 2002) ging nach Angaben des DAI die Zahl der Aktionäre und Aktienfondsbesitzer um 2,2 Millionen zurück. Wurde 2000 noch rund die Hälfte des Spargeldes in Aktien und Investmentfonds angelegt, so war es 2002 nur noch ein Viertel. Risikoarme Anlageformen wie Sparbuch oder Festgeld sind seitdem gefragt. (SZ. 5. 8. 03; SZ 23. 10. 03).

»Die Krise wurde als eine Krise des liberalen Systems und seiner Moral, als Krise der Modernität gedeutet«. Thomas Nipperdey über die Gründerkrise in: Arbeitswelt und Bürgergeist. Deutsche Geschichte 1866-1918, München 1991, S. 284.

Gefühle von Enttäuschung, Angst, Mißtrauen gegenüber den früheren Heroen der New Economy bzw. den Aktienmärkten waren nach den Börsenkrachs von 1873, 1929 und 2000 allgemein. Vom Standpunkt des Wirtschaftshistorikers als beachtenswerter haben sich allerdings die mittelbaren Folgen der New-Economy-Krisen erwiesen

Die New-Economy-Konjunkturen der 1860er, 1920er und 1990er Jahre waren ideologisch so eng mit dem liberalistischen Wirtschaftssystem verknüpft worden, daß die diesen Konjunkturen folgenden Krisen auf die Dauer nicht ohne Folgen für die Wirtschaftspolitik und -lehre bleiben konnten, ob diese Variante des kapitalistischen Wirtschaftssystems nur konkret-historisch als »freihändlerisch«, »neoklassisch« oder »neoliberal« bezeichnet wurde.[23]

Die weiterreichenden Folgen der Krise der New Economies: Ordnungspolitischer Paradigmenwechsel

Irgendwann in der Auswertung des eingetretenen wirtschaftlichen Desasters mußte der Punkt kommen, wo von der Suche nach schuldigen Personen dazu übergegangen wurde, das gesamte Wirtschaftssystem, das zu den schweren Verwerfungen in der Wirtschaftslandschaft geführt hatte, in Frage zu stellen. Allerdings gewannen derartige Auffassungen nicht gleich nach dem Börsenkrach Raum. »Bis 1877 hinein,« sind nach Sartorius die Unternehmer außerhalb des New-Economy-Bereichs in ihrer Mehrzahl noch »Optimisten, hoffen auf eine baldige Besserung . … Im zweiten Stadium von 1877 bis 1879 werden sie, auch in den stärkeren und soliden Werken, Pessimisten, schränken überall ein.«[24] 1878 war die Lehre des Liberalismus, damals häufig als Freihandelssystem bezeichnet, soweit diskreditiert, daß die Regierung offen für ein staatliches Eingreifen in wirtschaftliche Prozesse eintreten konnte – allerdings noch mit vorsichtigen Worten und ohne den Paradigmenwechsel offen beim Namen zu nennen.

Ebenfalls als rein pragmatischer Schritt begründet wurde 1884 seitens der Regierung eine strengere Handhabung der staatlichen Zulassungsbedingungen für Aktiengesellschaften an die Börse, wodurch viele der im Jahre 1870 zurückgenommenen Kontrollen des Börsengeschäftes wieder einführt wurden. Auch die seitens des Staates mehr als zwei Jahrzehnte geübte Abstinenz gegenüber dem Eisenbahngeschäft nahm Ende der 1870er Jahre ein Ende. Die Frage, ob Staats- oder Privatbahn das Richtige sei, war unter der Vorherrschaft der Ideologie des Laissez faire in den 1860er Jahren zugunsten der freien Konkurrenz entschieden worden.[25] Als während der

Der altmodische Liberalismus war tot oder schien dem Untergang geweiht und nur noch drei Optionen wetteiferten um die intellektuelle und politische Vorherrschaft. Die zweite Option hieß: ein Kapitalismus der nicht mehr an dem Glauben klebte, daß die freie Marktwirtschaft das einzig Wahre sei und der durch eine Art heimliche Vermählung oder ständiger Lebensbeziehung mit der moderaten Sozialdemokratie reformiert werden würde; nach dem Zweiten Weltkrieg sollte sich diese Version in der Tat als die wirkungsvollste erweisen.
Eric Hobsbawn über die Folgen der Weltwirtschaftskrise in: Das Zeitalter der Extreme, München 1995, S. 141.

Eisenbahnkrise die Mißstände der inzwischen überwiegend privat geführten Branche ans Tageslicht kamen, schlug die Stimmung um. Selbst die Verstaatlichung nicht nur der »notleidenden« Privatbahnen war nicht mehr tabu.

Die Wirtschaftswissenschaftler formulierten die ideologischen Grundlagen für die neue Wirtschaftspolitik weitaus konsequenter als die sich weiterhin pragmatisch gebenden – lediglich Schadensbegrenzung zu leisten vorgebenden – Wirtschaftspolitiker. Der Kathedersozialist Adolph Wagner publizierte 1879 seine frühere Entdeckung, das »Gesetz von der wachsenden Ausdehnung der Staatstätigkeit«, bereits in einem »Lehrbuch der politischen Ökonomie«.

Weitaus dramatischer als nach 1873 in Deutschland vollzog sich der Umschwung vom Laissez faire zum Staatsinterventionismus nach 1929 in den USA. Innerhalb von 100 Tagen nach Roosevelts Amtsantritt im März 1933 wurden 20 Gesetze zur Verstärkung der staatlichen Kontrolle bzw. Lenkung der amerikanischen Wirtschaft vom Kongreß verabschiedet. Als Reaktion auf den Börsencrash und die damit verknüpften Schiebereien auf dem Wertpapiermarkt entstand die staatliche Börsenaufsicht SEC. Kurzzeitig stand sogar die Verstaatlichung der wegen Zahlungsunfähigkeit geschlossenen Banken zur Diskussion. Die allgemeine Zustimmung zum New Deal machte deutlich, daß in den Augen der Öffentlichkeit die wirtschaftsliberalen Lehren der Neoclassical Economy abgewirtschaftet hatten. Seine wirtschaftstheoretische Begründung fand das New Deal erst einige Jahre später, 1936, als der britische Wirtschaftstheoretiker John Maynard Keynes sein Hauptwerk » Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« veröffentlichte.

Schaut man auf die letzte der New-Economy-Krisen, die im Jahre 2000 einsetzte, so hat sie bisher auf den ersten Blick eher zu einer Verhärtung neoliberaler Positionen als zu deren Aufweichung oder gar zu ihrem Ersatz durch einen eher keynesianistischen Kurs geführt. Nach genauerem Hinsehen sieht es nach den Milliardenbetrügereien des Enron-Konzerns selbst in den USA so aus, »als wäre Enron der Ausgangspunkt einer neuen Debatte über die Frage, welches Wirtschaftsmodell das beste ist.«[26]

In Deutschland sieht es bis heute so aus, als würde dieses Mal der Liberalismus die New-Economy-Krise unlädiert überstehen. Oskar Lafontaine wird mit seiner fundamentalen Kritik des Neoliberalismus in der Presse noch verlacht. Doch vor voreiligen Schlüssen sei gewarnt. Wir befinden uns erst im vierten Jahre nach dem Beginn der Krise. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich in den beiden vorangegangenen New-Economy-Krisen der ordnungspolitische Paradigmenwechsel im Bereich der Wirtschaftstheorie auch noch nicht vollzogen. Zu erinnern ist auch daran, daß erste staatsinterventionistische Maßnahmen zur unmittelbaren wirtschaftlichen Schadensbegrenzung während Gründerkrise und Great Depression eingeleitet wurden, ohne daß deren ordnungspolitischer Charakter herausgestellt worden wäre. Roosevelts Vorgänger Hoover war und blieb bis zu seiner Abwahl Ende 1932 ein Verfechter des Laissez faire. Aber selbst er sah sich angesichts der sich immer weiter verschärfenden Krise zu beträchtlichen Staatseingriffen in die Wirtschaft veranlaßt. De facto bereitete er damit bereits das New Deal vor, wenn er auch

im Wahlkampf gegen Roosevelt diesen verdächtigte, Sympathien für die Planwirtschaft zu haben, u. a. weil Roosevelt nach seiner Wahl zum Kandidaten der Demokraten für die Präsidentschaft erklärt hatte: »Die private Unternehmerinitiative ist zu privat, zu privilegiert«. Das müsse geändert werden.[27]

Die Boom-Jahre sind vorbei, das Triumphgeheul des Kapitalismus erscheint heute so anachronistisch wie 1989 das des Kommunismus.«
Jacob Heilbrunn, Kolumnist der »Los Angeles Times«, in: Der Tagesspiegel, 13. 7. 2002.

Nach dem Jahre 2000 hat sich de facto in der Wirtschaftspolitik der wichtigsten kapitalistischen Staaten eine Abkehr von wesentlichen, in den 1990er Jahren für unantastbar gehaltenen neoliberalen Grundsätzen vollzogen. Die Maastricht-Kriterien, jenes in Ziffern gefaßte Bekenntnis zur Regulierung der Wirtschaft durch den Markt, die staatliche Eingriffe in die Wirtschaft deutlich einschränken, sind von den großen EU-Ländern, vor allem von Frankreich und auch in Deutschland praktisch aufgegeben worden, wenn auch seitens der Regierungen weiterhin versichert wird, so rasch wie möglich, wenn nicht mehr in diesem, so doch im nächsten bzw. übernächsten Jahr zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien zurückkehren zu wollen. Die mächtigen EU-Behörden schelten, aber sehen (bisher) zu – wohl aus Mangel an Alternativen.

In den USA hat die Regierung Bush im Juli 2002 das Sarbanes-Oxley-Gesetz verabschiedet, das darauf abzielt, die öffentliche Kontrolle der Bilanzlegung und des Wertpapierhandels zu intensivieren. Auch die SEC ist gegen Börsenbetrug wieder aktiver geworden (DT 8. 10. 02; 11. 12. 02; SZ 25. 9. 03).

Die Staatsverschuldung hat unter George W. Bush aus der Sicht der Vertreter des Neoliberalismus unverträgliche Ausmaße erreicht[28] – und das nicht nur im Gefolge der Finanzierung des »Antiterror-Krieges«[29], sondern auch wegen einer Reihe von vom Staat den Unternehmen gewährten Vergünstigungen im »Programm für Wirtschaft und Beschäftigung« mit dem pragmatischen Ziel der Wiederankurbelung des Wirtschaftswachstums. Das erschien unbedingt notwendig, denn, gemessen an den Daten des Standard & Poor-Indexes, der 500 Unternehmen erfaßt, »waren die ersten anderthalb Jahre der Bush-Administration aus wirtschaftlicher Sicht die schlimmsten, die es je in der US-Geschichte gab.« (DT 28. 7. 02) Kein Wunder also, daß Bush einen »eher keynesianistischen Kurs« verfolgt, wie wenig er auch Keynesianer sein mag (SZ 24. 9. 03). Ausgehend vom Vergleich mit früheren New Economies ist es also durchaus nicht ausgeschlossen, daß auch aus der jüngsten Krise ein paradigmatischer Wechsel in der Wirtschaftspolitik und letztlich auch in der Wirtschaftstheorie zugunsten der Staatsintervention in der Wirtschaft hervorgehen wird, in welchem Gewande auch immer.

1 Harold James: Der Rückfall. Die neue Weltwirtschaftskrise, München 2001, S. 34.
2 Rudolf Hickel: Die Risiko-Spirale, Frankfurt/Main 2001, S. 22.
3 Michael H. Stierle: Neue Ökonomie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 9/2001, S. 19.
4 Christoph Scherrer: New Economy: Explosive Growth Driven by a Productivity Revolution? Berlin 2001, S. 4.
5 Berechnet nach: Wl. Woytinsky: Die Welt in Zahlen. Viertes Buch, Berlin 1926, S. 227-228, 230.
6 Harold U. Faulkner: Geschichte der amerikanischen Wirtschaft, Düsseldorf 1957, S. 627-628.
7 Hans Pohl: Aufbruch der Weltwirtschaft. Geschichte der Weltwirtschaft von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1989, S. 227.
8 Winfried Wolf: Sturzflug in die Krise. Die Weltwirtschaft, das Öl, der Krieg, Hamburg 2003, S. 142.
9 Neues Deutschland vom 24. 9. 2003; FAZ vom 3. 1. 2003. Im Beitrag verwendete Abkürzungen für die zitierten Tageszeitungen: FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung; DT = Der Tagesspiegel; ND = Neues Deutschland, SZ = Süddeutsche Allgemeine Zeitung.

10 Vgl. Rudolf Hickel, a. a. O., S. 14,
11 Manfred Ohlsen: Der Eisenbahnkönig Bethel Henry Strousberg, Berlin 1987, S. 52.
12 Harold Faulkner, a. a. O., S. 664.
13 Zitiert in: Manfred Ohlsen, a. a. O., S. 216.
14 Stefan Risse: Manager außer Kontrolle, München 2003, S. 185-186.
15 Harold Faulkner, a. a. O., S. 665 f.
16 A. Sartorius von Waltershausen, Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815-1914, Jena 1923, S. 284.
17 Günter Ogger: Die Ego-AG. Überleben in der Betrüger-Wirtschaft, München 2003, S. 14.
18 A. Sartorius, a. a. O., S. 285.
19 Winfried Wolf, a. a. O., S. 15.
20 Robert Lacey: Ford. Eine amerikanische Dynastie, Düsseldorf 1987, S. 143-144, 229-230, 247-248.
21 Vgl. Lionel Robbins: The Great Depression, London 1934, zitiert in: James, S. 50.
22 Vgl. Reinhard Mohn: Die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmers, München 2003.
23 Vgl. Jörg Roesler, Staatsinterventionismus und Marktregulierung als wirtschaftspolitische Alternativen des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 5/2001, S. 31
24 A. Sartorius, a. a. O., S. 285.
25 Vgl. Walther Lotz, Verkehrsentwicklung in Deutschland 1800-1900, Leipzig 1910, S. 27-30.
26 Harold James, a. a. O., S. 11.
27 Zitiert in: R.B Nye /J.E. Morpurgo: A History of the United States, Bd. 2, Harmondsworth 1955, S. 661.
28 Bushs Pläne wurden im Sommer 2003 vom Wall Street Journal als monströs bezeichnet, das neoliberale Cato-Institut sprach von einem Debakel seiner Politik (SZ 21. 8. 03)
29 Winfried Wolf spricht in diesem Zusammenhang vom »militärischen Keynesianismus« (a. a. O., S.196).

HORST DIETZEL

Mehr Gegensätze als Gemeinsamkeiten

Ein Vergleich der Grundsatzprogramme von PDS und Bündnis 90/Die Grünen

Die PDS hat nach jahrelanger Diskussion im Oktober 2003 ihr neues Parteiprogramm verabschiedet. Bündnis 90/Die Grünen hingegen haben nach einer recht kurzen Beratungszeit ihr neues Grundsatzprogramm bereits im März 2002 beschlossen. Politisch wichtig ist es, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen diesen beiden Programmen auszuloten, obwohl Programme oftmals wenig mit der konkreten Politik zu tun haben. Dennoch: Programme geben Auskunft über Identitäten, Denkweisen und Kompromißlinien in den Parteien. Sie sagen etwas über das Selbstverständnis der Parteien, über grundlegende politische Positionen und letztlich auch etwas über ihre Politikfähigkeit aus.

Unterschiedliches Herangehen

Schon die Anlage der beiden Dokumente ist grundverschieden: Im PDS-Programm nehmen die grundlegenden Weg- und Zielvorstellungen, die Beschreibung der Welt und die Selbstveränderung der PDS einen großen Raum ein. Der Teil, der sich mit den programmatischen Zielen auf den einzelnen Politikfeldern befaßt, umfaßt etwa die Hälfte des Programms. Bei den Grünen ist das anders. Hier sind ca. 90 Prozent des Textes den einzelnen Politikfeldern gewidmet, während der grundsätzliche Teil etwa 10 Prozent des ca. 100seitigen Textes umfaßt.

Den beiden Programmen liegen *zwei unterschiedliche »Programm-Philosophien«* zugrunde: Die Grünen verzichten auf einen gesellschaftlichen Gegenentwurf. Sie wollen über zwölf Schlüsselprojekte die Gesellschaft modernisieren. Bei der PDS ist dies umgekehrt. Sie bleibt bei dem traditionell linken Anspruch, eine andere (sozialistische) Gesellschaft zu schaffen. Die Grünen schreiben ausdrücklich: »Uns eint, uns verbindet ein Kreis von Grundwerten, nicht eine Ideologie«. Sie betonen ihre vielfältigen Wurzeln (linke Traditionen, wertkonservative und solche des Rechtsstaatsliberalismus). Die Frauen- und die Friedensbewegung hätten das Profil der Grünen mit geprägt. Die PDS sieht sich in der Tradition der Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung, ökologische Zerstörung, politische Unterdrückung und verbrecherische Kriege, grenzt sich aber gleichzeitig von den Verbrechen ab, die im Namen des Sozialismus begangen wurden.

Die Grünen erläutern sehr ausführlich ihre Grundwerte: Ökologie, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit, Teilhabegerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, internationale Gerech-

Horst Dietzel – Jg. 1943; Dr. sc. phil., Sozialwissenschaftler. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Wohin geht die PDS? Zur Richtungsdiskussion in der Partei, Heft 149 (März 2003).

Das PDS-Programm ist im Internet unter www.pds-online.de abrufbar, das Programm der Grünen unter www.gruene-partei.de.

»Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der die Menschenrechte unteilbar und universell gültig sind und in der Selbstbestimmung in Verantwortung verwirklicht werden kann. Unsere Vision ist die Verwirklichung von Gerechtigkeit in allen ihren Dimensionen. Wir stärken die Demokratie und verteidigen sie gegen Angriffe. (...) Unsere Grundposition heißt: Wir verbinden Ökologie, Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtig-

keit und lebendige Demokratie« (Bündnis 90/Die Grünen, Grundsatzprogramm, Präambel).

»Die sozialistische Idee ist durch ihren Missbrauch als Rechtfertigung von Diktatur und Unterdrückung beschädigt worden. Die Erfahrungen der DDR einschließlich der Einsicht in die Ursachen ihres Zusammenbruchs verpflichten uns, unser Verständnis von Sozialismus neu zu durchdenken. (...) Sozialismus entsteht (...) nicht in der Folge eines abstrakten Geschichtsfahrplans, sondern geht von den gesellschaftlichen Realitäten, den wirklichen Bedürfnissen und Interessen der Menschen aus. Sozialismus entsteht in demokratischen Kämpfen, die geführt werden, um die strukturellen Bedingungen für Unfreiheit, Ungleichheit und Ausbeutung sowie jene Macht- und Eigentumsverhältnisse, auf denen diese beruhen, zurückzudrängen und zu überwinden« (Programm der PDS, I. Sozialismus – Ziel, Weg und Werte).

tigkeit, Solidarität, Demokratie. Besonders beachtenswert sind die Ausführungen zur Gerechtigkeit. Diese gehe über traditionelle Verteilungspolitik hinaus. Bündnisgrüne Politik stehe für Teilhabegerechtigkeit, für Generationengerechtigkeit, für Geschlechtergerechtigkeit und für internationale Gerechtigkeit. Ausdruck der Werteorientierung seien Menschenrechte und Gewaltfreiheit.

Die PDS bettet die Grundwerte in ihr Sozialismusverständnis ein und handelt diese im Unterschied zu den Grünen sehr knapp ab. Ausgangspunkt ist die Frage: »Was brauchen Menschen, um selbstbestimmt leben zu können?« Um die Grundwerte (Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität) durchsetzen zu können, ist nach Meinung der PDS eine andere Regulation von Wirtschaft notwendig.

Die Grünen verkürzen die gesellschaftliche Vision auf wenige sehr allgemein gehaltene Sätze.

Die PDS hingegen widmet sehr viel Raum der sozialistischen Zielbestimmung. Dennoch bleibt sie auch hier (zu Recht) allgemein. In einer sozialistischen Gesellschaft müßten die Produktions-, die Verteilungs- und die Konsumtionsweise dem Ziel dienen, allen die Bedingungen für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben zur Verfügung zu stellen. Wie im Programm von 1993 wird einem »abstrakten Geschichtsfahrplan« eine Absage erteilt.

In der Präambel werden die »Profit- und Herrschaftsinteressen der international mächtigsten Teile des Kapitals« als Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Zivilisation ausgemacht. Die Grünen hingegen wollen Abschied nehmen »von unkritischem Fortschrittsglauben, sei er sozialistischer, sei er kapitalistischer Ausprägung«.

Die neuen Herausforderungen

Auch bei der Bestimmung neuer Herausforderungen zeigen sich große Unterschiede zwischen Grünen und PDS: Während erstere hauptsächlich Veränderungen außerhalb von Produktionsverhältnissen thematisieren wie demographischer Wandel, Wandel in den Produktivkräften, neue Technologien, Migration oder deutsche bzw. europäische Einigung u. ä., liegt der Schwerpunkt der PDS bei der Kritik des neoliberalen Kapitalismus.

Die Grünen meinen, daß die ökologische Herausforderung einen Umbau der ökonomischen und sozialen Systeme erfordere. Die bisherige Wirtschaftsweise der hochindustrialisierten Gesellschaften sei nicht globalisierbar. Im Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11. September wird der internationale Terrorismus als Bedrohung des Weltfriedens bezeichnet. Bei der PDS ist es genau umgekehrt: Der Krieg gegen den Terrorismus gefährde den Frieden. Als weitere Herausforderungen nennen die Grünen: Individualisierung, neue Informationstechnologien, Bio- und Gentechnologien, demographischer Wandel, Migration und die Veränderung im Geschlechterverhältnis. Die PDS hingegen formuliert die neuen Herausforderungen eher indirekt im Kontext mit der »neoliberalen Offensive«.

Im Gegensatz zur PDS spielt die *Globalisierung* als neue Herausforderung im Programm der Bündnisgrünen eine herausragende Rolle. Nach ihrer Auffassung ist die Globalisierung »eine Herausforderung zur Gestaltung einer nachhaltigen, freiheitlichen, demokratischen und solidarischen Welt«. Das Hauptproblem sei die

»Kluft zwischen ökonomischer Globalisierung und der mangelnden politischen Steuerung und Einbettung dieses Prozesses«. Sie sehen in der Öffnung der Märkte der hochindustrialisierten Länder gegenüber den Produkten der ärmeren Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas den größten Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit. Sie treten für mehr Regeln und Standards für Finanztransaktionen sowie für mehr Transparenz der Finanzmärkte ein.

Im PDS-Programm wird von einer »kapitalistischen Globalisierung« gesprochen, der kämpferisch entgegengetreten werden müsse. »Die Regierungen weniger Staaten, die Führungen einiger Weltkonzerne und die Spitzen des Finanzkapitals kontrollieren die wichtigsten internationalen Institutionen. Sie streben uneingeschränkte imperialistische Herrschaft an und wollen die Macht in ihrem Interesse umverteilen.« Es wird sogar von »einem neuen Totalitarismus der globalen Herrschaft transnationaler wirtschaftlicher und politischer Gruppen« gesprochen, d. h. im Klartext: den internationalen wirtschaftlichen Institutionen, so offenbar auch der UNO, wird hier jegliche demokratische Kompetenz abgesprochen.

Während die Gefahren der Globalisierung von den Grünen thematisiert werden, ist bei der PDS das Ganze unter den Stichworten »Imperialismus« und »neuer Totalitarismus« abgehandelt. Nach diesen analytischen Textstellen dürfte es keinerlei Spielraum für politische Gestaltung geben, sondern nur Widerstand. Den wollen die Grünen – neben der Gestaltung – auch. Grüne und PDS treffen sich bei einigen politischen Forderungen, wie denen nach sozialen und ökologischen Mindeststandards, Schließung von Steueroasen, Tobin-Tax u. ä.

Demokratie

Bei dieser Frage gibt es eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten und Berührungspunkten, wenn auch die PDS besonders kritisch mit der bundesdeutschen Wirklichkeit umgeht.

Zentrale Ziele der Grünen sind gesellschaftlicher Pluralismus, die Ausgestaltung der multikulturellen Demokratie, die Stärkung des Rechtsstaatsliberalismus, der Ausbau der Bürgerbeteiligung, die Reform der demokratischen Institutionen sowie die Neugestaltung der föderalen Strukturen. Bürgerrechte und demokratische Teilhabe seien Grundorientierungen ihrer Politik. Die Grünen widmen sich auch ausführlich den neuen Herausforderungen für Demokratie und Rechtsstaat (Globalisierung, Mediengesellschaft, Informationstechnologien, internationaler Terrorismus).

Die PDS sieht in der Demokratisierung des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft die entscheidende Frage jeder Reformalternative. Sie legt ein klares Bekenntnis zu den individuellen und kollektiven politischen Grundrechten, zur parlamentarischen Demokratie, zum politischen Pluralismus, zur Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie zur kommunalen Selbstverwaltung ab. Die Partei meint aber, daß sich die »antidemokratischen Tendenzen« verstärkten. Bürgerrechte würden wieder zugunsten staatlicher Eingriffe in die Privatsphäre eingeschränkt, die Befugnisse der Geheimdienste »unmäßig erweitert«. Die großen Konzerne und Finanzorganisationen und die WTO würden die Entscheidungssouveränität der Parla-

mente einschränken usw. Die »Stärkung parlamentarischer Rechte und demokratischer Gegenmächte gegenüber den Interessen von Konzernen, Großbanken und Anlagefonds« gehöre zu den Grundbedingungen von Volkssouveränität. Wie das erfolgen soll, bleibt allerdings offen. Außerdem legt die PDS ein Bekenntnis zur Wirtschaftsdemokratie ab. Die Partei begreift sich auch als »sozialistische Bürgerrechtspartei«.

Den Zusammenhang von Staatsaufgaben und Zivilgesellschaft sehen die Parteien ähnlich.

Beide betonen vor allem die Rechte des Bürgers gegenüber dem Staat. Auch bei der Stärkung der Elemente der direkten Demokratie sind die Forderungen der Parteien ähnlich, allerdings unterschiedlich akzentuiert. Die Grünen wollen Elemente der direkten Bürgerbeteiligung wie Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf allen Ebenen stärken. *Wie* sie den »Einfluß der Bürgerinnen und Bürger auf die personelle Zusammensetzung der Parlamente steigern und gleichzeitig die verhältnismäßige Repräsentanz der Abgeordneten wahren« wollen, bleibt offen. Weiterhin soll die Rolle der Nicht-Regierungsorganisationen, Vereine und Verbände gestärkt werden – aber auch hier fehlen Konkretisierungen.

Während die Grünen die repräsentative Demokratie durch die direkte Demokratie *ergänzen* wollen, will die PDS beides miteinander *verbinden*. Sie will auf Bundesebene und im Rahmen der EU Volksentscheide mit niedrigen Einstiegsquoten. Spezifische Forderungen der PDS sind Runde Tische und regionale Wirtschafts- und Sozialräte. Welche Befugnisse diese haben sollen und wie weit sie in die Rechte der parlamentarischen Gremien eingreifen sollen, bleibt offen. Die PDS strebt außerdem die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltspolitik (partizipative Bürgerhaushalte) an.

»Vom Zerfall bedrohte Staaten sowie ethnisierte Machtkonflikte drohen in zahlreichen Weltregionen zu Kriegen und humanitären Katastrophen zu eskalieren, wenn die Staatengemeinschaft nicht rechtzeitig gewaltmindernde Maßnahmen ergreift. Der internationale Terrorismus erfordert gemeinsames Handeln der Staatengemeinschaft sowohl bei der unmittelbaren Gefahrenabwehr wie auch bei der langfristigen Ursachenbekämpfung« (Bündnis 90/Die Grünen, Grundsatzprogramm, Aufbruch nach Europa und in die Eine Welt VII.).

»Die imperiale Hegemonie der USA und der NATO samt ihrer Konzeption von Angriffskriegen soll den Erhalt der ausbeuterischen und zerstörerischen Strukturen garantieren und vertieft zugleich die Ursachen der realen Gefahren. (...) Sie provoziert die Weiterentwicklung von Massenvernichtungswaffen und offensiven militärischen Konzepten. Sie führt zu politischer und völkerrechtlicher Diskriminierung von Staaten, zur Ausbreitung von regionalen Konflikten, von Kriegen und des internationalen Terrorismus, zur Missachtung der Menschenrechte sowie zur Marginalisierung der UNO und ihrer Charta« (Programm der PDS, II.3.).

Außen- und Sicherheitspolitik

Hier gehen die Positionen beider Parteien weit auseinander. Das beginnt schon bei der Bestimmung von *Konflikt- und Kriegsursachen*. Nach Auffassung der Grünen sind die Ursachen hauptsächlich in den vom Zerfall bedrohten und instabilen Staaten sowie in ethnisierten Machtkonflikten zu suchen. Im Gegensatz dazu sieht die PDS laut Kapitel II.3 ihres Programms die eigentlichen Ursachen in der Hegemonie der USA und der NATO. Diese Position wird im Teil III.2 jedoch wieder relativiert. Dort wird das von den USA und der NATO beanspruchte militärische Weltmonopol als *eine* der Ursachen von aufbrechenden Konfliktherden genannt.

Die *Haltung zur USA und zur NATO* ist bei beiden Parteien nahezu gegensätzlich. Im Unterschied zu den Grünen sieht die PDS in den USA und in der von ihr beherrschten NATO das Grundübel der gegenwärtigen Welt. Die PDS sagt auch Nein zur Bildung eines hochgerüsteten westeuropäischen Militärblocks und fordert eine friedenstiftende Korrektur der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Die Grünen hingegen wollen, daß Deutschland bei der Mitwirkung in NATO und EU/WEU auf die Stärkung der kollektiven Sicherheit drängt. Sie lehnen es aber ab, daß die militärische Zusammenarbeit in der NATO zu einem Instrument globaler Ord-

nungspolitik in Konkurrenz mit den Aufgaben der Vereinten Nationen gemacht wird.

Auch im Hinblick auf *Einsätze der Bundeswehr* sind die Positionen gegensätzlich. Die Grünen stimmen solchen Einsätzen auch zur Friedensherstellung zu, formulieren aber einige Kriterien: Mittel nichtmilitärischer Krisen- und Konfliktbewältigung müssen Vorrang haben und ausgeschöpft sein. Jede Einzelfallentscheidung müsse gemäß Grundgesetz und Völkerrecht erwogen und beschlossen werden. »Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen (›Kampfeinsätze‹) müssen grundsätzlich durch ein klares Mandat des VN-Sicherheitsrates autorisiert werden.« Eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Bundestages sollte bei der Entscheidung über Auslandseinsätze notwendig sein.

Die PDS stellt demgegenüber fest, daß die Geschichte Deutschlands eine uneingeschränkte Friedenspflicht gebiete, ohne diese näher zu erläutern.

Konfliktprävention wird von beiden Parteien betont. Auch beim Problem der *Abrüstung* gehen die Forderungen beider Parteien zumindest in eine ähnliche Richtung. Die PDS meint einerseits, daß die Beseitigung potentieller Kriegsursachen und Formen ziviler Konfliktlösung jede Form von Gewaltanwendung ausschließe. An anderer Stelle wird aber das auf der UN-Charta beruhende Völkerrecht (das in bestimmten Fällen Gewaltanwendung erlaubt) verteidigt.

In der *Menschenrechtsfrage* sind die Positionen von Grünen und PDS gegensätzlich. Vordringliches Ziel der Grünen ist die Verbesserung des Menschenrechtsschutzes. Der Universalitätsanspruch der Menschenrechte toleriere nicht nur die Einmischung in die Menschenrechtsverhältnisse anderer Gesellschaften und Staaten, er mache sie zur Pflicht – auch bei uns. Die PDS hingegen sieht die Menschenrechtsproblematik laut Abschnitt III.2 ihres Programms in Fortsetzung alter Traditionen lediglich als ein Problem ihres Mißbrauchs. Imperiale Politik richte sich gegen Menschenrechte. Die PDS verurteilt jeden Mißbrauch der Tradition der Menschenrechte für militärische Interventionen.

Die Positionierung gegenüber der *UNO* ist bei beiden Parteien ähnlich (Notwendigkeit der Demokratisierung). Die Grünen stellen fest, daß im Sicherheitsrat und in den internationalen Finanzinstitutionen die nördlichen Industriestaaten dominieren. Demokratisierung und Transparenz seien die Voraussetzungen für die politische und rechtliche Stellung der Vereinten Nationen. Die PDS verurteilt die Nichtachtung und den Mißbrauch des internationalen Gewaltmonopols des Sicherheitsrates (d. h., hier wird es als solches im Unterschied zu anderen Textstellen anerkannt). Sie verteidigt das auf der UN-Charta beruhende Völkerrecht.

Beide Parteien positionieren sich auch gegenüber der *Europäischen Union*. Die Grünen beklagen ein Demokratiedefizit. Bürokratische Verkrustungen und institutionelle Fehlentwicklungen müßten überwunden werden. Nun gehe es darum, die europäische Verfassung als Fundament der europäischen Demokratie zu schaffen. Mehr Demokratie für die EU bedeute »ein Parlament, das umfassende Haushalts- und Mitentscheidungsrechte sowie wirkungsvolle Kontrollrechte« habe.

Die PDS befürwortet zwar formal die europäische Integration und die Erweiterung der EU »auf einer demokratischen, sozialen, ökologischen und zivilen Grundlage«, sieht aber gegenwärtig eine solche Grundlage nicht. Die Kritik der PDS an der EU richtet sich im Unterschied zu den Grünen vor allem auf ihr militärpolitisches Engagement. Gegenwärtig tendiere die EU dazu, zum weiteren Ausbau einer imperialen Weltordnung unter Führung der USA beizutragen und sich als Juniorpartner mit eigenen Großmachtinteressen zu profilieren. Die PDS sieht die EU auch unter dem Gesichtspunkt eines Rahmens für antikapitalistische Kämpfe.

»Wir wollen die Lohnnebenkosten senken. Auch dafür ist die Reform der sozialen Sicherungssysteme dringend erforderlich. Hohe Lohnnebenkosten wirken sich gerade bei Teilzeitarbeit und bei niedrigen Einkommen als strukturelles Beschäftigungshemmnis aus, und befördern Schwarzarbeit. Die Senkung der Lohnnebenkosten ist ein effektiver Beitrag zur Beschäftigungsförderung mit positiven Auswirkungen auf Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage. Auch können Job-Rotation, berufliche Weiterbildung, Förderung älterer Arbeitnehmer, öffentlich geförderte Beschäftigung sowie zusätzliche Förderung neuer Selbständigkeit regional aufs Sinnvollste miteinander kombiniert werden« (Bündnis 90/Die Grünen, Grundsatzprogramm, Aufbruch in eine emanzipative Sozialpolitik IV.).

»Um den anhaltend schwachen Binnenmarkt zu kräftigen, misst die PDS der Erhöhung der Massenkaufkraft durch gezielten Abbau der Arbeitslosigkeit erstrangige Bedeutung zu. Sie lehnt jedwede Absenkung von Lohnersatzleistungen bzw. Sozialtransfers als wirtschafts- und gesellschaftsschädigend ab. Sie fordert die Einführung von Mindestlöhnen und unterstützt gewerkschaftliche Auseinandersetzungen für Lohnerhöhungen. Die PDS hält an ihrer Forderung fest: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!« (Programm der PDS, III.3.).

Wirtschaft

Beide Parteien wollen die Wirtschaft auf eine soziale und ökologische Wirtschaftsweise und auf Nachhaltigkeit orientieren. Allerdings unterscheiden sich die programmatischen Aussagen sehr stark im Hinblick darauf, wie dieses Ziel erreicht werden soll.

Die PDS setzt in erster Linie auf demokratische Gegenkräfte gegenüber Wirtschaftsinteressen, auf Veränderungen der Regulationsweise. Die Grünen profilieren sich vor allem als Partei der Verbraucherinnen und Verbraucher, der Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen und einer ökologischen Finanzreform (Reformierung des gesamten Steuer- und Abgabensystems nach ökologischen Kriterien). Während die PDS bei der Regulierung vor allem auf den Staat und alternative Bewegungen setzt, wollen die Grünen sehr diffus mit staatlichen Mitteln arbeiten, aber den Staat zugunsten der Zivilgesellschaft zurücknehmen. Das Bruttosozialprodukt könne nicht mehr der alleinige Maßstab des Wohlstands sein, es komme darauf an, den Reichtum der kulturellen und sozialen Beziehungen der Menschen zu steigern. Ähnliche Gedanken finden sich im PDS-Programm.

Die Grünen wollen den gemeinwohlorientierten, den genossenschaftlichen und den selbstverwalteten Sektor der Wirtschaft unterstützen. Außerdem widmen sie auch ein Kapitel dem regionalen Wirtschaften. Im Kapitel »nachhaltige Finanzpolitik« sprechen sich die Grünen dafür aus, die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit auszurichten, die nicht nach Einkunftsarten oder Einkunftsquelle unterscheidet. Steuerausnahmen und Sonderregelungen müßten weiter diskutiert, das Finanzsystem transparenter gemacht werden. Die Grünen wollen eine höhere finanzielle Förderung für Kinder statt der Subventionierung des Trauscheins. (Hier will die PDS auch das Ehegattensplitting abschaffen). Der Abbau der öffentlichen Verschuldung sei ein zentraler Baustein für mehr Generationengerechtigkeit. Die Rolle der Kommunen soll gestärkt werden.

Die Positionen der PDS treffen sich zwar in dem einen oder anderen Detail mit denen der Grünen. Vor allem in der Absage an die gegenwärtige Konsumtionsweise sind sich beide Parteien einig. Dennoch versteht sich die PDS im Gegensatz zu den Grünen als eine alternative Kraft zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Die Grünen hingegen wollen lediglich Korrekturen vornehmen. Während sich die Grünen von der traditionellen Verteilungspolitik immer mehr absetzen, hebt die PDS diese ausdrücklich hervor.

Bei der PDS gibt es aber auch sich widersprechende bzw. nicht eindeutige Aussagen, so bei der Eigentumsfrage, die breit themati-

siert wird. Mehrfach wendet sich die PDS gegen Privatisierungen und für die Bewahrung von öffentlichem Eigentum, um anschließend zu schreiben, daß der Übergang staatlichen Eigentums in die Verfügung anderer Träger auch möglich sei. Geht man nach der Häufigkeit der sich widersprechenden Aussagen, so ist wohl die erstere Position dominierend.

Auf der einen Seite befürwortet die PDS ein Wirtschaftswachstum, daß sich auf ökologischen Umbau, auf anspruchsvolle human- und wissensorientierte Dienstleistungen und die Infrastruktur für selbstbestimmte Lebensweisen konzentrieren soll. Auf der anderen Seite wird aber die Erhöhung der Massenkaufkraft verlangt.

Einerseits fordert die PDS in der Tradition linker Kräfte stehend, ein zukunftsorientiertes Investitionsprogramm für Arbeit, Bildung, Umwelt und Infrastruktur, das in konjunkturschwachen Zeiten geeignet sei, den Binnenmarkt zu stabilisieren. Andererseits schreibt sie aber, daß »die Verringerung von Defiziten ein mittel- und langfristiges Ziel (ist), das bereits gegenwärtige Konsequenzen erfordert«. Eine rigide Sparpolitik wird aber auch explizit abgelehnt.

Im Unterschied zu den Grünen fordert die PDS klar die Wiedererhebung der Vermögenssteuer, eine gerechtere, in den oberen Bereichen angehobene Erbschaftssteuer auf große Privatvermögen, eine gewinnabhängige Körperschaftssteuer, die Aufhebung der Steuerfreiheit aus dem Verkauf von Devisentransaktionen und Börsengewinnen.

Arbeit

Beide Parteien betonen, daß Arbeit ein Mittel zur (sozialen) Integration und wichtigste Bedingung für gesellschaftlichen Reichtum (PDS) bzw. mehr als bloßer Broterwerb ist (Grüne). Während die Grünen positiv die Arbeit als »ein Mittel zur Selbstbestätigung und zur persönlichen Entfaltung« bestimmen, kritisiert die PDS in marxistischer Tradition, daß Erwerbsarbeit für »90 Prozent der Erwerbstätigen fremdbestimmte, abhängige Arbeit« sei, deren Ergebnisse zu beträchtlichen Teilen von den Kapitaleigentümern angeeignet würden. Deshalb meint sie auch, daß Profit nicht länger das entscheidende Maß für Zuteilung, Organisation und Bewertung der Arbeit bleiben dürfe. Langfristig müsse abhängige Arbeit aus einem ökonomischen Zwangsverhältnis in eine Bedingung realer Freiheit verwandelt werden. Wie das geschehen soll und wie das dann aussehen soll, bleibt offen.

Bei der *Schaffung von Arbeitsplätzen* setzen die Grünen in erster Linie auf ökologische Politik. Bündnisgrüne Reformen im Gesundheitswesen, die Umstellung in der Landwirtschaft, die Energiewende und eine ökologische Verkehrspolitik würden zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Weiterhin betonen sie, »Beschäftigungsbrücken« müßten zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, zwischen Teilzeit- und Vollbeschäftigung, zwischen selbständiger und abhängiger Beschäftigung, zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem, zwischen Kindererziehung, Erwerbstätigkeit und Ehrenamt, Pflegearbeit sowie zwischen Erwerbstätigkeit und Rente gebaut werden.

Die PDS will auch den freiwilligen Wechsel zwischen Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Weiterbildung und gesellschaftlichem Engagement

und Phasen selbstbestimmter Kombination dieser unterschiedlichen Tätigkeiten. Ansonsten lehnt sie sich im Unterschied zu den Grünen stark an *gewerkschaftliche Forderungen* an: Verteidigung der Flächentarifverträge, Neuregelung und Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung, Stärkung der »umweltbewußt genutzten« Massenkaufkraft, Ausschöpfung von Verteilungsspielräumen, europäische Koordinierung der Tarifpolitik und Einführung von Mindestlöhnen«. (Letzteres wird in den Gewerkschaften unterschiedlich gesehen). Ähnlich wie die Grünen sieht auch die PDS im ökologischen Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft und im Ausbau qualifizierter Human- und wissensorientierter Dienstleistungen neue Möglichkeiten für die Erwerbsarbeit.

Völlig unterschiedlich ist hingegen das Herangehen an die *Arbeitszeitpolitik*. Die Grünen wollen eine flexiblere und sozial verträgliche Arbeitszeitpolitik, die größere individuelle Wahlmöglichkeiten eröffnet. Teilzeitarbeit müsse auch zu einer Domäne für die Männer werden. Überstunden und Mehrarbeit müßten zum Freizeitausgleich über Arbeitszeitkonten, zu Sabbaticals, zur Qualifikation, zur Erziehungsarbeit oder zur Erholung vorangebracht werden. Unternehmen und die Tarifparteien sollen »angeregt« werden, »neue Wege für die beschäftigungsfördernde Arbeitszeitverkürzung« zu finden.

Die PDS hingegen setzt soll auf das traditionelle Modell der starren Arbeitszeitverkürzung (generelle Einführung der 35-Stunden-Woche und Reduzierung auf die 30-Stunden-Woche sowie gesetzliche Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden).

Ein Schwerpunkt für die PDS ist nach wie vor die öffentlich geförderte Beschäftigung. In dem Zusammenhang betont sie wiederum die Idee von den öffentlich geförderten Beschäftigungssektoren (ÖBS) zwischen Staat und Privatwirtschaft. Die Grünen sehen in öffentlich finanzierten Arbeitsplätzen lediglich eine Zusatzmaßnahme. Hier gelte es, die bestehenden Ansätze lokaler Ökonomie weiterzuentwickeln.

Für die Grünen ist die Senkung der Lohnnebenkosten ein wichtiges Thema, um der Massenarbeitslosigkeit zu begegnen. Die PDS thematisiert das nicht.

Sozialpolitik

In der Sozialpolitik gibt es sowohl Gemeinsamkeiten und Berührungspunkte, aber auch Unterschiede und Gegensätze. Die Grünen meinen, daß soziale Gerechtigkeit mehr sei als reine Umverteilungspolitik. Vorrangiges Ziel grüner Politik sei es, Armut und soziale Ausgrenzung zu vermeiden und die soziale Lage der am schlechtesten Gestellten zu verbessern. Nach ihrer Auffassung könne aber soziale Gerechtigkeit »nicht länger allein als Ausgleich zwischen oben und unten begriffen werden«. Das Gegenteil aber steht bei der PDS im Mittelpunkt. Eigeninitiative und Eigenvorsorge spielt bei den Grünen eine große Rolle, bei der PDS nicht.

Die PDS verteidigt den solidarischen Charakter der sozialen Sicherungssysteme. Dieser Charakter müsse ausgebaut und eine Privatisierung abgelehnt werden. Sie begreift den demographischen Wandel als eine grundsätzliche Herausforderung an die Gesellschaft.

Konsequenzen sieht sie hier für die Arbeitswelt, für Wissenschaft und Forschung, Bildung und Weiterentwicklung, für Architektur, Städteplanung und Dienstleistungen, offenbar aber nicht (im Gegensatz zu den Grünen) für die sozialen Sicherungssysteme!

Für beide Parteien nimmt die bedarfsorientierte *Grundsicherung* einen zentralen Stellenwert für die zukünftige Sozialpolitik ein. Nach Auffassung der Grünen müsse die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung sicher stellen, daß Menschen unbürokratische Hilfe bei Armut, bei Arbeitslosigkeit, in anderen Notlagen oder beim Wechsel zwischen unterschiedlichen Arbeitsformen und Weiterbildung bekommen können.

Für die PDS ist die schrittweise Einführung einer am Bedarf orientierten sozialen Grundsicherung ein zentrales Element für die Weiterentwicklung sozialer Sicherungssysteme. Sie will dies zu einem Bürgerrecht ausbauen. Um der Grundsicherung den Weg zu ebnen, fordert die PDS die Einführung von Mindestlöhnen.

In der *Gesundheitspolitik* kommen sich beide Parteien nahe, wenn auch die Abschnitte unterschiedlich formuliert sind. Die Grünen gehen mehr ins Detail (Grüne: 5 Seiten, PDS: ca. 0,5 Seiten). Die Grünen wollen die Gesetzliche Krankenversicherung zu einer modernen Versicherung aller Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln, in der durch das Prinzip der Leistungsfähigkeit bei der Finanzierung und das Prinzip der Bedarfsgerechtigkeit bei der Leistungserbringung in allen sozialen Situationen eine hohe Versorgungssicherheit besteht. Weiterhin sei mehr Partizipation von Patientinnen und Patienten sowie Versicherten bei der Planung, Ausgestaltung und Kontrolle des Gesundheitssystems notwendig.

Ziel für die PDS bleibt eine für alle gleichermaßen zugängliche Gesundheitsversorgung, in der Vorbeugung und Nachsorge größeres Gewicht gewinnen. Der Weg in die Zweiklassenmedizin müsse versperrt werden. Die Arbeitsbedingungen für das medizinische Personal müßten verbessert werden. Dringlich seien Maßnahmen zur stabilen Qualitätssicherung. Eine wichtige Aufgabe sei es, die Selbstverwaltung vereinheitlichter Krankenkassen voranzubringen.

Beide Parteien wollen die *solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens* erhalten bzw. ausbauen. Die Grünen begrüßen darüber hinaus den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen sowie zwischen Anbietern und Anbieterinnen von Leistungen dort, wo er zu mehr Qualität und Wirtschaftlichkeit führt, indem Strukturen überprüft, Verwaltungen gestrafft und Kosten eingespart werden. Wettbewerb müsse sich auf Qualität und Wirtschaftlichkeit begründen, nicht auf Selektion von Patientinnen und Patienten. Die Grünen wollen den »sukzessiven Abbau« der Sonderregelungen für Beamte, Selbständige (Einbeziehung in die Versicherungspflicht) und Besserverdienende (Wegfall der Versicherungspflichtgrenzen).

Die PDS geht davon aus, daß durch Gesundheitszentren wie Polikliniken, durch eine bessere Kooperation von Privatpraxen, Gemeinschaftseinrichtungen und Krankenhäusern, durch die Einführung einer Positivliste sowie durch eine gerechtere Bewertung medizinischer Leistungen die Finanzierung des Gesundheitswesens entlastet würde. Der Einfluß der Pharmaindustrie und Gerätehersteller auf medizinische Leistungen und Kosten müsse eingeschränkt

»Inzwischen sind wir nicht mehr ›Anti-Parteien-Partei‹, sondern die Alternative im Parteisystem. Die entscheidende Veränderung war, dass wir uns zu einer Reformpartei entwickeln wollten und mussten, um erfolgreich zu bleiben. Unsere politischen Visionen und Ziele wollen wir heute durch eine langfristig angelegte Reformstrategie erreichen. (...) Als erfolgreiche ModernisiererInnen haben wir die Grundlage geschaffen für breite gesellschaftliche Reformbündnisse. Wir finden heute PartnerInnen auch dort, wo vor Jahrzehnten nur Widerstand zu finden war« (Bündnis 90/Die Grünen, Grundsatzprogramm, Präambel III.).

werden. Die Selbstverwaltung vereinheitlichter Krankenkassen müsse vorangebracht werden.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß das Programm der Grünen weitgehend »regierungskonform« und deshalb auch nicht zugespitzt formuliert ist. Es überwiegen lange »lyrische« Passagen.

Das PDS-Programm zeigt alle Merkmale eines Kompromißpapiers verschiedener Parteiflügel, ausgenommen der besonders harten kommunistischen Dogmatiker. Im Programm überwiegen der linke Traditionalismus und Kapitalismuskritik, besonders seiner neoliberalen Spielart, bzw. ein diffuser Antikapitalismus.

Die größten Unterschiede gibt es in der Bewertung der gegenwärtigen internationalen, europäischen wie nationalen gesellschaftlichen Verhältnisse. Besonders deutlich übt die PDS Kritik an den USA. Die Grünen hingegen bleiben hier zurückhaltend. Die PDS beschreibt die heutige Ausprägung der Kapitalverhältnisse (»Kapitalismus im Zeitalter von Informations- und Kommunikationstechnologien«) und sieht es als ihre Aufgabe an, die geistige und politische Hegemonie der neoliberalen Ideologie und Politik in Deutschland und in der Europäischen Union zu überwinden.

Während es beim allgemeinen Herangehen und beim Gesellschaftsverständnis die deutlichsten Unterschiede und Gegensätze gibt, sind sie auf einzelnen Politikfeldern teilweise nicht so stark ausgeprägt, wenn man die besonders deutlich formulierte Kritik an den gegenwärtigen Zuständen (PDS) relativiert. Die Unterschiede und Gegensätze sind im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik am größten.

Große Unterschiede bzw. Gegensätze gibt es auch in den Kernbereichen Wirtschaft und Arbeit. In der Sozialpolitik gibt es mehr Gemeinsamkeiten (Grundsicherung, solidarische Krankenversicherung). In den Bereichen Ökologie, Umweltschutz, Demokratie/Zivilgesellschaft und Staat sowie auch Bildung, Wissenschaft und Kultur, die wir hier nicht untersucht haben, liegen die Parteien näher beieinander – wobei an dieser Stelle noch einmal darauf aufmerksam gemacht werden muß, daß es hier nicht um *Politik*, sondern um *Programmatik* geht. Bei der Ablehnung von mehr Konsum und im Eintreten für eine selbstbestimmte Lebensweise liegen PDS und Grüne programmatisch am nächsten beieinander.

»Unser wichtigstes politisches Ziel ist es, unseren Beitrag zur Formierung eines breiten sozialen und politischen Bündnisses für den grundlegenden Richtungswechsel der Politik in Deutschland und Europa zu leisten. Die soziale Basis eines solchen Bündnisses sehen wir in der Verbindung der Interessen der Menschen, die durch herrschende Politik in soziale Unsicherheit und Verarmung gedrängt werden, mit denen, die sozial besser gestellt sind, sich aber nicht abfinden wollen... Um einen solchen Politikwechsel möglich zu machen, wollen wir mit unseren Aktivitäten auf eine Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft hinwirken« (Programm der PDS, IV.).

Unterschiedliche Wege für die Umsetzung der politischen Ziele

Für die politische Umsetzung der programmatischen Ziele sehen beide Parteien wiederum sehr unterschiedliche, teilweise gegensätzliche Wege vor. Die Grünen sehen sich nicht mehr als die »Anti-Parteien-Partei«, sondern als die »Alternative im Parteiensystem«. Sie wollen ihre politischen Visionen und Ziele durch eine »langfristig angelegte Reformstrategie« erreichen. In nicht zu überbietender Allgemeinheit schreiben sie, daß zur »Erreichung des grundlegenden gesellschaftlichen Wandels, für den wir eintreten, auch weiterhin viele Kämpfe auszufechten sein werden«. Gegen wen und mit wem diese Kämpfe geführt werden sollen, bleibt völlig im dunkeln. Sehr diffus wird von der Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft und dem zivilgesellschaftlichen Engagement geschrieben.

Demgegenüber sieht die PDS ihren Platz bei den sozialen Bewegungen gegen die Kapitalisierung der Gesellschaft, Demokratieabbau und Krieg. Das wichtigste politische Ziel sieht die PDS darin, ihren Beitrag »zur Formierung eines breiten sozialen und politischen Bündnisses für den grundlegenden Richtungswechsel der Politik in Deutschland und Europa zu leisten«. Die PDS erklärt sich zwar bereit, »langfristig an einem Mitte-Links-Bündnis mitzuwirken«, das auf demokratische, soziale und ökologische Alternativen gerichtet ist – zugleich aber grenzt sie sich explizit und deutlich von der SPD und den Grünen ab. Offenbar sieht sie in absehbarer Zeit keine Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der SPD und den Grünen, im Gegenteil, sie will grundsätzlich Widerstand gegen deren Politik leisten. Deshalb will sie auch zu einem »anerkannten Teil des gesellschaftlichen Widerstands gegen den Neoliberalismus« werden und »mit eigenen Vorstellungen und Projekten bei der Kräftigung von starken gesellschaftlichen Reformkräften« mitwirken. Wenn es auch die eine oder andere inhaltliche Gemeinsamkeit auf bestimmten Politikfeldern mit den Grünen gibt, sieht sich die PDS – traditionell gesprochen – auf der anderen Seite der Barrikade. In diesem Sinne führt sie die Tradition der kommunistischen Bewegung fort, ohne deren klassische Prämissen zu übernehmen.

 UTOPIE kreativ, H. 161 (März 2004), S. 238-247

MONIKA VON DER LIPPE

Die PDS in der überregionalen Tagespresse

Eine Analyse im Kontext der Bundestagswahl 2002 und mit Blick auf die Europawahlen 2004

Kleine Parteien sind besonders auf mediale Präsenz angewiesen. Da sie nicht wie die großen Volksparteien auf Landes- und kommunaler Ebene präsent sein können, müssen sie versuchen, medienvermittelt um Zustimmung für ihre Positionen zu werben. Allerdings fehlen häufig die finanziellen Mittel, um Werbezeiten zu bezahlen. Insbesondere die Wahlergebnisse kleiner Parteien werden daher häufig auf das Ausmaß und den Tenor der unbezahlten Parteienberichterstattung zurückgeführt. Vor diesem Hintergrund kommt die Niederlage der PDS bei der Bundestagswahl 2002 eher überraschend, zumal selbst Parteistrategen von einer vergleichsweise hohen Berücksichtigung der PDS in der Vorwahlberichterstattung sprechen.[1]

Im polarisierten und personalisierten Bundestagswahlkampf 2002 war es für eine kleine Partei umso schwieriger, Themen in den Medien zu platzieren. Die unterschiedliche Präsenz der Partei in Ost- und Westdeutschland stellte eine zusätzliche Herausforderung für die Öffentlichkeitsarbeit der PDS dar. Hinzu kam, dass sie als relativ junge Partei, die zudem im »erweiterten Lagerwahlkampf«[2] eine Randposition einnahm, Ansprüche an die Anpassungsfähigkeit der Medien an veränderte politische Konstellationen stellte. Eine weitere Herausforderung bestand in dem weitgehenden Verzicht auf eine Personalisierungsstrategie. Der Rücktritt Gregor Gysis vom Amt als Berliner Senator und die darauf folgende »Gysi-Delle« sowie die starke Konzentration der Berichterstattung auf den Irak-Krieg und die Flutkatastrophe erschwerten den Wahlkampf der PDS zusätzlich.[3]

Monika von der Lippe - Jg. 1977; abgeschlossenes Magisterstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Politikwissenschaft und Romanistik; Mitarbeiterin im Europawahlbüro der PDS; Publikationen in Zusammenarbeit mit Chrstiane Eilders, Kati Degenhardt und Patrick Herrmann: Themenprofile der Parteien in den Medien. Ein Vergleich von Selbstdarstellung und medialer Präsentation der Parteien im Bundestagswahlkampf 2002, in: Winand Gellner, Gerd Strohmeier (Hrsg.): Repräsentation und Präsentation in der Mediengesellschaft, Baden-Baden 2003, S. 83-101; Dieselben: Surfing the Tide? In: German Politics (in Vorbereitung). Kontakt: vdlippe@zedat.fu-berlin.de

Medienberichterstattung in Wahlkampfzeiten

Die Medienanalysen der Kommunikations- und Politikwissenschaft konzentrieren sich besonders stark auf Wahlkampfzeiten, weil in diesem Zeitraum eine besonders verdichtete Kommunikation stattfindet und in kurzer Zeit relativ viel Material gewonnen werden kann. Hier läuft die Pressearbeit der Parteien auf Hochtouren, so dass sich ein Vergleich von Input und Output lohnt. Über die Situation der PDS im Wahlkampf 2002 liegen bereits zahlreiche, überwiegend politikwissenschaftliche Analysen vor. In Bezug auf die Medienberichterstattung besteht jedoch erheblicher Nachholbedarf. Über andere Parteien wurden deutlich mehr und tiefergehende Untersuchungen der Medienresonanz veröffentlicht. Dies ist vermutlich darin begründet, dass die Berichterstattung über die PDS starken quantitativen und qualitativen Schwankungen unterliegt, so dass em-

pirische Studien häufig auf geringen Fallzahlen basieren. Ein Blick in die Geschichte der PDS-Presseberichterstattung zeigt eine starke Orientierung auf Wahlkampfzeiten. Die Berichterstattung in der wahlkampffreien Zeit hingegen ist häufig so gering, dass aus ihr kaum verwertbare Ergebnisse gewonnen werden können. Eine Analyse der Wahlberichterstattung steht dagegen trotz des überschaubaren Zeitrahmens vom quantitativen Umfang her auf einer soliden Basis. Zwar unterliegen die Ergebnisse den spezifischen Bedingungen des Wahlkampfs 2002, dennoch können strukturelle Probleme auch auf Routinephasen übertragen werden.

Drei Vergleichsebenen

Die vorliegende Untersuchung ist Teil eines Forschungsprojekts der Freien Universität Berlin und des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) unter Leitung von Dr. Christiane Eilders.[4] Es widmet sich der Frage nach der gegenseitigen Beeinflussung von Medien und politischer PR in Hinblick auf Parteinennung, Themensetzung und Bewertung. Dazu wurde eine rein quantitative Analyse auf Aussagenebene vorgenommen. Erhoben wurden im Zeitraum von drei Wochen vor der Wahl (2. September bis 22. September 2002) fünf überregionale Tageszeitungen – die tageszeitung (taz), Frankfurter Rundschau (FR), Süddeutsche Zeitung (SZ), Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Die Welt –, weiter die Straßenverkaufszeitung BILD, der Basisdienst der Deutschen Presseagentur (dpa) (Politikressort) und die Pressemitteilungen der fünf im Bundestag vertretenen Fraktionen und Parteien. Ausgewertet wurden Akteure, Themen und Bewertungen sowie die formale Aufmachung der Artikel (insgesamt 16 Variable). Diese komplexe Analyse ermöglicht Aussagen auf drei unterschiedlichen Ebenen. So können Vergleiche angestellt werden zwischen:

a) den Parteien,
b) den einzelnen Zeitungen und
c) den Pressematerialen der Parteien, der Nachrichtenagentur und der Zeitungsberichterstattung.

Der endgültige Datensatz enthielt knapp 9600 Informationselemente aus mehr als 3 000 Artikeln. Von den Informationselementen entfielen 1 255 auf die Öffentlichkeitsarbeit der Parteien, 3 163 auf die dpa und 5176 auf die Zeitungen insgesamt. Die PDS wurde in dpa und Zeitungen in insgesamt 331 Fällen als aussagender Akteur, in 289 Fällen als Aussageobjekt genannt.

Andere Parteien schweigen – die Medien berichten

Die einzelnen Medien unterscheiden sich stark darin, in welcher Häufigkeit sie über die PDS berichten. Insgesamt ist die PDS jedoch gegenüber ihrem Wahlergebnis von 2002 überrepräsentiert und gegenüber dem Wahlergebnis von 1998 leicht unterrepräsentiert. In Zusammenhang mit der Frage nach der politischen Vielfalt der Berichterstattung wurden die Parteinennungen in dpa und Zeitungen verglichen. Für die drei kleinen Bundestagsparteien (Bündnis 90/Die Grünen, FDP und PDS) fand eine Berichterstattung entsprechend ihrem jeweiligen Stimmenanteil statt, d. h. sie wurden nicht in einem »horse race« zwischen den großen Parteien zerrieben (vgl. Abb. 1,

1 Vgl. André Brie, Michael Brie, Michael Chrapa: Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Grundprobleme der Erneuerung der PDS. Mit einer Anlage von Dieter Klein zu konkreten Reformprojekten, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Standpunkte 7/2002, Berlin 2002, S. 2.

2 Joachim Raschke: Zwei Lager, drei Mehrheiten und der regierende Zufall. Zur Einordnung der Bundestagswahl 2002, in: Neue Soziale Bewegungen, Heft 1/2003, S. 18.

3 Vgl. Richard Stöss, Gero Neugebauer: Mit einem blauen Auge davon gekommen. Eine Analyse der Bundestagswahl 2002, Berlin 2002, S. 30 ff u. S. 60-92.

4 Bislang wurde aus diesem Projekt heraus veröffentlicht: Christiane Eilders,Kati Degenhardt, Patrick Herrmann, Monika von der Lippe: Themenprofile der Parteien in den Medien. Ein Vergleich von Selbstdarstellung und medialer Präsentation der Parteien im Bundestagswahlkampf 2002, in: Winand Gellner, Gerd Strohmeier (Hrsg.): Repräsentation und Präsentation in der Mediengesellschaft, a. a. O., S. 83-101.

Abb. 2). Es kann jedoch auch nicht davon gesprochen werden, dass die PDS »hochgeschrieben«, d. h. von den Medien bevorzugt behandelt worden sei.

Abbildung 1:
Häufigkeit der Parteien in der Berichterstattung insgesamt

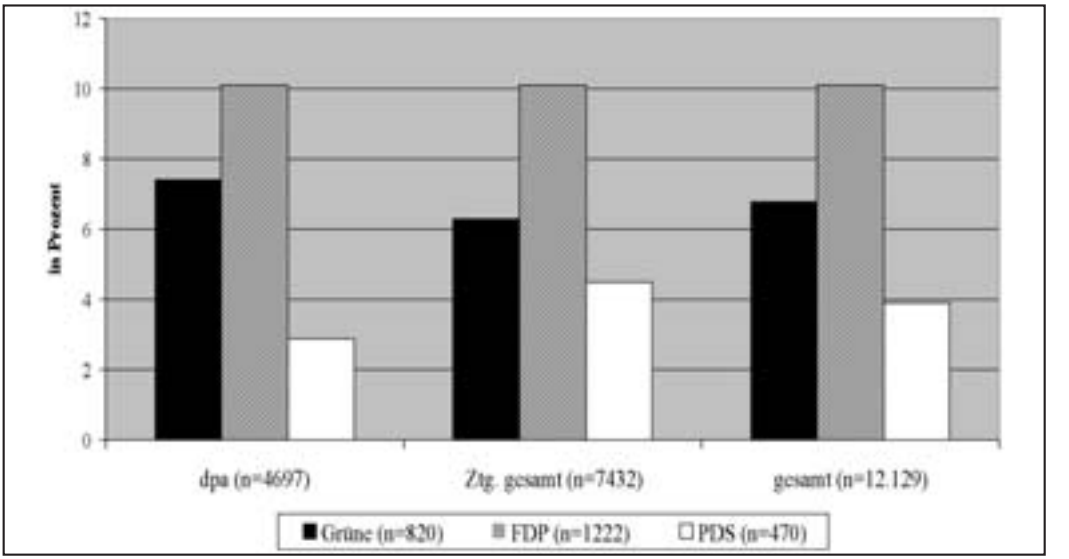
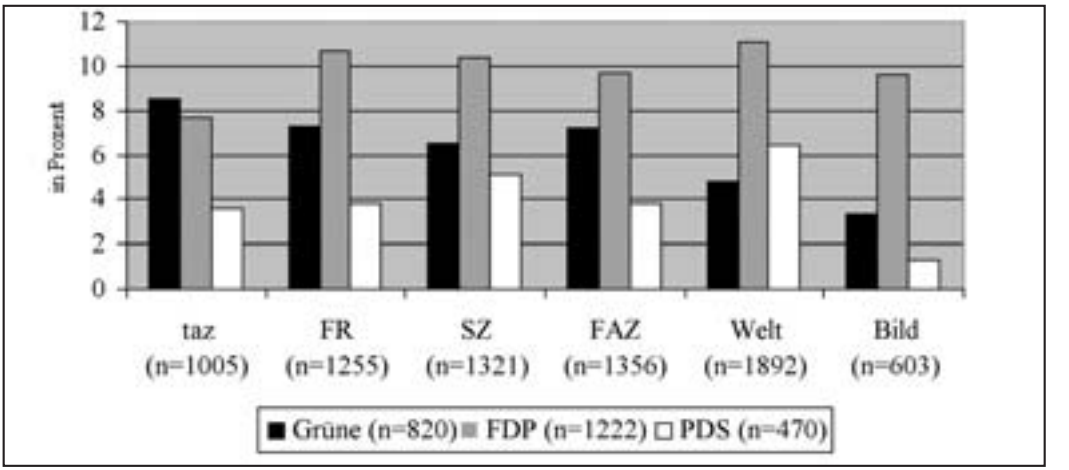


Abbildung 2:
Häufigkeit der Parteien in dpa und Zeitung



An der formalen Präsentation der PDS-Berichterstattung kann die Sonderposition der PDS abgelesen werden. Die typische PDS-Berichterstattung findet in überdurchschnittlich langen, journalistisch aufbereiteten, häufig auch illustrierten Einzeldarstellungen in der Hintergrundberichterstattung statt, die sich auf den hinteren Seiten des ersten Zeitungsbuchs befindet. Auf den vorderen Seiten kommt die PDS

selten vor, hier erscheint sie jedoch auch in Kombination mit den anderen Parteien. Aus diesen formalen Merkmalen kann geschlossen werden, dass Informationen über die PDS als weniger aktuell und ihre politischen Positionen als weniger relevant eingestuft werden.

In früheren Untersuchungen konnte festgestellt werden, dass ein erheblicher Anteil der PDS-Präsenz durch Aussagen anderer Parteien über die PDS zustande kam. Eine Strategie der Negativ-Thematisierung, wie es sie während der Rote-Socken- (1994) bzw. der Rote-Hände-Kampagne (1998) gegeben hatte, konnte diesmal nicht beobachtet werden, obwohl es mit dem IM-Verdacht gegen Angela Marquardt durchaus einen Anlass gegeben hätte. Vielmehr ignorierten die anderen Parteien die PDS – »Nicht mal Ärger mit der Union« schrieb Matthias Meisner im »Tagesspiegel«.[5] Dennoch kam eine ausgedehnte Medienberichterstattung zustande.

PDS auf Außenseiterposition

Die PDS ihrerseits führte keinen Wahlkampf in Konkurrenz zu den kleinen Parteien, sondern kritisierte gleichermaßen SPD, Union und Regierung auf diversen Politikfeldern. Verbindungen bestanden insbesondere zur SPD – vor allem vor dem Hintergrund des Briefs von Gysi und Brie an Lafontaine.[6] Außer dieser Kombination mit der SPD gab es kein nennenswertes gemeinsames Auftreten mit einer anderen Partei. Außerdem kann festgestellt werden, dass eine gemeinsame Nennung von PDS und Grünen nicht existierte, was vermutlich auf die Konkurrenzsituation beider Parteien zurückgeführt werden kann.

Verglichen mit Grünen und FDP war die PDS häufiger Aussageobjekt und konnte seltener selbst ihre Positionen vertreten. Genannt wurden insbesondere Gregor Gysi und André Brie. Sie fanden z. T. sogar mehr Aufmerksamkeit als die Politiker des »Spitzenquartetts«[7]. In der Regel wurde jedoch keine Differenzierung vorgenommen und stattdessen pauschal über die PDS gesprochen. Die Personalisierung der PDS-Berichterstattung war demnach sehr gering, was auch auf den thematischen Kontext der Berichterstattung zurückzuführen ist (Wahlprognosen, Koalitionsspekulationen).

Die Bezugnehmenden waren selten andere Politiker, sondern, den Themen entsprechend, hauptsächlich Umfrageinstitute. Wie über die anderen kleinen Parteien wurde auch über die PDS häufig in gesonderten Artikeln berichtet, die sich nur mit einer Partei beschäftigen. Einen weiteren großen Anteil haben Artikel, die alle Parteien behandeln und inhaltlich einen Überblick über die unterschiedlichen Positionen zu einem Thema geben. Es zeigt sich jedoch, dass die PDS nicht in gleichem Maße in diese »Überblicksartikel« einbezogen wurde wie Grüne und FDP. In der Hälfte dieser Artikel wurde die PDS bei gleichzeitiger Behandlung aller anderen Parteien ausgeblendet. Das bedeutet, dass in Gegenüberstellungen der Parteien in der Hälfte der Fälle auf die Einbeziehung der PDS verzichtet wurde.

Single-Issue-»Friedenspartei«

Wie bereits in früheren Studien nachgewiesen, überwogen auch in diesem Wahlkampf deutlich Themen der Struktur- und Prozessdimension von Politik (polity/politics) gegenüber konkreten Politikal-

5 Matthias Meisner: Auf leisen Socken. Die Union verzichtet im Wahlkampf auf die lautstarke Auseinandersetzung mit der PDS. Die Ost-Christdemokraten sind zufrieden, in: Der Tagesspiegel, 8.8.2002.

6 In einem offenen Brief hatten Gregor Gysi und André Brie Oskar Lafontaine (SPD) eine politische Zusammenarbeit angeboten. Obwohl der Brief für das tatsächliche Verhältnis zwischen beiden Parteien folgenlos blieb, entfachte er für kurze Zeit eine erneute Diskussion um das Verhältnis zwischen SPD und PDS.

7 Das »Spitzenquartett« der PDS wurde gebildet von Gabi Zimmer (Parteivorsitzende), Petra Pau (stellv. Fraktions- und Parteivorsitzende), Roland Claus (Vorsitzender der PDS-Fraktion im Bundestag) und Dietmar Bartsch (MdB, Bundesgeschäftsführer).

ternativen (policy). Thematisch wurde die PDS in mehr als zwei Dritteln ihrer Nennungen mit diesem Themenbereich verknüpft (vgl. Tabelle 1). Konkret waren dies vor allem Wahlprognosen und der Brief von Gysi und Brie an Lafontaine sowie damit verbundene Spekulationen um Rücktritt bzw. Comeback von Gregor Gysi. Im policy-Bereich wurde die PDS als Single-Issue-Partei mit dem Thema Irak-Krieg verknüpft. Allerdings konnte sie sich hiermit nicht profilieren, da es bereits von anderen Parteien, insbesondere der SPD, erfolgreich besetzt war. Speziell ostdeutsche Themen spielten in diesem Wahlkampf keine Rolle. Themen wie Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaft oder Gesundheit wurden fast nie mit der PDS in Verbindung gebracht. Allerdings spielten diese Themen auch im Kontext der anderen Parteien kaum eine Rolle.

Tabelle 1:
Themenkontextualisierungen der Parteien in dpa und Zeitungen (in Prozent)

Blockthemen	**Grüne** (n=820)	**FDP** (n=1222)	**PDS** (n=470)
Außenpolitik	26	8	8
Infrastruktur/Umwelt/Energie	19	5	3
Inneres/Justiz	7	2	4
Arbeitspolitik	1	3	2
Gesundheit/Familie	2	2	1
Finanzen/Steuern	2	5	2
Wirtschaft	0	2	0
Verteidigung	2	0	1
sonst. policies	7	4	6
polity/politics	36	68	74
gesamt	100%	100%	100%

Nur begrenzter Einfluss der Öffentlichkeitsarbeit

Es fragt sich nun, auf welche Weise die Kontextualisierung der PDS zustande kam. Inwiefern wurde ihre Darstellung von der Öffentlichkeitsarbeit beeinflusst? Welche Themen wurden hier angesprochen und zu welchen Bereichen hat sie konkrete Politikalternativen vorgelegt? Konnten sich die Wähler ein Bild von der Politik und den Zielen der PDS machen?

Um den Einfluss der Öffentlichkeitsarbeit (public relations – PR) nachweisen zu können, werden üblicherweise Input-Output-Analysen durchgeführt. Diese vergleichen die Aussagen in den Medien mit den von der jeweiligen Partei ausgesandten Informationen.

Formal betrachtet stellt die Öffentlichkeitsarbeit der PDS im Vergleich die geringste Anzahl von Pressemitteilungen zur Verfügung. Ihre Meldungen sind häufig überdurchschnittlich lang, inhaltlich ausführlich und redundant. Gleichzeitig enthalten sie nur wenige explizite Positionen. Dennoch kann der PDS-PR nicht der Vorwurf gemacht werden, dass die inhaltlich zurückhaltende Berichterstattung

durch fehlende oder unbrauchbare Angebote seitens der Öffentlichkeitsarbeit verursacht worden wäre. So wurden zu weit mehr Themen und von weit mehr Einzelakteuren Pressemitteilungen herausgegeben, als in Agentur und Zeitungen Verwendung fanden.

Reduzierung auf Struktur- und Prozessthemen
Der auffälligste Unterschied zwischen der Selbstdarstellung der PDS und der Medienberichterstattung besteht in dem anteiligen Übergewicht der polity/politics-Themen in den Medien. Das breite PR-Themenspektrum fand kaum Eingang in die Berichterstattung. Statt dessen wurde der Anteil der polity/politics-Themen in der Öffentlichkeitsarbeit von der dpa und von allen Zeitungen deutlich übertroffen, während konkrete Politikalternativen einen deutlich geringeren Anteil hatten. Dies lässt sich im Vergleich mit Grünen und FDP inhaltlich einerseits auf einen größeren Anteil von Spekulationen über den Wahlausgang zurückführen, andererseits auf die Erwähnung von Sonderthemen. Besonders erwähnenswert für diesen Bereich ist der Brief an Lafontaine, der einen erheblichen Anteil an der gesamten PDS-Berichterstattung hat. Bemerkenswert ist, dass dieses Thema erstmalig in der dpa auftritt und nicht auf die Öffentlichkeitsarbeit der Partei zurückzuführen ist.

Da polity/politics-Themen keine Informationen über Politikinhalte vermitteln, sind sie insbesondere für Parteien von Nachteil, die auf die Medien zur Verbreitung ihrer Positionen angewiesen sind. Zusätzlich besitzen zahlreiche polity/politics-Themen negative Themenvalenzen (z. B. Spekulationen um die »Koalitionsfähigkeit«). Die weitgehende Reduktion einer Partei auf die Struktur- und Prozessdimension schaltet sie als Konkurrenz auf inhaltlichen Feldern aus. Sie kann nicht als politische Alternative aufgefasst werden, wenn inhaltliche Lösungsvorschläge unbekannt bleiben. Somit fand in der Berichterstattung eine weitgehende qualitative Ausblendung der PDS statt. Vor diesem Hintergrund hatten die Wähler kaum eine Möglichkeit, sich ein Bild von den konkreten Politikalternativen der PDS zu machen.

Medien ignorieren breites Themenangebot
Auf der Ebene der Politikalternativen wurde die PDS im wesentlichen in Zusammenhang mit den Themen diskutiert, die auch in Bezug auf andere Parteien Beachtung fanden. So verstärkte sich im Selektionsfluss zwischen PR und Zeitungen die Kontextualisierung mit den insgesamt stark beachteten Themen Irak-Krieg und Flutkatastrophe. Die große Themenbreite der PR, die u. a. Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Gesundheits- und Familienpolitik abdeckte, hat sich insgesamt nicht durchgesetzt. Nur in wenigen Fällen wurde die PDS mit den von ihrer PR besonders hervorgehobenen Themen in Verbindung gebracht (siehe Tabelle 2, 3).

Bei näherer Betrachtung stellt man bereits auf der Ebene der Agenturberichterstattung eine unerwartete Themenreduktion fest. Unabhängig von der (im Gegensatz zu den Zeitungen) nahezu unbegrenzten Publikationskapazität der dpa fand sich hier ein relativ enges, auf wenige Themen konzentriertes PDS-Themenspektrum. Die Agentur stellte sogar weniger Material zur Verfügung als die PR,

d. h., sie traf bestenfalls eine Auswahl aus diesen Informationen. Quantitativ war die PDS in der dpa deutlich unterrepräsentiert. Somit stellte die dpa eine große Hürde im Selektionsfluss der PDS-Informationen dar. Insbesondere durch die Agentur wurden Inhalte der PR aussortiert und hauptsächlich Struktur- und Prozessthemen weiter verbreitet.

Tabelle 2:
Themenkontextualisierung der PDS
(absolute Zahlen)

Blockthema	PR	dpa	Ztg. gesamt
Außenpolitik	44	22	16
Infrastruktur/Umwelt/ Energie	16	4	10
Inneres und Justiz	33	5	13
Arbeitspolitik	15	5	3
Gesundheit/Familie	10	1	4
Finanzen und Steuern		1	7
Wirtschaft und Konjunktur	9	1	-
Verteidigung	7	3	2
sonstige policies	14	7	20
polity/politics	26	88	258
gesamt	174	137	333

Tabelle 3:
Themenkontextualisierung der PDS in Zeitungen
(absolute Zahlen)

Blockthema	taz	FR	SZ	FAZ	Welt	Bild
Außenpolitik	1	3	4	2	6	-
Infrastruktur/ Umwelt/Energie	4	1	4	1	-	-
Inneres und Justiz	3	4	2	1	3	-
Arbeitspolitik	-	2	1	-	-	-
Gesundheit/Familie	-	1	-	1	2	-
Finanzen und Steuern	1	1	2	3	-	-
Wirtschaft und Konjunktur	-	-	-	-	-	-
Verteidigung	1	-	-	-	1	-
sonst. policies	2	4	4	3	7	-
polity/ politics	24	32	51	41	105	8
gesamt	36	48	68	52	121	8

»Unabhängige« Zeitungsberichterstattung

Die Zeitungen präsentierten zwar ein breiteres Themenspektrum als die dpa, allerdings bezogen sie sich dabei auf andere Themen als die Öffentlichkeitsarbeit. Das Themenprofil der PDS in der Zeitungsberichterstattung wies somit nur entfernte Ähnlichkeit mit der Selbstdarstellung in den Pressemitteilungen auf. Die Präsentation der

PDS-Artikel in aufwändigen Formaten wies zudem darauf hin, dass keine Übernahme aus der dpa oder der PR stattfand. Wenn bedacht wird, dass zusätzliche Recherchen für Zeitungen immer einen hohen Kostenfaktor darstellen, überrascht der hohe Anteil der PDS-Berichterstattung, der auf der Basis anderer Quellen zustande gekommen sein muss. Offenbar zogen es die Medien vor, mehr Aufwand für Eigenrecherche zu betreiben, statt Themen aus der Öffentlichkeitsarbeit der PDS aufzugreifen.

Mit der weitgehend auf den Entscheidungen der Journalisten beruhenden Themenkontextualisierung verband sich auch die Präsenz der PDS-Einzelakteure. Die Bundestagsfraktion als Kompetenzzentrum der Partei nahm großen Raum in der PR ein und zeichnete sich durch eine breite Themenpalette aus. Abhängig von der Themenkontextualisierung konzentrierte sich die Berichterstattung jedoch entweder auf die Gesamtpartei oder auf wenige Prominente, während die Experten der Bundestagsfraktion kaum eine Chance auf Medienaufmerksamkeit hatten. Viel häufiger ist die pauschale Nennung der Gesamtpartei, vor allem im Zusammenhang mit Wahlprognosen (s. o.). Gysi und Brie genießen hohe Aufmerksamkeit durch die häufige Thematisierung des Briefs an Lafontaine. Das Spitzenquartett konnte in den Medien platziert werden, wenn auch eine Bezugnahme durch andere Parteien ausblieb.

Unterschiede zwischen überregionalen Tageszeitungen

In der Themenkontextualisierung kann für die PDS das ideologische Rechts-Links-Spektrum der Zeitungen nachgewiesen werden. Dieses zeichnete sich hier durch eine Zunahme von Struktur- und Prozessthemen von links nach rechts aus. Das Zeitungsspektrum galt jedoch nicht für den Umfang der Berichterstattung. Hier bewegte sich die PDS-Präsenz zwischen 1,3 (BILD) und 6,4 Prozent (Welt), mit einem Mittelwert von 3,9 Prozent. Überraschend ist der geringe Anteil an der dpa-Berichterstattung (2,9 Prozent), der von jeder Zeitung (außer BILD) übertroffen wurde.

Obwohl sich die Berichterstattung der einzelnen Zeitungen merklich unterschied, wahrten alle eine gewisse Distanz zur PDS und es konnte keine Parallelisierung der politischen Positionen durch eine Zeitung festgestellt werden.[8] Explizite oder implizite Bewertungen der PDS durch Journalisten gab es dabei in insgesamt 42 (von 331) Fällen, wobei die negativen Bewertungen gleichermaßen vom linken (taz, FR) wie vom rechten Zeitungsspektrum (Welt) ausgingen. Dennoch kann keine konsonant negative journalistische Bewertung der PDS festgestellt werden. Während sich in der »Welt« die meisten explizit positiven PDS-Bewertungen und insgesamt eine ausgewogene journalistische Bewertung finden lassen, gibt es sowohl in der FR als auch in der taz eine Überzahl negativer Urteile. Als Person konnte allein Gregor Gysi mehrere negative Bewertungen auf sich vereinen, die sich vor allem auf den Gysi/Brie-Brief beziehen.

8 Vgl. Colin Seymour-Ure: The Political Impact of Mass Media, London/ Beverly Hills 1974.

Distanz im linken Zeitungsspektrum

Überraschungen gab es somit sowohl im rechten (Welt) als auch im linken Zeitungsspektrum (taz). Die Konkurrenzsituation zwischen PDS und Grünen im linken Parteienspektrum ließ die Grünen-nahe

taz PDS-kritischer berichten als klassisch konservative Zeitungen wie FAZ und Welt. Während die »Welt« häufig und – abgesehen von den Themenkontextualisierungen – nicht auffällig negativ über die PDS berichtet, lässt sich in der linken taz anhand verschiedener Hinweise (u. a. Häufigkeit, Bewertung, Akteursnennungen) eine deutliche Distanz zur PDS ablesen. Die Unvereinbarkeit von PDS und Grünen in der Berichterstattung zeigt sich auch in den fehlenden Bezügen aufeinander und dem fehlenden gemeinsamen Auftreten in Artikeln. Somit ist die PDS nicht nur dem Lagerwahlkampf zum Opfer gefallen, sondern offenbar auch der Undenkbarkeit einer rot-rot-grünen Koalition. Durch ein Ausscheiden der PDS aus dieser Konstellation wurde die »erweiterte« Lagerstruktur selbst verstärkt.[9]

9 Vgl. Raschke a. a. O.

Das gemeinsame Auftreten der Zeitungen des Springer-Verlags gegenüber der PDS in der Ablehnung ihrer Anzeigen[10] spiegelte sich nicht in der (vollends gegensätzlichen) PDS-Berichterstattung von »Welt« und BILD. Während die Berichterstattung über die PDS in BILD so marginal ausfiel, dass von einer Ausblendung gesprochen werden kann, war der Anteil der PDS-Berichterstattung in der Welt am höchsten in den untersuchten Zeitungen. Dabei nahm die PDS-Berichterstattung sogar mehr Raum ein als die Berichterstattung über die Grünen. Gemeinsam war »Welt« und BILD nur der extrem hohe Anteil der Struktur- und Prozessthemen an der PDS-Kontextualisierung.

10 Vgl. dpa 28. April 2002, 4.12 Uhr: Anzeigenstreit zwischen der PDS und dem Axel Springer Verlag, Berlin.

Auf dem Weg der Besserung

Große Schwankungen in der Häufigkeit der Berichterstattung und eine inhaltliche Marginalisierung zeigen, dass die PDS auch im Bundestagswahlkampf 2002 keinen festen Platz in der Berichterstattung hatte und in diesem Sinne noch nicht als etablierte Partei gelten kann.[11] Die Medien beeinflussten die gesamte Präsentation, Gewichtung, Kontextualisierung und Bewertung der PDS, während sich diese weder in der dpa noch in den Zeitungen mit ihrem Selbstbild durchsetzen konnte. Dieser Fall wird in der Kommunikationswissenschaft als *gescheitertes Themenmanagement* bezeichnet. Es zeigt sich vielmehr eine weitgehende Unabhängigkeit der Medien vom Einfluss der Pressearbeit. Allein im speziellen Fall des Gysi/Brie-Briefs ließen sich die Medien durch die Anwendung von Nachrichtenmerkmalen beeinflussen, die in hohem Maße den medialen Aufmerksamkeitsregeln entsprachen (z. B. Prominenz).

11 Vgl. Christiane Eilders: Bilder der Parteien in den Medien. Die Darstellung der PDS in überregionalen Pressekommentaren, in: Michael Brie, Rudolf Woderich (Hrsg.): Die PDS im Parteiensystem, Berlin 2000, S. 154-166.

Fortschritte gegenüber früheren Wahlkämpfen bestanden für die PDS darin, dass sie nicht quantitativ ausgeblendet und nicht als reine Ostpartei und »Phänomen PDS«[12] thematisiert wurde. Es kann sogar gesagt werden, dass die Pressearbeit der PDS die »richtigen« Themen besetzt hat, mit denen andere Parteien tatsächlich kontextualisiert wurden. Allerdings traf dies weitaus seltener auf die PDS selbst zu. So fand sich der außenpolitische Schwerpunkt der Pressearbeit in den Medien nicht wieder, auch wenn das Thema in Bezug auf die anderen Parteien durchaus von Interesse war. Nur in sehr geringem Maße ist es der PDS überhaupt gelungen, in den Medien mit Politikinhalten verbunden zu werden.

12 Eilders, S. 161.

Auch die weitgehende Unabhängigkeit der Zeitungsberichterstattung von dpa und Öffentlichkeitsarbeit ist an der unterschiedlichen Themenkontextualisierung zu erkennen. Während die PDS-PR zu den anderen Parteien ähnliche Themen aufrief, schufen die Zeitungen eine neue Kontextualisierung und präsentierten die PDS dementsprechend häufig

in Einzeldarstellungen und nicht im Vergleich der Sachpositionen aller Parteien. Die gravierenden Unterschiede betrafen nicht allein die divergierenden Themenkontexte. Vielmehr löste sich das Parteiprofil durch die Konzentration auf Struktur- und Prozessthemen in einer wenig inhaltlichen, vorwiegend strategischen Betrachtung der PDS auf.

Etablierung gegen die Medien?
Die Ergebnisse sind aufgrund des speziellen Kontextes nicht direkt auf die wahlkampffreie Zeit übertragbar. Eine Interpretation kann daher nur unter der Berücksichtigung dieser konkreten Bedingungen erfolgen. Dazu bietet sich ein langfristiger Vergleich mit den Grünen an, die sich auf lange Sicht gegen eine quantitative Medienbarriere durchsetzen konnten. Dagegen ist die PDS im Wahlkampf 2002 trotz erfolgter Berichterstattung gescheitert. Sollte der Wahlausgang durch die Berichterstattung beeinflusst worden sein, so beruht die Niederlage auf der weitgehenden qualitativen Ausblendung, da die inhaltliche Reduktion die Verbreitung von PDS-Positionen im Wahlkampf behindert hat. Dennoch: Verglichen mit den Ergebnissen vorangegangener Untersuchungen fällt die Berichterstattung im Wahlkampf 2002 erheblich differenzierter aus. Offenbar orientiert sich die Berichterstattung wie bei den Grünen an der politischen Machtposition. Das heißt, dass der Zuwachs durch den Machtgewinn der PDS, nicht durch eine Vorreiterrolle der Medien hervorgerufen wurde. Ob dem quantitativen Zuwachs eine inhaltliche Verbesserung folgen wird, wird die Zukunft zeigen. Nach der Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 2002 ist jedoch eine Rückwärtsentwicklung möglich. So warnen PDS-Strategen bereits vor der »sozialen Isolation, die bei Verlust von formalen Positionen in Parlamenten zu einer völligen Bedeutungslosigkeit in den Medien und dem Kommunikationsalltag der Bundesrepublik führen kann«.[13]

Konsequenzen für den Europawahlkampf 2004
Aufgrund der schwächeren Machtposition der PDS ist die Ausgangslage für den Europawahlkampf deutlich schlechter. Doch sprechen die Ergebnisse des Bundestagswahlkampfs eine deutliche Sprache: Die PDS hat nur dann eine Chance auf Medienpräsenz, wenn Prominenz »im Spiel« ist und wenn sie die Themen bedient, die die Medien von sich aus thematisieren. Einzelne Abgeordnete und Fachpolitiker haben in der Regel keine Chance auf Medienbeachtung. Die Platzierung des »Spitzenquartetts« hat funktioniert; für den Europawahlkampf, der voraussichtlich nicht mit bundespolitischer Prominenz geführt wird, ist jedoch eine deutlich größere Anstrengung bezüglich der Personalisierung nötig. Die Kandidatenprofile müssen schärfer sein, da hier kaum auf vorhandener Popularität aufgebaut werden kann. Thematisch muss ein Mittelweg gefunden werden zwischen der notwendigen Reaktion auf aktuelle Themen und der »Energieverschwendung« durch eine Verzettelung in Einzelthemen, die trotz sachkundiger Behandlung für die Medien nicht von Interesse sind.

Die Pressearbeit der PDS sollte bedenken, dass gerade linke Zeitungen (taz, FR) generell seltener und häufig kritischer über die PDS berichten als konservative Zeitungen. Außerdem sollte eine Anpassung der Länge und des Gehalts von Pressemitteilungen an die Gewohnheiten der Medien erfolgen.

13 André Brie, Michael Brie, Michael Chrapa, a. a. O., S. 5.

 UTOPIE kreativ, H. 161 (März 2004), S. 248-256

ULLA PLENER

»Sozialdemokratismus« – Instrument der SED-Führung im Kalten Krieg gegen Teile der Arbeiterbewegung (1948-1953)

Zu den historischen Fehlleistungen der SED-Führung gehört der von ihr seit Mitte 1948 mitgetragene Kalte Krieg in der deutschen Arbeiterbewegung. Nach »außen« richtete er sich gegen die Führung der SPD in den Westzonen bzw. in der BRD. Begonnen hatte er mit einem Schlag nach »innen« – der Jagd auf »Abweichler« und »Agenten« in den eigenen Reihen, nachdem die 10. Tagung (12./13. Mai 1948) und die ihr folgenden Tagungen des Parteivorstands 1948 auf Geheiß der SMAD definitiv die Entwicklung der SED zur »Partei neuen Typus« und damit deren forcierte Stalinisierung eingeleitet hatten.[1] In diesem Zusammenhang erlangte besonders seit dem III. Parteitag der SED (Juli 1950) der Vorwurf des »Sozialdemokratismus« eine zentrale Bedeutung: Er wurde zum Instrument des Kalten Krieges zunächst gegen »eigene« Mitglieder, seit 1952/1953 vor allem aber gegen die Führer der SPD im Westen Deutschlands. Im folgenden wird diesem Tatbestand anhand der Protokollniederschriften der SED-Spitzengremien – ihres Parteivorstands (PV, seit Juli 1950 Zentralkomitee/ZK) und dessen Zentralsekretariats (ZS, seit Januar 1949 Politbüro/PB) – nachgegangen.[2]

Der Begriff »Sozialdemokratismus« tauchte zu jener Zeit zunächst im Bericht Sergej Tjulpanows, Leiter der Abteilung Propaganda der SMAD, an die KPdSU-Führung vom 27. Oktober 1948 über die 14. Tagung des PV der SED (20./21. 10. 1948) auf, die sich u. a. mit der Vorbereitung der (1.) Parteikonferenz der SED befaßt hatte. Tjul'panow stellte deren unbefriedigenden Stand fest – u. a. würde »die Entlarvung der Ideologie des Sozialdemokratismus nicht zielstrebig genug betrieben«; »fühlbar« sei, »daß die Reinigung der Partei von Schumacherschen und anderen feindlichen Elementen gebremst« werde.[3] Sollte dieser Bericht Tjul'panows den SED-Führern bekannt geworden sein – was nicht auszuschließen ist –, so wurde der Begriff denjenigen, die aus der KPD zur SED gekommen waren, spätestens jetzt in Erinnerung gerufen. Er wurde nämlich 1927 von Stalin – im Unterschied zu seinem Gebrauch durch Lenin[4] – negativ als abfällige Charakteristik der gesamten sozialdemokratischen Ideologie und Politik besetzt und als Instrument des Kampfes der Komintern gegen die Sozialdemokratie, die ja schon seit 1924, von G. Sinowjew kreiert, als »Sozialfaschismus« diffamiert wurde, benutzt. Aus Anlaß des 10. Jahrestags der Oktoberrevolution hatte Stalin geschrieben: »Der gegenwärtige Sozialdemokratismus ist eine ideologische Stütze des Kapitalismus... Es ist unmöglich, dem Kapitalismus den Garaus zu machen, ohne dem Sozialdemokratismus in

Ulla Plener – Jg. 1933; Dr. sc. phil., Historikerin in Berlin. Arbeiten zur Geschichte der Sozialdemokratie sowie biographische Forschungen, Mitglied der Leibniz-Sozietät; Redakteurin von UTOPIE kreativ. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Sozialdemokraten und andere Linke: Immer noch feindliche Brüder?, Heft 150 (April 2003).

1 Siehe dazu Thomas Friedrich, Christa Hübner, Herbert Mayer, Kerstin Wolf (Hrsg.): Entscheidungen der SED 1948. Aus den stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes der SED, Berlin 1995. Aus der umfangreichen Literatur zur Geschichte der SED-Stalinisierung sei hier nur auf Thomas Klein, Wilfriede Otto, Peter Grieder: Visionen. Repression und Oppo-

der Arbeiterbewegung den Garaus gemacht zu haben.« Die Oktoberrevolution habe neben anderem »den Sieg des Marxismus über den Reformismus, den Sieg des Leninismus über den Sozialdemokratismus« bedeutet, und sie habe »unübersteigbare Schranken zwischen Marxismus und Sozialdemokratismus, zwischen der Politik des Leninismus und der Politik des Sozialdemokratismus errichtet«. Deshalb sei »die Ära des Sterbens des Kapitalismus zugleich die Ära des Sterbens des Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung«.[5]

Stalin hatte also den Begriff »Sozialdemokratismus« als Instrument der ideologischen und politischen Spaltung der Arbeiterbewegung eingesetzt – als »unübersteigbare Schranke« zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Ideologie und Politik.

Mit diesem Pfeil im Köcher konnte schwerlich für die Einheit der Arbeiterbewegung gestritten werden. Die SED-Führer, die stets diese Einheit beschworen hatten, nahmen ihn trotzdem in ihre Waffenkammer auf.

Von der SED-Führung wurde der Begriff in der Entschließung der 17. PV-Tagung vom 10. März 1949 zum Bericht des PB in das Parteivokabular eingeführt, indem – fast wörtlich nach Tjul'panow – festgestellt wurde: »Der Kampf gegen den Sozialdemokratismus als opportunistische Ideologie in der Arbeiterbewegung wurde ungenügend geführt, die Wachsamkeit gegenüber feindlichen Agenturen (Schumacher-Gruppen usw.) wurde nicht in genügendem Maße entwickelt.«[6] Bei der Auswertung der Parteiwahlen vom September 1949 ging es dann auf der 22. PV-Tagung am 4. Oktober 1949 auch um den »Kampf gegen den Sozialdemokratismus in Organisationsfragen, die Liquidierung der schlechten und gefährlichen Wahlvereins-Tradition« als »für die weitere Zukunft eine entscheidende Frage zur Sicherung der Durchführung der politischen Linie der Partei«.[7]

1950 wurde der Kampf gegen »imperialistische Agenten« und »parteifeindliche Gruppen« in der eigenen Partei massiv forciert. In diesem Zusammenhang fiel im Vorfeld des III. Parteitags wieder – und seitdem ständig – das Wort vom »Sozialdemokratismus«, gegen dessen »Überreste« in der Partei angegangen werden sollte. So Fred Oelßner auf der 26. PV-Tagung vom 2./3. Juni 1950 im Referat über den »Neuaufbau der Parteipropaganda«, in dem er u. a. vom »großen ideologischen Mangel der Partei« sprach – den »Überreste(n) des Sozialdemokratismus, der alten reformistischen, opportunistischen Ideologie, die aus der Vergangenheit der deutschen Arbeiterbewegung mit in unsere Partei geschleppt wurde«.[8] Der Themenplan für Aufsätze von PB-Mitgliedern in Vorbereitung des III. Parteitags der SED enthielt u. a.: Friedrich Ebert – »Die Überwindung des Sozialdemokratismus als Vorbedingung für den Sieg des Friedens und der Demokratie«; Franz Dahlem – »Wie der Weg des Sozialdemokratismus zum Ruin Westdeutschlands führt«.[9]

In dem im Juni 1950 veröffentlichten Bericht des PV an den III. Parteitag hieß es gleich einleitend, »der Kampf gegen die Reste des Sozialdemokratismus (Lehren aus der Novemberrevolution)« habe (neben dem Kampf gegen nationalistische, kleinbürgerliche u. a. Auffassungen) die Kraft der gesamten Partei gestärkt.[10] Im Abschnitt über die Zeitschrift »Einheit«, das theoretische Organ der

sition in der SED 1949-1989, Frankfurt/Oder 1996, Teil 1, S. 15-43, 144-229, verwiesen.

2 Siehe SAPMO, DY 30, IV 2/1/Akten-Nr. für den PV bzw. das ZK; ebenda, IV 2/2/Akten-Nr. für das ZS bzw. PB. Alle folgenden Archiv-Signaturen beziehen sich auf den Fonds DY 30 in der SAPMO beim Bundesarchiv.

3 SWAG. Upravlenie propagandy (informacii) i S. I. Tjul'panov, Moskau 1994, S. 119.

4 Lenin bezeichnete mit »Sozialdemokratismus« die politische Strömung der Arbeiterbewegung, zu der er die russische SDAPR, die Bolschewiki darin eingeschlossen, rechnete.

5 J. Stalin: Der internationale Charakter der Oktoberrevolution. Zum 10. Jahrestag des Oktober, in: Fragen des Leninismus, Moskau 1947, S. 221-223. Dabei waren der Begriff »Leninismus« und sein Inhalt von Sinowjew und besonders von Stalin selbst geprägt worden.

6 Dokumente der SED, Bd. II, S. 214. Zuvor hatte sich zu Jahresbeginn 1949 die 16. PV-Tagung der SED am 24. Januar im Gefolge der nachträglich »aufgedeckten Agenten- und Sabotagetätigkeit« Erich Gniffkes mit Beziehungen von SED-Mitgliedern zum Schumacher-Parteivorstand befaßt. Die anschließende 1. Parteikonferenz (25.-28. Januar) bilanzierte die Entwicklung der SED zur »Partei neuen Typus« seit dem II. Parteitag (September 1947) und sprach im Beschluß von Versuchen, »die

Partei, wurde bemängelt, die »bisherige Redaktion« habe das Studium des »Kurzen Lehrgangs« der Geschichte der KPdSU »ungenügend unterstützt und keinen beharrlichen Kampf gegen die Überreste des Sozialdemokratismus in unserer Partei geführt«. Deshalb wurde Chefredakteur Klaus Zweiling von seiner Funktion entbunden und ein neues Redaktionskollegium eingesetzt, das der »marxistisch-leninistischen Erziehung der Partei den ersten Platz in seiner Arbeit einräumen« sollte, wobei diese Aufgabe »den unermüdlichen Kampf gegen Opportunismus und Sozialdemokratismus sowie gegen das Sektierertum« erforderten.[11] Bruno Haid, Mitarbeiter der Westkommission des PB, zitierte im Juli-Heft der »Einheit« im Artikel über den Hamburger Parteitag der SPD (21.-25. Mai 1950) Stalins oben wiedergegebene Aussage über den »gegenwärtigen Sozialdemokratismus (als) eine ideologische Stütze des Kapitalismus«.[12]

Auf dem III. Parteitag (20.-24. Juli 1950) sprach Wilhelm Pieck – im Anschluß an Ausführungen über die Führer der SPD – vom »Sozialdemokratismus« in den Reihen der SED: Die organisatorische Vereinigung im April 1946 »konnte natürlich nicht mit einem Male die Überreste des Sozialdemokratismus und des Sektierertums aus der Welt schaffen, die in beiden Parteien vorhanden waren. Die Überwindung dieser Überreste und Mängel stellte eine Aufgabe für die weitere Entwicklung der vereinigten Partei dar.« Die »Überwindung des Sozialdemokratismus als einer dem Marxismus feindlichen Richtung in der Arbeiterbewegung« sei »durch den aktiven ideologischen Kampf gegen den Sozialdemokratismus innerhalb der SED und für den vollen Triumph der großen Ideen von Marx, Engels, Lenin und Stalin in unserer vereinigten Partei« erfolgt.[13] In der Entschließung des Parteitags war vom notwendigen »Kampf gegen die Überreste des Sozialdemokratismus in der SED« die Rede, die u. a. »in einer falschen, formalen Einstellung zur Demokratie« zum Ausdruck kämen. – »Der Kampf gegen Sozialdemokratismus und Sektierertum kann nur wirksam sein, wenn er zugleich gegen alle liberalistischen und versöhnlerischen Tendenzen geführt wird, denn das Versöhnlertum ist nichts anderes als die Auffangstellung für die Opportunisten.«[14]

So wurde der Kalte Krieg in den eigenen Reihen entfacht. Die danach in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen folgenden Berichte im PB bzw. auf Plenartagungen des ZK der SED über den Fortgang der Überprüfung von Parteimitgliedern prangerten stets Erscheinungen des »Versöhnlertums« an und forderten zum Kampf gegen dieses sowie immer wieder gegen »den Sozialdemokratismus« auf, so auf der 5. Tagung des ZK am 15.-17. März 1951.[15]

Einen Höhepunkt erreichte der Kampf gegen »Sozialdemokratismus« auf der 7. Tagung des ZK im Oktober 1951. Hier ging es nun im besonderen gegen die SPD-Führer in der BRD. Dazu muß allerdings eingeräumt werden: Wenn Wilhelm Pieck von der »demagogische(n) Hetze Schumachers« (zu einem von der Sowjetunion angeblich geplanten Krieg, gegen die Oder-Neiße-Grenze, pauschal gegen die Justiz in der DDR, gegen Wettbewerb in der Produktion als Akkordarbeit u. a. m.) sprach[16], so hatte er leider vielfach recht. Kurt Schumacher hatte mit seinem »fast hysterischen« (Helga Grebing)

SED zu einer opportunistischen Partei westlicher Prägung zu machen«, die dadurch gefördert worden seien, »daß der Klassenfeind durch seine Schumacher-Agentur Spione und Agenten in die Reihen unserer Partei entsandte mit der Aufgabe, innerhalb der SED antisowjetische und nationalistische Tendenzen und Stimmungen zu erzeugen«. (Dokumente der SED, Bd. II, S. 180)

7 SAPMO, DY 30, IV 2/1/72, Bl. 68.

8 SAPMO, DY 30, IV 2/1/80, Bl. 56/57.

9 Vgl. SAPMO, DY 30, IV 2/2/95, Bl. 4.

10 Bericht des Parteivorstandes an den III. Parteitag der SED, Berlin 1951, S. 5.

11 Ebenda, S. 194, 195, 196.

12 Einheit, H. 7, Juli 1950, S. 583.

13 Protokoll des III. Parteitags der SED, Berlin 1951, S. 80. Es ging dann um die in jüngster Zeit »entlarvten Agenten« in der Partei. Darunter war der aufrechte Antifaschist und frühere Sozialdemokrat Paul Szillat aus Rathenow, der als Schumacher-Agent verhaftet wurde. Zu Szillat siehe Andreas Herbst: Paul Szillat – ein einsamer Mahner im SED-Parteivorstand, in: Neues Deutschland, 10./11. November 2001.

14 Protokoll des III. Parteitages der SED, Berlin 1951, S. 268, 269.

15 Vgl. SAPMO, DY 30, IV 2/1/94, Anlage 2, Bl. 20-22; vgl. auch Dokumente

Antikommunismus den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion, die Kommunisten und die SED seit 1945/1946 intensiv geführt.[17] Die vom Kalten Krieg der Großmächte geleiteten pauschalen und diffamierenden Angriffe der SPD-Führer auf die SED und die DDR wurden diesen »gebührend heimgezahlt«. Jedoch: Für das von der SED-Führung verfolgte Anliegen, die Aktionseinheit der Arbeiterbewegung als Grundlage für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu erreichen, waren sie kontraproduktiv ...

Die »Schumacher-Ideologie« wurde schon in der Resolution der 21. PV-Tagung vom 23./24. August 1949 »ein Ableger der Ideologie des amerikanischen Imperialismus« genannt. Auf der 7. ZK-Tagung sprach nun Fred Oelßner im Zusammenhang der »ideologischen Aufgaben« der SED »die Ideologie des gegenwärtigen Sozialdemokratismus« an, die zur imperialistischen Ideologie gehöre und die »spezielle Aufgabe« habe, »die Arbeiterschaft für die imperialistischen Raubpläne einzufangen«; die SPD-Führer hätten sich »mit den verschiedenen kleinbürgerlichen und auch imperialistischen Ideologien im Sumpfe des sogenannten demokratischen Sozialismus gefunden, der nichts anderes darstellt als die Verteidigung des Monopolkapitals unter sozialistisch erscheinenden Phrasen« (das bezog sich auf die Erklärung der in Frankfurt/Main wiedergegründeten Sozialistischen Internationale über »Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus« vom Juli 1951); diese Führer seien »von dem Fäulnisprozeß des Kapitalismus bis auf die Knochen angesteckt«, und daraus ergebe sich die »ideologische Aufgabe, die sozialdemokratischen Arbeiter in geduldiger Diskussion von dem wahren Charakter ihrer Führer zu unterrichten, ihnen den wissenschaftlichen Sozialismus näher zu bringen«.[18]

Kurt Hager stützte die Aussagen mit dem Griff in die Geschichte: Pauschal nannte er die SPD »eine Partei der Noske und Severing«, in deren Führung sich »die Henker der revolutionären Arbeiter des Ruhrgebiets und Mitteldeutschlands« befanden, die »sich schützend vor die Kriegsverbrecher und Militaristen« stellten, die Panzerkreuzer bauten und »sich als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus« betätigten; »durch ihre Spaltungspolitik (schwächten sie) die Kräfte des deutschen Proletariats und wurden dadurch zu Wegbereitern des Faschismus«.[19] Ihm sekundierte Hermann Matern im Referat über die Ergebnisse der Parteiüberprüfung: Die »falsche Einschätzung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (käme) u. a. darin zum Ausdruck, daß man den Verrat der rechten SPD-Führung an der deutschen Arbeiterklasse vor 1933 mit den taktischen Fehlern der KPD gleichstellt(e)«; »auch bei der Einschätzung der heutigen SPD-Führung« gebe es bei SED-Genossen »noch Vorbehalte«. So habe z. B. ein SED-Kreisleitungsmitglied »die rechte SPD-Führung als eine bürgerliche Clique und nicht als eine Agentur des amerikanischen Imperialismus in der Arbeiterklasse« eingeschätzt! Die Genossen würden »auch lieber über die Politik Adenauers als über die Rolle Schumachers« sprechen, ihr konkretes Wissen über die erstere sei besser und im allgemeinen gut – »mit der Demaskierung der Politik Schumachers finden sie sich nicht so gut zurecht und können sie nicht ausreichend entlarven«.[20]

Auch Otto Winzer stellte in der Diskussion den »Kampf gegen den Sozialdemokratismus (als) eine der wichtigsten ideologischen Auf-

der SED, Bd III, und auf weiteren Tagungen 1951, 1952, 1953.

16 SAPMO, DY 30, IV 2/1/97, Bl. 147.

17 Vgl. dazu Ulla Plener: Der feindliche Bruder: Kurt Schumacher. Intentionen – Politik – Ergebnisse. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und anderen Linken aus historischer und aktueller Sicht, Berlin 2003, Teil II (in UTOPIE kreativ u. a. Dies.: Kurt Schumacher und die Russen, in: H. 69/70, Juli/August 1996; Schumacher 1949-1952: Konfrontativ gegen DDR – zu Lasten der Einheit Deutschlands, H. 145, (November 2002).

18 SAPMO, DY 30, IV 2/1/97, Bl. 17/18.

19 Ebenda, Bl. 95/96.

20 SAPMO, DY 30, IV 2/1/98, Bl. 12-15.

gaben unserer Partei« heraus und forderte dazu auf, »neben dem absolut notwendigen Kampf und noch ungenügend geführten Kampf gegen die Schumachersche Führung der SPD« auch gegen die ideologischen Einflüsse der DGB-Führung vorzugehen, die »auf dem Wege über ›Die Welt der Arbeit‹, über Flugschriften, über die ›Gewerkschaftlichen Monatshefte‹... einen ausgesprochen imperialistischen Einfluß auf die Arbeiterklasse« ausübe: Es zeige sich »auf diesem Frontabschnitt« des ideologischen Kampfes, daß »eine Ideologie in die Arbeiterklasse geimpft (wird), die darauf hinausläuft, eine absolut imperialistische Politik zu betreiben, die die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung und die Arbeiterinteressen absolut der amerikanischen imperialistischen Politik in Europa unterordnet«.[21]

21 SAPMO, DY 30, IV 2/1/97, Bl. 125-128.

Im Beschluß der 7. Tagung über »Die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei« war u. a. festgehalten worden: »Die ideologische Arbeit muß insbesondere die verräterische, arbeiterfeindliche Politik Schumachers und der anderen rechten Führer der Sozialdemokratischen Partei entlarven, um die Voraussetzungen zur Beseitigung der Spaltung der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Berlin zu schaffen.«[22]

22 Dokumente der SED, Bd. III, S. 574.

Der Krieg in den eigenen Reihen wurde indes weitergeführt. Im Beschluß dieser Tagung über »Die Ergebnisse und Lehren aus der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten und die sich daraus ergebenden Aufgaben« wurde festgestellt, es seien in der Vergangenheit viele Unklarheiten, darunter über die Rolle des amerikanischen Imperialismus, über das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus, über den Objektivismus u. a. m. »im wesentlichen geklärt und falsche Auffassungen überwunden« worden, es wäre jedoch »unrichtig zu übersehen, daß es noch Erscheinungen des Sozialdemokratismus, des Sektierertums und der nicht völligen Überwindung von Auffassungen früherer parteifeindlicher Gruppierungen« gebe.[23] Der politischen Entschließung der II. Parteikonferenz der SED (9.-12. Juli 1952) zufolge, die den Aufbau des Sozialismus »zur grundlegenden Aufgabe in der DDR« bestimmt hatte, sollten die Partei und jedes ihrer Mitglieder nach wie vor »revolutionäre Wachsamkeit« üben und einen entschiedenen »Kampf gegen versöhnlerische Tendenzen gegenüber den Feinden der Partei« führen. Als die wichtigste Aufgabe auf ideologischem Gebiet wurde allgemein bezeichnet, »die Arbeiterklasse und die Masse der Werktätigen mit sozialistischem Bewußtsein zu erfüllen und zugleich den täglichen konsequenten Kampf gegen die bürgerlichen Ideologien zu führen«.[24]

23 Ebenda, S. 590.

24 Beschluß der II. Parteikonferenz, in: Dokumente der SED, Bd. IV, S. 70-78.

Die im zweiten Halbjahr 1952 folgenden Parteidokumente präzisierten, daß es dabei weiterhin besonders um den »Sozialdemokratismus, (die) Ideologie der rechten sozialdemokratischen Führer im Dienste der amerikanischen und deutschen Imperialisten«, ging.[25] Von da an wurde der Begriff zunehmend als Angriffsinstrument »nach außen«, gegen die SPD-Führung, eingesetzt.

25 Siehe Aufgaben der Parteileitungen bei der Durchführung des Parteilehrjahres 1952/1953, in: Dokumente der SED, Bd. IV, S. 108/109.

Der »Sozialdemokratismus« war Gegenstand der umfangreichen Diskussionsrede von Rudolf Herrnstadt auf der 10. Tagung des ZK (20.-22. 11. 1952), auf der es um den Entwurf des Aufrufs zum »Karl-Marx-Jahr 1953« ging. Herrnstadt sprach zu den Aufgaben der Propagandaarbeit und führte aus: »Der tiefste Grund für die

Schwächen auf dem Gebiet der propagandistischen Arbeit, und nicht nur auf diesem Gebiet, liegt in der opportunistischen Grundhaltung zahlreicher unserer Genossen, in nicht überwundenen Tendenzen des Sozialdemokratismus.« Ohne auf Widerspruch bei den Tagungsteilnehmern zu stoßen, suchte und fand er die tieferen Ursachen dafür in der besonderen, in ihrer Geschichte wurzelnden »Geisteshaltung der (deutschen) Arbeiterbewegung«, in den »kleinbürgerlichen Überkommenheiten in der Arbeiterklasse«, in der »Ausnutzung der Arbeiteraristokratie« in ihr und der »Einschleusung von Agenten« in sie durch die Bourgeoisie, die so die »Verfälschung, Verwässerung der revolutionären Lehre von Marx« betrieben hätte. Es war vom »Typ der gediegenen Flachköpfe in der deutschen Arbeiterbewegung« die Rede, »den wir unter dem Namen ›Revisionisten‹ kennen«. – »Und wir in Deutschland haben es nie vermocht, gegen diese Erscheinung... so leidenschaftlich und erbarmungslos zu kämpfen, wie Lenin das in Rußland tat. Die Folge davon ist, daß bei uns der Sozialdemokratismus – trotz aller Teilerfolge – jahrzehntelang in solcher Breite triumphierte und daß er auch heute noch blüht und gedeiht, in neuen, den veränderten Verhältnissen angepaßten Formen, die schwerer zu fassen sind als die früheren, aber keineswegs weniger wirksam.« Nach der Oktoberrevolution in Rußland habe die Sozialdemokratie offen mit dem Marxismus gebrochen, und »heute schließlich, wo der amerikanische Imperialismus zum Weltgendarm und Massenmörder geworden ist, wo ein ansehnlicher Teil der rechten sozialdemokratischen Führer bewußt im Dienste imperialistischer Regierungen arbeitet, hat auch der Sozialdemokratismus einen neuen Charakter erhalten.«[26]

Der Kampf »nach innen« bildete immer noch einen Schwerpunkt der Ausführungen von Herrnstadt. Er betonte, der PB-Fassung des Aufrufs zum Karl-Marx-Jahr zufolge bestünde die Hauptaufgabe darin, »die breiten Massen der Werktätigen... im Geiste des kompromißlosen Kampfes für die neue sozialistische Gesellschaftsordnung an Hand der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu erziehen«, und er zitierte aus dem Thesenentwurf: »Dieses Ziel wird erreicht durch Entfaltung eines schonungslosen Kampfes gegen alle Spielarten des Sozialdemokratismus, darunter gegen die formale, mit dem Leben nicht verbundene Vermittlung der Theorie.«[27] Am Schluß seiner Rede verwies Herrnstadt noch darauf, »welche Bedeutung die Liquidierung der Tendenzen des Sozialdemokratismus auf ideologischem Gebiet für die Praxis unseres sozialistischen Aufbaus besitzt«, indem er (als ein Beispiel von mehreren) ein Unglück auf einem Schacht im Zwickauer Revier darauf zurückführte, daß dort gegen bekannte Mißstände nicht rechtzeitig eingeschritten wurde, weil die Genossen »nicht dazu erzogen (waren), einen kompromißlosen persönlichen Kampf gegen (die) Übel zu führen«. Seine Schlußfolgerung: »Natürlich wäre es falsch, in diesen Fällen, denen Hunderte an die Seite gestellt werden könnten, Zufälligkeiten zu sehen. Auch in ihnen äußert sich das Erbe des Sozialdemokratismus.« Dieser müsse »nicht nur auf allen Gebieten des praktischen Lebens bekämpft werden, auf denen er sich zeigt, er muß vor allem auf dem Gebiet bekämpft werden, von dem aus er zu kurieren ist: Das ist das ideologische Gebiet. Wenn wir das tun, werden wir einen

26 SAPMO, DY 30, IV 2/1/108, Bl. 79, 80, 81.

27 Ebenda, Bl. 90.

ungeahnten Aufschwung erleben. Denn die durch unsere Partei, nicht zuletzt durch unsere vielgescholtenen Propagandisten erzogenen Massen warten darauf, daß unsere Partei den Riegel vorschiebt, der ihre angestaute Initiative hemmt«![28] Entsprechend unterstrich Ulbricht in seinem Schlußwort: Eine vordringliche Aufgabe sei es, »in Verbindung mit dem Karl-Marx-Jahr sehr ernst und systematisch den Kampf gegen den Sozialdemokratismus (zu) führen«.[29] »Die Überwindung des opportunistischen Ausweichens vor dem Kampf gegen den Sozialdemokratismus« wurde im Dokument eine der Grundbedingungen »für die revolutionäre Erziehung der Werktätigen« genannt.[30]

Am 22. November 1952 legte das PB fest, in der »Einheit« eine Diskussion zu ideologischen Fragen, besonders zur »Frage des Sozialdemokratismus«, zu eröffnen. Die Richtungen gab Walter Ulbricht im Dezember-Heft der »Einheit« vor:

»Das Zentralkomitee hat dem Vorschlag zugestimmt, über Fragen des Sozialdemokratismus in der deutschen Arbeiterbewegung im theoretischen Organ der Partei, der ›Einheit‹, eine Diskussion zu führen.

Der Anlaß zu diesem Beschluß liegt in folgendem: Bei der Vorbereitung des Karl-Marx-Jahres mußte das Politbüro feststellen, daß die Propaganda über Leben und Werk des größten deutschen Wissenschaftlers, Karl Marx, völlig ungenügend und oft sehr formal erfolgt. [...]

Der Kampf gegen den Sozialdemokratismus hat gegenwärtig, wo die Führer der Sozialdemokratie offen auf die Seite des amerikanischen und englischen Imperialismus übergegangen sind und ihren Frieden mit der Bourgeoisie geschlossen haben, große Bedeutung. Die sozialdemokratischen Mitglieder können nur dann für die Aktionseinheit gewonnen werden, wenn täglich der Sozialdemokratismus als die spezifische Form des Einflusses der bürgerlichen und imperialistischen Ideologie auf die Arbeiter entlarvt und den Mitgliedern aufgezeigt wird, wie die sozialdemokratischen Führer mit Hilfe der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen die Arbeiterbewegung in Westdeutschland lähmen und es Adenauer ermöglichen, die Befehle der amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten im Namen des westdeutschen Staates zu verkünden und durchzuführen.

Der Kampf gegen den Sozialdemokratismus in ganz Deutschland ist deshalb von der größten Bedeutung für den Kampf um die nationale Wiedervereinigung auf demokratischer Grundlage.

Es kommt hinzu, daß das Fortbestehen von Resten des Sozialdemokratismus in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands selbst sich hemmend auf die Entwicklung der Staatsmacht der Deutschen Demokratischen Republik und die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus auswirkt. Der Sozialdemokratismus findet in der SED nicht nur seinen Ausdruck im ungenügenden Kampf gegen die Ideologie der Sozialdemokratie, sondern auch in der Unterschätzung der Rolle unserer Staatsmacht, in dem Glauben an eine Spontaneität der Entwicklung, in der Mißachtung der ökonomischen Gesetze, die in der Deutschen Demokratischen Republik wirksam sind, in der Unterschätzung der führenden Rolle der Sozialistischen Einheitspar-

28 Ebenda, Bl. 91.

29 Ebenda, IV 2/1/107, Bl. 105. Vgl. auch Diskussionsrede von Fred Oelßner über den Sozialdemokratismus in der Theorie, darunter über den »primitiven Pragmatismus« Bernsteins als eine Spielart des Sozialdemokratismus (ebenda, Bl. 145).

30 »Im Jahre 1953 gedenkt die deutsche Nation ihres größten Sohnes Karl Marx. Aufruf des Zentralkomitees zum Karl-Marx-Jahr 1953«, in: Dokumente der SED, Bd. IV, S. 227.

31 W. U.: Diskussion über Fragen des Sozialdemokratismus in der deutschen Arbeiterbewegung, in: Einheit, H. 12, Dezember 1952, S. 1330. Obwohl der Anlaß für die angekündigte Diskussion das bevorstehende Karl-Marx-Jahr und der »ungenügende Kampf gegen die von der Sozialdemokratie vorgenommenen Fälschungen der Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels« war, wurde das Studium ihrer Werke an dieser Stelle nicht gefordert.

32 Ergänzend hieß es dann im Beschluß des ZK vom 12. Dezember 1952 »Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky« noch, »zur Verstärkung der revolutionären Klassenwachsamkeit« sei es nötig, »3. daß mit der ideologischen Sorglosigkeit endgültig Schluß gemacht wird. Die Partei muß einen unversöhnlichen Kampf gegen den Sozialdemokratismus, gegen alle bürgerlichen Ideologien und

tei Deutschlands, in dem Unverständnis in bezug auf das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und in der Unterschätzung des Studiums der Lehren von Lenin und Stalin.

Der Meinungsaustausch soll dazu beitragen, die theoretischen Fragen zu klären und die Kampfaufgaben besser zu lösen.«[31]

Hier war mit dem »Kampf gegen den Sozialdemokratismus« beinahe das gesamte Spektrum der SED-Politik abgedeckt, diesem Kampf wurde fast universelle Bedeutung für die Politik der SED zugesprochen.[32]

Eine Diskussion über »Fragen des Sozialdemokratismus« fand in den folgenden Heften der »Einheit« nicht statt, sieht man von vereinzelten, Westdeutschland betreffenden Beiträgen ab, in denen das »Problem Sozialdemokratie« zwar vorkam, aber nicht im Sinne der Diskussion um »Fragen des Sozialdemokratismus«.[33] Der im Sonderheft der »Einheit« vom April 1953 abgedruckte Artikel von Otto Winzer »Der ›Superrevisionismus‹ – eine imperialistische Ideologie des Verrats am Marxismus«, wohl als Grundsatzorientierung für den Umgang mit dem Problem gedacht, war alles andere als ein Beitrag zur Diskussion. Nach einem Rückgriff auf Lenins Schriften aus der Zeit des Ersten Weltkriegs zitierte Winzer ausführlich aus dem oben genannten Artikel Stalins und klopfte apodiktisch Postulate mit Zwischenüberschriften fest wie diese: Die Wandlungen des Opportunismus zum Sozialimperialismus; Leugnung des Klassenkampfes und Beschmutzung des Proletariats; Leugnung der Ausbeutung und Idealisierung des Kapitalismus; Beschönigung des Imperialismus und Rechtfertigung seiner Kriege; Sozialimperialismus ist Reaktion und Krieg. Die Wertungen gipfelten in Aussagen wie: »Die Partei Adenauers und die Partei Ollenhauers sind nicht Gegner, sondern zwei Arme desselben Systems, Zwillingsbrüder im Dienste des amerikanischen und westdeutschen Imperialismus«; die »rechten Führer der SPD und des DGB (betätigen sich) als Zutreiber der faschistischen Reaktion«.[34]

Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 waren für die SED-Führung kein Anlaß, den »Kampf gegen den Sozialdemokratismus« zurückzuschrauben, eher im Gegenteil, und das sogar im Widerspruch zu der Moskauer Weisung, »die total feindliche Position gegenüber dieser Partei (der SPD) für die heutige Periode zu verwerfen«.[35]

Auf der 15. ZK-Tagung (24.-26. Juli 1953) wurde der »Kampf gegen den Sozialdemokratismus« in den eigenen Reihen wieder stark akzentuiert. Zu diesem Thema sprach ausführlich Otto Winzer: »Über den Sozialdemokratismus und wie man ihn bekämpfen soll!« Da die Agenten des Ostbüros sich am 17. Juni auf die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft der DDR stützen konnten, sollten »doppelte Schlußfolgerungen für den Kampf gegen den Sozialdemokratismus« gezogen werden: »Einerseits müssen sich unsere Genossen der berechtigten Forderungen der Arbeiter annehmen und im Kampf gegen Mißstände und Schlamperei zu wirklichen Vertrauensmännern ihrer Kollegen werden«; andererseits müßten sie, gestützt auf das Vertrauen der Arbeiter, den Kampf gegen »die sozialimperialistische Ideologie der heutigen Sozialdemokratie« mit aller Schärfe führen, denn »durch den Mund (der) sozialdemokratischen Führer spricht der Klassenfeind, das Monopolkapital«.[36]

Reste des kapitalistischen Denkens, die bei Parteimitgliedern noch vorhanden sind, führen«. Dokumente der SED, Bd. IV, S. 218.

33 Vgl. Max Schäfer: Zum »Aktionsprogramm« der SPD, in: Einheit, H. 1, Januar 1953 (auf dem Dortmunder Parteitag der SPD angenommenes Aktionsprogramm); Paul Verner: Die Lage in Westdeutschland nach den Bundestagswahlen, in: Einheit, H. 10, Oktober 1953.

34 Otto Winzer in: Einheit, April 1953, Sonderheft, S. 625-647.

35 Streng geheime Verfügung des Ministerrates der UdSSR vom 2. Juni 1953, die der noch an diesem Tag in Moskau angereisten SED-Delegation verlesen und übergeben wurde. Angesichts der heranreifenden Krise ging es um Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR. Siehe in: UTOPIE kreativ, H. 149, März 2003, S. 216/217.

36 SAPMO, DY 30, IV 2/1/119, Bl. 154-164.

37 Vgl. ebenda, Bl. 162/163.

38 Dokumente der SED, Bd. IV, S. 454. Ungewöhnlich milde hieß es, diesen »schwankenden und irregeleiteten früheren Sozialdemokraten« sollte geholfen werden, »den Klassencharakter des Putschversuches zu erkennen, den Sozialdemokratismus zu überwinden und den Weg in die Reihen des klassenbewußten Proletariats zurückzufinden«. Der Begriff tauchte in dem umfangreichen Dokument nur noch einmal im Abschnitt

War Rudolf Herrnstadt auf dem 10. Plenum acht Monate zuvor mit seinen Ausführungen über den notwendigen Kampf gegen den Sozialdemokratismus auf keinen Widerspruch gestoßen, so wurde er jetzt selbst des Sozialdemokratismus bezichtigt. Ulbrichts Referat folgend, wurde die »Plattform Herrnstadt/Zaisser« (die »Angriffe auf die Parteiführung«, Ulbricht an der Spitze) in der Diskussion von Kurt Hager und Paul Verner als »dem Wesen nach sozialdemokratisch« bezeichnet. Herrnstadts Ausführungen auf dem 10. Plenum nannte Winzer nunmehr »überaus schädlich« und »desorientierend«, ja sie hätten dazu geführt, »daß sich das vom Genossen Herrnstadt geleitete Zentralorgan (der SED, Neues Deutschland/ND) selber zum Sprachrohr des konterrevolutionären Sozialdemokratismus machte«! Winzer verwies auf den am 14. Juni 1953 im ND veröffentlichten Artikel »Es wird an der Zeit, den Holzhammer beiseite zu legen«, der »genau genommen... der ideologischen Vorbereitung und Rechtfertigung der sozialdemokratischen faschistischen Provokation« gedient habe (in Wirklichkeit hatte der Artikel, was auch die von Winzer zitierten Passagen auswiesen, »genau genommen« die »berechtigten Forderungen der Arbeiter« aufgegriffen).[37]

Die Sozialdemokratismus-Keule wurde hier als Instrument des Machtkampfes an der Spitze der Partei eingesetzt.

In der Entschließung der 15. Tagung des ZK »Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei« wurden im Abschnitt über die »faschistische Provokation am 17. Juni« neben »brandleristischen Spionagegruppen, Trotzkisten, SAP-Gruppen und anderen« auch »illegale Organisationen aus ehemaligen SPD-Mitgliedern, die noch immer den arbeiterfeindlichen Auffassungen des Sozialdemokratismus anhingen und darum leicht Opfer der Agenten des Ostbüros wurden, welche unter den Arbeitern faschistische Losungen verbreiteten und Streiks organisierten,« genannt.[38]

Den Begriff »Sozialdemokratismus« benutzte die SED-Führung in den folgenden 50er und in den 60er Jahren stets als ein Instrument des Kalten Krieges in der Arbeiterbewegung. Er wurde von ihr erst mit der Entspannung in den 70er Jahren zurückgenommen.[39]

P. S. Wer sich an die Inhalte und die Rolle des Begriffs »Sozialdemokratismus« in der Geschichte der SED auch nur halbwegs erinnert, kann die Aussage im neu beschlossenen Programm der PDS, »aus historischer Erfahrung« wende sich diese Partei »entschieden gegen jegliche Form von Antisozialdemokratismus« nicht nachvollziehen. Der »Sozialdemokratismus« war ein Instrument des Kalten Krieges der SED-Führung in der Arbeiterbewegung. Im Bemühen um Verständigung mit der sozialdemokratischen Strömung in der politischen Landschaft Europas müßte die PDS, die mit der stalinistischen Tradition der SED gebrochen hat, gegen die mit diesem Begriff verbundenen Inhalte, also *für* »Antisozialdemokratismus«, streiten.

»Die Partei« im Zusammenhang mit der Propagandaarbeit auf: »Die Durchführung des neuen Kurses ist unvermeidlich mit einer Aktivierung der reaktionären Elemente und der Verstärkung des Versuchs verbunden, die bürgerliche Ideologie in die Arbeiterklasse zu tragen. Darum muß der konsequente, prinzipielle Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, besonders gegen den Sozialdemokratismus, verstärkt werden. (Ebenda, S. 473)

39 Noch 1971 wurde bei der Übersetzung der sowjetischen Monographie »Ideologie des gegenwärtigen Reformismus. Kritik der Konzeptionen rechter Sozialisten«, Moskau 1970, als Titel »Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart« gewählt (Berlin 1971). Dazu gab es einen Widerspruch vom damaligen Lehrstuhl (später Institut) Imperialismusforschung am damaligen Institut (später Akademie) für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED in Form einer Notiz an Albert Norden, Mitglied des Politbüros und zuständig für westdeutsche Fragen, vom 13. Januar 1971. Zum Umgang mit den Begriffen »Sozialdemokratismus« und »Reformismus« vgl. Ulla Plener: Zur Sozialdemokratieforschung in der DDR in den 70er und 80er Jahren. Versuch einer Bilanz mit Ausblick, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 6, 1991.

KARL-HEINZ GRÄFE

Die Wiedergeburt des Kapitalismus in Rußland

In den 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts begann im Kerngebiet der ehemaligen UdSSR, in der Russischen Föderation, der Übergang vom Staatssozialismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus. Der in sieben Jahrzehnten unter ungewöhnlichen Opfern von Arbeitern, Bauern, Intellektuellen und Angestellten akkumulierte gesellschaftliche Reichtum in Gestalt eines zentralistisch verwalteten Staatseigentums auf planwirtschaftlicher Grundlage wurde durch das autoritäre Jelzin-Regime unter tätigem Zutun vieler Angehöriger der bisherigen sowjetischen Nomenklatura und mit Unterstützung des internationalen Kapitals zu großen Teilen in privatkapitalistisches Eigentum überführt. Der Grad der Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung und die sozialen Klüfte, die dadurch entstanden, heben sich von den Zuständen in anderen Staaten deutlich ab: Das Verhältnis zwischen den Einkünften der ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung und der reichsten zehn Prozent beträgt gegenwärtig 1:46 (in den USA 1:17, in Frankreich 1:10).[1]

Karl-Heinz Gräfe – Jg. 1938, Historiker, Prof. Dr., Arbeitsgebiete: Geschichte der UdSSR und Osteuropas; zuletzt in UTOPIE kreativ: 1953: Die Krise des Imperiums und der »Neue Kurs« in Osteuropa, in: Heft 152, (Juni 2003).

Wer sind die wahren Herrscher Rußlands?

Rußland wird beherrscht von einem reichlichen Dutzend Finanz- und Industrieoligarchen, die sich auch schon international einen Namen gemacht haben. Von den im Forbes-Magazin vom Februar 2001 aufgeführten 497 Milliardären der Welt kommen die folgenden sieben aus Rußland[2]: Auf Platz 101 stand der im Oktober 2003 verhaftete *Michail Borisovič Chodorkovskij* (Jg. 1961) mit einem persönlichen Vermögen von 3,7 Milliarden Dollar (2003: 8 Milliarden Dollar), 1990 Gründer und Besitzer der ersten Investitionsbank MENATEP (2002: Stimmenmehrheit von 95,5 Prozent, 2003: Dividende 2 Milliarden Dollar) und seit 1997 die eigentliche Führungsfigur der Industrieholding Rossijskaja promyšlennostj (ROSPROM). Deren wichtigster Bestandteil ist der Erdölkonzern JUKOS (2002: Umsatz – 14,5 Milliarden Dollar, Gewinn – 3,8 Milliarden Dollar, Börsenwert – 32,8 Milliarden Dollar, 100 000 Beschäftigte). Dreißig Plätze vor dem reichsten der Rockefeller-Dynastie, David, rangiert auf Platz 127 der 1966 geborene *Roman Arkad'evič Abramovič* (3 Milliarden Dollar und 2003: 7 Milliarden Dollar). Der Absolvent des Moskauer Gas- und Ölinstitutes »I. M. Gubkin« kam aus dem einst größten Wirtschafts- und Finanzimperium des vierfachen Milliardärs *Boris Abramovič Berezovskij* (seit 2001 im britischen Exil). Grundlagen seiner Macht bilden Aktienmehrheiten am sibirischen Ölkonzern SIBNEFT' (2002: Börsenwert – 13,2 Milliarden Dollar,

1 Karin Clement: LohnarbeiterInnen als interne Peripherie, in: Ost-West-Gegen-Information Nr. 3, Graz 2003, S. 40.

2 Vgl. auch Izvestija, 2. März 2002, S. 2.

Umsatz – 4,8 Milliarden Dollar, 30 000 Beschäftigte), der VEREINIGTEN BANK (einschließlich Forus Holding SA Luxemburg) und der Holding RUSSKIJ ALJUMINIJ. Letztere kontrolliert 75 Prozent der russischen und 7 Prozent der internationalen Aluminiumbranche. Den 191. Platz in der Weltrangliste der Milliardäre belegt *Michail Maratovič Fridman* (Jg.1964) mit 2,2 Milliarden Dollar Privatvermögen (2003: 4,3 Milliarden Dollar). Der Konstrukteur im Moskauer Werk »Elektrostahl«, der 1988 Gründer einer der ersten Kooperativen (Al'fa-Foto) war, ist seit 1998 Vorstandsvorsitzender der Finanz- und Industriegruppe AL'FA, die mit etwa 50 Prozent am Tjumener Ölkonzern TNK (2002: Börsenwert – 5,9 Milliarden Dollar, Umsatz – 6,1 Milliarden Dollar, 81 000 Beschäftige) und ebenfalls mit je einem Drittel an der VEREINIGTEN BANK beteiligt ist. Die Oligarchengruppe verfügt zudem über die Geschäftsbank AL'PHA, die Handelsgesellschaften Al'fa-Eko (Erdöl, Tee, Zucker, Juwelen, Bau und Betrieb von Supermärkten), Al'fa-Cement (30 Prozent der Zementproduktion), Al'fa-Art (Kunsthandel) und Al'fa-Estejt (Immobilien) u.a. Den Platz 234 (1,8 Milliarden Dollar) besetzte *Vladimir Olegovič Potanin* (Jg.1961). Er war Gründer und Präsident der größten russischen Geschäftsbank (1991-1998), der Vereinigten Export- und Import- (ONEKSIM-)Bank, und steht seit 1998 an der Spitze der Finanz-Industrie-Gruppe INTERROS (1995: 10 Milliarden Dollar Jahresumsatz). Zu ihr gehören u. a. der weltgrößte Buntmetall-Konzern NORYL'SKIJ NIKEL' (3,3 Milliarden Dollar Umsatz, 151 000 Beschäftigte, 20 Prozent der Nickel- und Kobaltproduktion der Welt), die Sibirisch-Fernöstliche Ölgesellschaft SIDANKO (5,2 Milliarden Dollar Umsatz, 97 000 Beschäftige), die Östliche Ölgesellschaft VNK (2,1 Milliarden Dollar Umsatz, 40 000 Beschäftigte), die Novolipecker Maschinenbauwerke (2,5 Milliarden Dollar Umsatz, 4 000 Beschäftigte), die Leningrader optisch-mechanischen Werke LOMO (40 Millionen Dollar Umsatz, 8000 Beschäftigte), die Holding PERMSKYE MOTORY (30 Betriebe der Flugzeugmotorenindustrie) und 25 Prozent Aktienanteile am russischen Telekomriesen SVJAZ'INVEST. Ihm folgen die Ölmagnaten *Vladimir Bogdanov* SURGUTNEFT' (2002: Börsenwert – 15,5 Milliarden Dollar, Umsatz – 6,4 Milliarden Dollar, 98 000 Beschäftigte) und *Wagit Jusufovič Alekperov* (Jg. 1950), seit 1991 Präsident des damals größten Erdölkonzerns LUKOJL (2002: Börsenwert – 16,8 Milliarden Dollar, Umsatz – 15,5 Milliarden Dollar, 150 000 Beschäftigte) mit 1,6 bzw. 1,4 Milliarden Dollar. Der bisher jüngste der russischen Milliardäre des Jahres 2001 auf Platz 413 (1,1 Milliarden Dollar, 2003: 1,5 Milliarden Dollar) ist *Oleg Vladimirovič Deripaska* (Jg. 1968)[3], seit 1998 Präsident der Holding SIBIR'SKIJ ALJUMINIJ, Top-Manager der mit dem Oligarchen Abramovič 2000 aufgebauten Holding RUSSKIJ ALJUMINIJ und Chef des Metall- und Maschinenbau-Konzerns BASOVY ELEMENT (2002).

In der Forbes-Liste des Jahres 2003 (Februar) sind drei weitere russische Oligarchen aufgeführt: Der Generaldirektor der auf regionaler Ebene agierenden Investitionsgesellschaft RENOVA, der 46jährige *Viktor Wechselberg* (2,5 Milliarden Dollar), der 45 Prozent der Anteile an Fridmans Tjumener Ölkonzern TNK besitzt und ein

3 Deripaska (Jg.1968) studierte von 1985 bis 1996 an der Wirtschaftsfakultät der Moskauer Staatsuniversität und an der Plechanov-Akademie für Volkswirtschaft. Noch während des Studiums arbeitete er als Broker an der Russischen Waren- und Rohstoffbörse, leitete dle Finanzabteilung der Gesellschaft für Aluminiumprodukte und eine Investitionsgesellschaft im Rüstungsbereich. 1994 wurde er Generaldirektor des Sajaner Aluminium-Werkes und gelangte 1998 an die Spitze des sibirischen Aluminiumkonzerns und baute mit Unterstützung der MDM-Bank (Aleksander Mamut) und Transportunternehmen eine Linie für den Export von Aluminium auf.

Fünftel der Aluminiumbranche (2000 Holding Sibirisch-Uralisches Aluminium SUAL) kontrolliert. In den Kreis der Milliardäre gelangte nach der Finanzkrise 1998 ein Mitstreiter Potanins, der Präsident der ONEKSIM-Bank (seit 1998) und Vizepräsident der »Assoziation Russischer Banken«, der 37jährige *Michail Dimitrovič Prochorov*[4] (1,6 Milliarden Dollar). Ein weiterer Neuling in der russischen Milliardärsfamilie kommt aus dem Moskauer Wirtschaftsimperium des Oligarchen Jurij Lužkov: *Vladimir B. Jevtušenko* (1,5 Milliarden Dollar). Er ist Chef der 1993 gegründeten Moskauer Finanzgesellschaft SYSTEMA (mehr als 100 Unternehmen mit 30 000 Beschäftigten: Moskauer Bank für Rekonstruktion GUTA, Rüstungsbetrieb VYMPELKOM, Telekommunikation, Immobilienfirmen, Tankstellennetz, Inturist, Detskij mir u. a.).

Unter dem autoritären Jelzin-Regime ist diese dünne Oberschicht der Oligarchen und ihr Anhang Hauptnutznießer der 1991 auf Kosten des Gemeinwohls begonnenen Privatisierung geworden. Diese Oligarchen öffneten das Riesenland nahezu bedingungslos dem internationalen Kapital und stutzten es zugleich auf ein peripheres Entwicklungs- oder Schwellenland zurück. Von 1989 (100 Prozent) bis 1998 fielen das Bruttoinlandprodukt auf 48,7 Prozent und die Bruttoanlageninvestition auf 24 Prozent, die Reallöhne auf 41,5 Prozent.[5] Einen solchen Rückgang des Bruttoinlandprodukts erlebte das Land im 20. Jahrhundert nicht einmal in den beiden Weltkriegen (1914/1917 um 25 Prozent, 1941/1945 um 21 Prozent).[6] Der einstigen Supermacht wird die Rolle eines Energie- und Rohstoffarsenals im Globalisierungsprozeß zugewiesen. Diese beispiellosen Vorgänge – so Solšenizyn – »vermitteln den Eindruck, als sei eine gigantische Pumpe eingeschaltet worden, die aus Rußland alle natürlichen Reichtümer, sein Kapital, sein geistiges Potential absaugt.«[7]

Wie war es möglich, daß acht Jahrzehnte nach der Oktoberrevolution die staatssozialistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse weitgehend aufgelöst und an deren Stelle die Dominanz großer privater Kapitaleigner treten konnte, die heute Rußlands Wirtschaftsleben bestimmen und als mächtige Medienmacher und einflußreiche Politiker offen oder im Hintergrund agieren? Wer sind die Initiatoren und Träger dieses Transformationsprozesses in Richtung Kapitalismus? Wo liegen die Anfänge und Voraussetzungen? Welchen Einfluß nehmen die im Konkurrenzkampf agierenden Oligarchen auf die Staatsmacht?

Wer zeugte den russischen Kapitalismus und stand an seiner Wiege?

Die Systemveränderungen resultierten primär aus dem schon seit längerem wirtschaftlich stagnierenden sowjetischen Staatssozialismus, der sich 1985 zu demokratisieren begonnen hatte. Mehrere Entwicklungspfade waren damals denkbar, die Krise des sowjetischen Staatssozialismus zu überwinden und die Planwirtschaft mit ihrem hohen Zentralisierungsgrad und ihrer extensiven Ausrichtung in eine *effektive Marktwirtschaft* umzuwandeln. Dazu war nicht in erster Linie eine massenhafte und schnelle Privatisierung erforderlich.

Wesentlicher für einen solchen Übergang ist vielmehr der Aufbau einer funktionierenden *Geldwirtschaft*, in der das Geld die Funktion

4 Der 1965 geborene Prochorov schloß 1989 das Moskauer Staatliche internationale Institut für internationale Beziehungen als Ökonom ab und arbeitete danach bis 1992 in der Internationalen Bank für internationale Ökonomische Zusammenarbeit. 1992-1993 war er Vorsitzender der Internationalen Finanzgesellschaft MFK und ist seit 1996 Mitglied des Direktorenrates von NORIL'SKIJ NIKEL'.

5 Vgl. Jan Prieve: Privatisierung und Transformation – Lehren aus Rußland, in: Osteuropa-Wirtschaft, Nr. 1/ 2000, S. 67.

6 Vgl. Izvestija vom 11. 12. 1996.

7 Zitiert nach Süddeutsche Zeitung vom 30. 11./ 1. 12. 1996.

als »Rechenmaßstab, Tauschmittel und Vermögensspeicher wahrnehmen kann.« Harte Budgetrestriktionen für die Unternehmen, »gleich ob ihre Eigentümer privat oder staatlich sind«, entstehen erst durch Herstellung eines funktionsfähigen *Wettbewerbs* auf dem Güter-, Kapital- und Arbeitsmarkt, nicht aber automatisch durch Privatisierung. Erforderlich sind zudem stabile rechtliche und politische Rahmenbedingungen für die Eigentümergruppen.[8]

8 Jan Prieve: Privatisierung, a. a. O., S. 47 f.

Im Chaos des Zerfallsprozesses der UdSSR setzte sich unter Jelzin im sowjetischen Nachfolgestaat Rußland allerdings die Auffassung der sogenannten Radikalreformer (Gaidar, Čubais) durch. Sie sahen in der Massenprivatisierung des Staatseigentums und der »Schocktherapie« das Herzstück der Transformation von der zentralen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Vertreter der marktradikalen und liberalistischen Schulen der USA (Harvard und Chicago) gaben die Strategie wissenschaftlich vor und begleiteten beratend deren Durchsetzung.[9]

9 Vgl. M. Boycko, A. Shleifer, R.W.Vyshny: Privatizing Russia, Cambrigde 1995.

So entstand ein eigenartiger Kapitalismus, gleichsam wie ein Phönix aus der Asche des Staatssozialismus – in einem Lande, in dem der Kapitalismus nur ein schwacher Phönix gewesen war. Er war unterentwickelt und hatte gerade ein halbes Jahrhundert lang existiert, als er im Feuer der Oktoberrevolution 1917 und des nachfolgenden Bürgerkrieges verbrannte. Parallel zu der in ihrer zeitlichen und räumlichen Dimension einmaligen Industrialisierung und den damit verbundenen sozialökonomischen Wandlungen waren in dem stagnierenden Staatssozialismus sowjetischen Typs allmählich Bedingungen entstanden, die einen Umbau der zentralen Planwirtschaft in eine effektive Marktwirtschaft auf die Tagesordnung setzten. Es existierten unterschiedliche Alternativen: Bekanntlich gestalteten die chinesischen Reformkommunisten seit Ende der 70er Jahre ihren eigenen Weg. Auch eine den sowjetischen und russischen Erfahrungen und Bedingungen adäquate Transformation wäre nicht ausgeschlossen gewesen; sie kam aber aus verschiedenen Gründen nicht zustande – nicht zuletzt wegen des Zerfalls der UdSSR 1991.

Es wäre allerdings vereinfacht, von gewaltsamem Export des Kapitalismus nach Rußland zu sprechen. Die kommunistische Nomenklatura der Sowjetunion zeugte diesen neuen Kapitalismus, verhalf ihm zur Geburt und stand Pate. Ein Teil der Nomenklatura begriff seit Anfang der 80er Jahre das Dilemma, hatte kein Vertrauen mehr in die in Agonie gefallene zentralstaatliche Eigentumsordnung auf planwirtschaftlicher Grundlage. In Anknüpfung an Lenins NÖP und die Idee des Genossenschaftswesens suchte die Führung unter Gorbatschow nach einer alternativen Wirtschaft und Gesellschaft, brach zwischen 1985 und 1991 vorsichtig die bisherigen Strukturen auf, dezentralisierte die Wirtschaft und beseitigte das Außenhandelsmonopol. Unter dem Schirm des Außenhandelsministeriums entstanden Handelskooperativen für Ex- und Importgeschäfte. Die durch Ministerien geleiteten Wirtschaftsbranchen sollten in Staatskonzerne (GAZPROM, ROZNEFTEGAZ, ROSUGOL) umgewandelt werden. Zwischen 1987 und 1991 wurde das Monopolbanksystem reformiert. Das ZK der KPdSU und das ZK des Komsomol, das Finanzministerium und die Staatsbank förderten Genossenschafts-, Gemeinschafts- und Geschäftsbanken (VNEŠNEKOM, AGRO, ŽILSOC, MENATEP, ONEKSIM, MFK, AL'FA, INKOM, STOLIČNIJ, AVTO).

Anders als in China wurde unter dem Druck demokratischer Bewegungen und der Systemwandlungen in Osteuropa sowie in den westlichen Republiken der UdSSR schließlich auch das Führungsmonopol der kommunistischen Partei aufgehoben. Noch vor der 1991 beginnenden Privatisierung durch das Jelzin-Regime organisierte die Nomenklatura bereits in der Perestrojka-Periode eine »Entstaatlichung« des Eigentums, ohne jedoch eine alternative Eigentumsordnung auf marktwirtschaftlicher Grundlage aufzubauen. Die neue kommerzielle Elite kam zumeist aus der sowjetischen Nomenklatura – aus den Apparaten der KPdSU, des Komsomol, der Gewerkschaften und der Ministerien sowie aus den Reihen der Betriebsdirektoren sowie der wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Intelligenz. Sie rekrutierte sich aber auch aus der traditionellen »Schattenwirtschaft« und der nach Stalins Tod 1953 wieder erstarkten organisierten Kriminalität.[10] Der Moskauer Politologe Vladimir Pastuchov verglich die kommunistische Nomenklatura mit einer Raupe, die während der Perestrojka gleich einer Puppe überwinterte und sich schließlich in Gestalt eines Schmetterlings als neue Bourgeoisie entpuppte.[11]

Vom Komsomolzen zum ungekrönten König der Oligarchen

Ein entscheidender Teil der Kapitalistenklasse Rußlands rekrutierte sich bereits während der Perestrojka aus der Nomenklatura des Kommunistischen Jugendverbandes; unter dem Jelzin-Regime wurde dieser Prozeß während der legalen Privatisierung fortgesetzt. Der Beschluß des ZK der KPdSU vom 25. Juli 1986 ermöglichte dem Kommunistischen Jugendverband (Komsomol), freie Handelsstrukturen aufzubauen. ZK-Sekretär J. Ligatšov und K. Žatulin initiierten ein Jahr später den Aufbau von Wissenschafts- und Technikzentren des Komsomol. In diesem politischen Rahmen begann die Karriere einiger aktiver Komsomolfunktionäre (Vladimir Potanin, Michail Chodorkovskij, Vladimir Prochorov und Vladimir Vinogradov[12]) zu einflußreichen Finanz- und Industrieoligarchen.

Michail Chodorkovskij[13], Ingenieur-Technologe und Stellvertretender Komsomolsekretär des Chemotechnologischen Instituts Mendelejev sowie eines Moskauer Stadtbezirkes wurde 1987 zum Direktor des Moskauer »Zentrums für wissenschaftlich-technisches Schöpfertum der Jugend« berufen. Er organisierte ein privates Unternehmen, welches für Industriebetriebe wissenschaftlich-technische Programme entwickelte und Marktforschung betrieb. Unterstützt vom Finanzministerium und der Staatsbank, gründete er 1988 mit Gleichgesinnten die »Interbankvereinigung für wissenschaftlich-technischen Fortschritt« (Mežbankovskoe obedinenie Naučno-techničeskogo Progressa – MENATEP), die nach Vereinigung mit der Žilsoc-Bank (1989/90) Rußlands erste Geschäftsbank wurde. K. Žatulin förderte im Auftrag des ZK der KPdSU die Entwicklung zum Aufbau von privaten Unternehmen und Banken, organisierte 1989 eine »Assoziation junger Leiter«, arbeitete mit der Moskauer Börse zusammen, wurde 1990 Mitglied des »Rates für das Unternehmertum beim Präsidenten der UdSSR« und später Vorsitzender der »Internationalen Bank für Handel und Zusammenarbeit der GUS«.

10 Die Moskauer Soziologin Olga Kryštanovskaja ermittelte, daß während der Perestrojka der Kern der neuen wirtschaftlichen Elite vor allem aus folgenden sozialen und politischen Gruppen entstand: Direktoren größerer Betriebe und Angestellte in Ministerien (Promyšleniki) 23 Prozent, ehemalige Komsomolfunktionäre 17 Prozent, Beschäftige von Forschungseinrichtungen 15 Prozent, Angehörige aus wichtigen Ministerien sowie der obersten Schicht der Kultur- und Wissenschaftsintelligenz 8 Prozent (Izvestija vom 18. 5. 1994).
Zum Nomenklatura-Kapitalismus vgl. Izvestija vom 19. 5. 1994 (G. Popov), vom 1. 6. 1994 (J. Burtin, G. Volažov); O. G. Mjasnikov: Smena pravjaščich elit, in: Polis, Nr. 1, Moskva 1993, S. 52 ff.; S. Kordonskij: Rossijskaja politika, in: Vek XX i mir, Nr. 3-4, Moskva 1994, S. 92 ff.; Megapolis Express Nr. 10-11, Moskva 1994, S. 12 ff.; Socis, Nr. 2, Moskva 1994, S. 18 ff.

11 Vgl. V. B. Pastuchov: Ot nomenklatura k buržuazii. »Novye russkie«, in: Polis 2, Moskva 1993, S. 49 ff. Zur Genese der neuen russischen Kapitalisten vgl. V. A. Lisickin, L. A. Šelepin: Rossija pod vlast'ju plutokratii, Moskva 2003, S.148 ff.; A. Muchin: Oligarchii Rossii, Moskva 1999; Ders. Biznes-Elite i gossudarstvennaja vlast': Kto vladeet Rossiej na rubeže vekov, Moskva 2001; Ders.: Imperii četyrech: Alekperov, Berezovskij, Potanin, Chodorkovskij, Moskva 1998; O. Blinova: Imperii trech: Smolenskij, Fridman, Malkin, Moskva 1998; Dies.: Imperii dvuch: Lužkov, Gusinskij, Moskva 1998; A. Amirov, V. Priby-

Von 1991 bis 1994 kam knapp die Hälfte der 200 000 Staatsbetriebe (etwa 50 Prozent des Anlagevermögens) durch die sogenannte Voucher- und Insiderprivatisierung in privates Eigentum. In der Einzelprivatisierung von 29 000 Großbetrieben (1994-1997) durch Geldzahlung (cash-Privatisierung) wuchs der Anteil des privaten Sektors am Bruttoinlandprodukt auf 73 Prozent (36 Prozent der Beschäftigten). Erst unter diesen veränderten Rahmenbedingungen konnte der bis dahin zum Millionär gewordene Chodorkovskij eines der größten Wirtschafts- und Finanzimperien aufbauen. In seinen neuen staatlichen Funktionen seit 1993 (Stellvertretender Minister für Brennstoffe und Energie, Mitglied des Rates für Industriepolitik und des Konsultationsrates für Bankentätigkeit bei der Regierung) nahm er Einfluß auf die Privatisierung, erwarb bis 1997 selbst zahlreiche Staatsbetriebe. Er sicherte sich vor allem Aktienpakete am zweitgrößten staatlichen Erdölkonzern JUKOS (78 Prozent für einen Preis von 350 Millionen Dollar), an der Murmansker Schiffahrtsgesellschaft (24 Prozent für 20 Millionen Dollar) und an der karelischen Holzverarbeitung (51 Prozent für 4,1 Millionen Dollar), aber auch im Medienbereich (Russkij izdatel'skij dom – 79 Prozent, Independent Media – 10 Prozent). So entstand das leistungsstarke Finanz- und Wirtschaftsimperium ROSPROM-MENATEP-JUKOS (175 000 Mitarbeiter in 50 Regionen Rußlands). Er schuf 2001 die Stiftung »Offenes Rußland«, die jährlich 200 Millionen Dollar für Computer- und Fremdsprachenkurse (300 000 Schüler) ausgibt. Er gründete in Moskau die Russische Universität für Geisteswissenschaften und förderte in den Gebieten der Erdölerschließung den Aufbau kultureller Einrichtungen. Er spendete auch der Bibliothek des US-Kongresses und der Carnegie-Stiftung 1,5 Millionen Dollar. Die vom Wallstreet Journal und der Financial Times herausgegebene russische Zeitung Vedomosti kürte 2002 den Ex-Komsomolzen und König der Oligarchen Rußlands zum Unternehmer des Jahres: Sein Hauptunternehmen JUKOS (Börsenwert 2003: 32,8 Milliarden Dollar) brachte 2002 3,8 Milliarden Dollar Jahresgewinn, zahlte 746 Millionen Dollar Einkommenssteuern und investierte 2,4 Milliarden Dollar. 58 Prozent des Gesamtkapitals gehört der Yukos Universal LTD (Tochter eines Gibraltar-Ablegers der MENATEP-Bank), welches sich Chodorkovskij (59,5 Prozent) mit den anderen Managern (40,5 Prozent) teilt.

Ebenfalls aus der Komsomol-Nomenklatura kam der heutige Milliardär *Vladimir Potanin* (Jg.1961)[14]. Als Kind einer sowjetischen Diplomatenfamilie studierte er an der ökonomischen Fakultät des »Staatsinstitutes für internationale Beziehungen« (1978-1983) und arbeitete danach als Komsomolsekretär im Außenhandelsministerium (Sojuzchimexport) und in der RGW-Bank. Dort gründeten er und sein Partner *Michail Prochanov* mit staatlicher Hilfe die Meždunarodnaja Financovaja Kompanija MFK, die mit der USA-Partnerbank »Renaissance Capital« kooperierte und schließlich fusionierte. Die Leitung übernahm Investment-Banker *Boris Aleksejevič Jordan* (Jg. 1966), amerikanischer Staatsbürger aus einer russischen Emigrantenfamilie; er war auch Berater von Privatisierungsminister Čubais. Mit den »eingefrorenen« Einlagen von 30 ehemaligen sowjetischen Außenhandelsorganisationen legte Potanin den Grund-

lovskij (Hrsg.): Rossijskie biznesmeny o menendžery, Moskva (Panorama) 1998; Ogonjok Nr. 43, Moskva 1997; Vostok, 1, 1997, S. 8 f.; Hans-Henning Schröder: Jelzin und die Oligarchen, in: Bundesinstitut für wissenschaftliche und internationale Studien. Sonderveröffentlichung Oktober 1998, Köln 1998; Willi Gerns: Die Herren Rußlands – Genese und Macht der Oligarchen, in: Marxistische Blätter, Heft 3, Essen 2003, S. 19 ff.; Roland Götz: Rußland und seine Unternehmer. Der Fall Chodorkowskij, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 45, November 2003.

12 Der 1. Sekretär des Komsomol des Rüstungskonzerns Atommas, Vladimir Vinogradov (Jg. 1955) gründete mit anderen Technikern und Wissenschaftlern bereits 1988 eine Kooperative, erhielt aus der Komsomolkasse ein Startkapital von 140 Millionen Dollar und gründete die Internationale Geschäftsbank INKOM, die schon 1993 über ein Kapital von 2 Milliarden Dollar verfügte (2000 Beschäftige, 22 Filialen in Rußland sowie Niederlassungen in den USA, Deutschland, der Schweiz und Zypern). Vor dem Börsenkrach 1998 stand sie hinsichtlich ihrer Aktiva an 3. Stelle, allerdings bezüglich ihres Eigenkapitals an 6. Stelle. 1997 kaufte Vinogradov für 712 Millionen Dollar 20 Prozent der Aktien der Östlichen Mineralölgesellschaft VNK. Er hat Kontakte zur Bank of New York. Vgl. Versija 5-11/Februar 2002, Moskau 2002.

13 Vgl. A. Muchin: Imperii četyrech; A. Amirov, V. Pribylovskij (Hrsg.): Rossijskie biznesmeny; Jukos-

stein für die Vereinigte Export- und Import- (ONEKSIM-)Bank und wurde 1993 deren Präsident. Ihr übertrug das Jelzin-Regime den Transfer der staatlichen Budgetmittel (einschließlich der Konten des russischen Zolls), mit denen sie auf den Kapital- und Geldmärkten Profite machte. Potanin war 1994 der erste Oligarch, der eine Industrieholding bei der Regierung als Finanz-Industrie-Gruppe registrieren ließ: seine 1991 gegründete Industrieholding INTERROS. In seiner Tätigkeit im Rat für Wirtschaftspolitik und Unternehmer bei der Regierung beeinflußte er die Privatisierung der Filetstücke des staatssozialistischen Eigentums. Auf Initiative des damals einflußreichsten Oligarchen Berezovskij finanzierte Potanin mit weiteren sechs Bankchefs die Wiederwahl Jelzins. Daraus erklärt sich deren Aufstieg in die Regierung. Auch Potanin wurde 1996 zum ersten Stellvertreter des Ministerpräsidenten Viktor Černomyrdin berufen und beeinflußte maßgeblich die Entscheidungen des Kabinetts zugunsten seines entstehenden Imperiums. Er erhielt Vorzugsbedingungen auf den sogenannten Pfandauktionen und erwarb Aktienpakete des Telekomriesen SVJAZ'INVEST (25 Prozent für 1,9 Milliarden Dollar, von denen Börsenspekulant Soros 1 Milliarden Dollar trug), des größten Buntmetallkonzerns NORIL'SKIJ NIKEL' (38 Prozent für 170,1 Millionen Dollar), der sibirisch-fernöstlichen Erdölgesellschaft SIDANKO (34 Prozent für 131 Millionen Dollar) sowie der Nordwestlichen Schiffahrtsgesellschaft (25,5 Prozent für 6 Millionen Dollar). Potanin setzte beim Finanzminister durch, daß die von seiner Bank betreute Moskauer Produktionsvereinigung Flugzeugbau MAPO einen Staatskredit in Höhe von 237 Millionen Dollar erhielt, und erreichte umfangreiche Steuerbefreiung für einen Teil seiner Betriebe. Der Finanzoligarch schuf die Holding PROFMEDIA mit Aktienanteilen an Printmedien (Wirtschaftsmagazin Ekspert – 25 Prozent, Izvestija – 50,1 Prozent, Komsomol'ckaja Pravda – 20 Prozent). Jelzin zeichnete 1999 den frischgebackenen Milliardär mit dem Ehrenzeichen »Mäzen des Jahres« aus.

Aufstieg vom Minister zum Milliardär

Rußlands neue Kapitalistenklasse kam daneben auch aus der sowjetischen Staats- und Wirtschaftsnomenklatura (Aleksander Pavlovič Smolenskij[15], Rem Ivanovič Vjachirev, Vagit Jusufovič Alekperov). An der Erdgas- und Erdölbranche, die über Rußlands Zukunft wesentlich mitentscheidet, ist der gegenwärtige Zustand und denkbare Entwicklungen der Transformation teilweise ablesbar. Im Zuge der Privatisierung 1992 wurde die staatliche Erdölbranche in 14 Aktiengesellschaften aufgeteilt, die zunächst vom Staatsunternehmen Rußländisches Erdöl ROSNEFT' mit 47 regionalen Förderunternehmen treuhänderisch verwaltet wurden. Die entstehenden (Proto-)Oligarchen nutzten ihren Einfluß auf die Staatsmacht und teilten im folgenden Jahrzehnt die Hälfte dieser Mineralölgesellschaften untereinander auf. Die größte von ihnen war um 1996 LUKOJL (drei Fördergebiete in Westsibirien, zwei in der Wolgaregion, je eines im Ural und im Kaliningrader Gebiet) mit einem Anteil von 24,4 Prozent an der Erdölförderung Rußlands (60 Mio t). Zu ihrem Präsidenten wurde 1991 der einstige stellvertretende Minister der Erdöl- und

Webseite http:/www.ygos.ru/files/4453/Ykos_GAAP_2002_final.pdf;

14 Roland Götz: Rußlands (un)heimliche Herrscher. Zum Beispiel Das Finanzimperium ONEKSIM, in: Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr. 42/1997.

15 Der 1954 geborene Smolenskij schloß sein Fernstudium an einem geologisch-technologischen Institut 1972 als Ökonom ab und arbeitete danach in Handelsunternehmen und Druckereien. 1981 wurde er wegen Diebstahls von Staatseigentum und privater Unternehmertätigkeit zu 12 Jahren verurteilt. Mit Genehmigung des KGB leistete er diese Strafe als Meister auf Baustellen bis 1983 ab, arbeitete danach als Ingenieur am olympischen Sportkomplex in Moskau und war bis 1987 Stellvertretender Leiter einer Spezialbauverwaltung und wurde 1987 Vorsitzender der größten Baugenossenschaft des Landes (Moskau-3). 1989 gründete er mit Unterstützung des damaligen Innenministers Bakatin und des Moskauer Bürgermeisters Popov die Kooperativbank STOLYČNYJ (seit 1994 Stolyčnyj Bank Sperežny SBS). Er kaufte 1996 Rußlands zweitgrößte Bank (nach der Sberbank), die AGRO-Bank mit ihren 1 300 Zweigstellen und 1,3 Millionen Kunden auf (SPS-AGRO). Sie kontrolliert nicht nur Massenmedien (ORT, SNS), sondern über die zur Bankgruppe gehörende Zoloto-Platina-Bank auch einen Teil der Förderung und Verkauf mit Edelmetallen (Industrie-Finanz-Gruppe DRAGOCENNOSTI URALA.

Gasindustrie der UdSSR *Alekperov*[16] durch Jelzin ernannt. Seitdem verwaltet er die Anteile der Russischen Föderation (26,6 Pro-zent), des Managements NIKOJL (10,5 Prozent) und des Rentenfonds LUKOJL-GARANT (7,3 Prozent). Ausländische Personen erwarben ein Drittel des Aktienanteils (u. a. Atlantic Richfield Co-ARCO). Der Konzern besitzt zwei Raffinerien, acht regionale Vertriebsfirmen und eine Kette von Supermarkttankstellen. Alekperov schuf auch einen Medienbereich (59,4 Prozent der Izvestija, 30 Prozent NTV, die Produktionsfirma für Fernsehprogramme TSN).

In weiteren acht Ölgesellschaften sicherten sich die finanzkräftigsten Oligarchen die folgenden Anteile an der Gesamterdölförderung: *Chodorkovskij* erhielt die zweitgrößte Gesellschaft JUKOS (12,6 Prozent) und die Östliche Erdölgesellschaft VNK (3,7 Prozent), *Bogdanov* SURGUTNEFT' (11,6 Prozent), *Potanin* die sibirisch-fernöstliche Gesellschaft SIDANKO (8,8 Prozent), *Berezovskij, Abramovič, Fridman* und *Wechselberg* die Tjumener und Sibirischen Ölgesellschaften TNK und SIBNEFT' (14 Prozent), die russisch-belorussische SLAVNEFT' (4,8 Prozent) und KOMITEK (1,7 Prozent).

Im Konkurrenzkampf der Oligarchen veränderte sich in den vergangenen Jahren das Kräfteverhältnis in der Erdölbranche. *Simon Kukes* (Jg. 1957), ein Absolvent des Moskauer Mendelejev-Instituts, der 1978 in die USA emigrierte und zum Vizepräsidenten des Öl-Konzerns AMACO aufstieg, war von 1995 bis 1997 in der Konzernleitung von JUKOS tätig. Danach übernahm er die Tjumener Gesellschaft TNK und organisierte den Einstieg von British Petroleum (50 Prozent der Aktienanteile für 6,5 Milliarden Dollar). Chodorkovskij wollte seine Macht auch unter Putin ausbauen. Er unterstützte nicht nur die Opposition gegen den Kremlherrn im Vorfeld der Wahlen im Dezember 2003, sondern drängte vor allem auf die Privatisierung der noch verbliebenen staatlichen Erdölgesellschaften, verlangte Zugriff auf das staatliche Pipelinenetz TRANSNEFT' und auf neue Erschließungsgebiete. Als Anfang Oktober 2003 der weltgrößte Erdölkonzern EXXON MOBIL versuchte, 40 bis 50 Prozent der JUKOS-Aktien für 25 Milliarden Dollar zu übernehmen, schien dem Kreml das Maß voll. Chodorkovskij wurde verhaftet. Sein Stellvertreter Leonid Nevzlin setzte sich nach Israel ab. Zuvor waren schon der Sicherheitschef von JUKOS, Alexej Pitčugin, wegen Mordverdacht und der Präsident der Bankenabteilung der JUKOS-Tochter MENATEP, Platon Lebedev, wegen Steuerhinterziehung und Urkundenfälschung inhaftiert worden. Ob Putin vor seiner Wiederwahl als Präsident sein vor vier Jahren gegebenes Versprechen einhalten will, er werde »die Oligarchen als Klasse vernichten«? Unter seiner Präsidentschaft flüchtete *Boris Berezovskij* nach Großbritannien, und der Medienzar *Vladimir Gusinskij* fand Asyl in Spanien. Putin kann sich bei diesen Aktionen auf die Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit stützen. Der Analytiker Sergej Markov bestätigt diese Grundstimmung: »Als Rußland die Privatisierung durchführte, ging man von der Idee aus, daß Privateigentum effizienter sei als Staatseigentum. Nicht aber von der Idee, daß man das Eigentum an die USA verkauft und daß Chodorkovskij dafür den Profit einheimst.«[17]

16 Der 1950 in einer Bakuer Nomenklaturfamilie geborene Alekperov schloß 1974 sein Ingenieurstudium auf dem Gebiet der Technologie der Erdöl- und Erdgaserkundung ab. Nach fast zwei Jahrzehnten als Stellvertretender Generaldirektor der Erdölkombinate KASPROMNEFT', SURGUTNEFT' und BASNEFT', danach Chef der Produktionsvereinigung KOGALYMNEFT'GAZ stieg er 1990 zum stellvertretenden Minister der Erdölbranche auf; vgl. A. Muchin: Imperii Četyrech.

17 Moscow Times vom 30. Oktober 2003.

Nach der Verhaftung von Chodorkovskij wechselte Simon Kukes von SIBNEFT' erneut in den Vorstand von JUKOS und wurde dessen Vorsitzender. In der oberen Etage sitzen zwei weitere US-Bürger (Bruce Misamor, Steeven Teede). Durch die Fusion mit SIBNEFT (Aktienanteil der AL'FA-Gruppe von Abramovič an JUKOS beträgt gegenwärtig 26 Prozent) entstand nach SHELL und EXXON der drittgrößte Erdölkonzern der Welt. Im Staatsbesitz der russischen Erdölbranche verblieben lediglich der Treuhandanteil von LUKOJL, das Pipelinenetz TRANSNEFT' sowie die Unternehmen ROSNEFT', ONAKO (Orenburg), TATNEFT' (Tatarstan) und BASNEFT' (Baschkirien). Sie erbringen noch ein Fünftel der Erdölförderung. Stand die UdSSR Ende der 80er Jahre bei der Erdölförderung an der Spitze der Weltrangliste, so besetzte Rußland 1998 nur noch den dritten Platz nach Saudi-Arabien und den USA.[18]

»Was für GAZPROM gut ist, ist auch für Rußland gut!«

Mit der Umwandlung des sowjetischen Erdgasministeriums in das Riesenunternehmen Gazovaja promyšlennost' GAZPROM entstand der weltgrößte Gaskonzern (380 000 Beschäftigte, 70 Gasvorkommen, 16 unterirdische Gasspeicherstationen, 148 200 km Pipelines, 125 Bohrfirmen, 118 Bau- und Montagefirmen, 21 Reparatur- und Maschinenbaufirmen, Handelsunternehmen, Forschungs- und Weiterbildungszentren, Landwirtschaftsbetriebe). GAZPROM erzeugt ein Viertel der Weltgasproduktion, erwirtschaftet jährlich 7 Milliarden Dollar Gewinn und bringt dem Staat ein Viertel des Steueraufkommens und der Deviseneinnahmen.[19] Zudem versorgt er die Binnenwirtschaft mit dem lebenswichtigen Energieträger und sichert das wirtschaftliche und soziale Leben in den riesigen Regionen der Erdgasförderung wie der Städte Urengoj oder Nadym.

Wie wurde das Privatisierungskonzept des Jelzin-Regimes in diesem Wirtschaftsbereich umgesetzt? Nach dem Zerfall der UdSSR ging die Gasbranche in den föderalen Besitz Rußlands und wurde bald ein Objekt der Begierde für das in- und ausländische Kapital. Jelzins Privatisierungsdekret vom 1. Juni 1992 entschied, den Staatskonzern GAZPROM in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Der staatliche Mindestanteil ist mit 35 Prozent festgelegt und beträgt gegenwärtig 40 Prozent. In der Voucher-Privatisierung wurden u. a. 34 Prozent der Aktien an die Fördergebiete und 15 Prozent an die Belegschaft verkauft (5,2 Prozent waren für die ethnischen Minderheiten im Autonomen Bezirk Jamal-Nenzen bestimmt). Der Anteil ausländischer Besitzer liegt bei 4,5 Prozent (3,5 Prozent Ruhrgas AG, 1 Prozent US-Börsenwertpapiere). Der damalige Öl- und Gasminister *Viktor Černomyrdin* baute die Konzernverwaltung praktisch aus dem Personal seines Ministeriums auf. Nach seiner Berufung zum Ministerpräsidenten Rußands (1992) übernahm sein bisheriger Stellvertreter *Rem Vjachirev* (Jg.1934) die Konzernleitung. Er ist Spezialist für Erdöl- und Gasfundstellen und arbeitete als Hauptingenieur der Produktionsvereinigung Orenburggazprom (1978-1982), bevor er 1983 zum stellvertretenden Minister für Gaswirtschaft berufen wurde. GAZPROM besitzt größere Anteile an der Nationalen Reservebank (57 Prozent), der INKOM-Bank (44 Prozent) und der Industriebau-Bank (25 Prozent). Die 1998 entstandene Holding

18 Vgl. Roland Götz: Großfusion in der russischen Erdölbranche, in: Aktuelle Analysen des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 9, Köln 1998; Jan Prieve, Privatisierung, S. 48 ff.
A. Muchin: Imperii četyrech; Nina Baškatova: Patrioten und Oligarchen, in: Le Monde diplomatique, Dezember 2003, S. 12 f.

19 Vgl. Heiko Pleines, Kirsten Westphal: Rußlands Gazprom (I), in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 33, Köln 1999; Andreas Heinrich: Rußlands Gazprom (II), in: ebenda, Nr. 34, Köln 1999.

GAZPROM-MEDIA kontrolliert etwa 100 regionale Printmedien und besitzt 30 Prozent der Aktien von NTV. Der Konzernchef ist Mitglied des Direktorenrates vom Fernsehsender ORT. Sein Sohn Juri Removič wurde 1998 erster Stellvertretender Generaldirektor der GAZPROM-Tochter GAZPROMEKSPORT, des weltweit größten Gasexporteurs (50 Prozent Osteuropa, 20 Prozent Westeuropa).

Bisher scheiterten alle Versuche des IWF wie auch der sogenannten Reformer Jegor Gajdar und Boris Nemcov, den Staatskonzern zu privatisieren oder die Preise auf dem Binnenmarkt für Haushalte und für Industrie (bisher 23 Dollar bzw. 47 Dollar pro 1000 m^3) auf das Niveau der Exportpreise (88,5 Dollar) anzuheben. Vjachirev lehnte ein solches Ansinnen mit der Begründung ab, daß GAZPROM nicht einfach Gas produziere und verkaufe, sondern »eine volksnahe, sozialorientierte Politik verfolgt.«[20]

20 Nezavisimaja Gazeta, 25. 3. 1997

»Ursprüngliche Akkumulation« oder »Prichvatiščija«?

Dem kenntnisreichen Spezialisten zur ökonomischen Transformation Rußlands, Roland Götz (Stiftung Wissenschaft und Politik), gefällt ganz und gar nicht, daß der von Lenin und Hilferding – für das den Staat kontrollierende und dirigierende Großkapital – geprägte Begriff »Finanzoligarchie« auf die russischen Bankiers und Großunternehmer angewendet wird. Rußland sei »eher ein von Bürokratieclans regierter Staat«. Obwohl sie wenig Skrupel besitzen, hätten die neuen russischen Bankiers und Großunternehmer »gleichzeitig aber auch viel Wagemut (bewiesen), wenn sie ihr neu erworbenes Kapital (sic!) in marode russische Staatsbetriebe investierten«. Ohne ernsthafte Analyse der marxistischen Theorie und der sowjetischen Industrialisierung behauptet er: »In historischer Perspektive haben Chodorkovskij und seine Kollegen das getan, was Marx die ›ursprüngliche Akkumulation des Kapitals‹ nannte: Sie häuften die 1917 konfiszierten großen Privatvermögen in Rußland erneut an.«[21]

21 Roland Götz: Rußland und seine Unternehmer, S. 4.

Doch es ging seit den 90er Jahren in Rußland nicht um eine »ursprüngliche Akkumulation des Kapitals«, auch nicht um eine Anhäufung des »1917 in Rußland ... konfiszierten Kapitals«. Der Autor »übersieht«, was die Völker der UdSSR in sieben Jahrzehnten trotz zaristischen Erbes, trotz Schrecken des Stalinregimes, der beispiellosen Zerstörungen und vierjährigen Okkupation Deutschlands an gesellschaftlichem Reichtum und sozialem Fortschritt bis 1989 bereits geschaffen hatten.

Die Art und Weise der vom autoritären Jelzin-Regime und von sogenannten Reformern im Eiltempo durchgeführten, von westlichen Beratern und dem IWF dirigierten radikalen Privatisierung lag – wie sich nach der ersten Euphorie herausstellte – durchaus nicht im Interesse der übergroßen Bevölkerungsmehrheit. Diese Privatisierung war eigentlich eine »Prichvatisacija« (abgeleitet vom russischen Verb prichvatit' – an sich raffen, sich bemächtigen). Daß der Reichtum dieser Oligarchen durch die kriminelle Aneignung von Staats- und Nationalreichtum entstanden ist, erhellen die Auktionen im Dezember 1995: Ex-Komsomolze Chodorkovskij kaufte den größten Teil der 45 Prozent Aktien von JUKOS für einen willkürlich niedrig festgelegten Preis von 159 Millionen Dollar; acht Monate später betrug ihr Marktwert bereits 6 214 Millionen Dollar (2003: 32,8 Mil-

liarden Dollar). Sein »Kollege« aus dem einstigen Komsomol, Potanin, erhielt die zum Verkauf angebotenen 51 Prozent Aktienpakete des größten russischen Buntmetallkonzerns NORIL'SKIJ NIKEL' für nur 170 Millionen Dollar, ihr tatsächlicher Marktwert betrug zu dieser Zeit das Doppelte und 2001 bereits 10 Milliarden Dollar. Ein Teil des Milliardenvermögens von Berezovskij, Fridman und Abramovič ist u. a. darin begründet, daß die 1995 von ihnen für 100 Millionen Dollar erworbenen 51 Prozent der Aktienpakete von SIBNEFT' wenig später mit einem Marktwert von 4 968 Millionen Dollar ausgewiesen wurden und im Jahre 2000 einen Reingewinn von 674,8 Millionen Dollar brachten. Hinzu kommt, daß Finanzoligarchen einschließlich mafioser Gruppen seit einem Jahrzehnt einen beträchtlichen Teil des gesellschaftlichen Reichtums (jährlich mindestens zehn Milliarden Dollar) unkontrolliert außer Landes bringen, so daß auch die Investitionsquote in Rußlands Industrie und Landwirtschaft immer weiter zurückgeht. In Abwandlung eines Dichterwortes gilt auch für Rußland, daß es kaum einen Unterschied gibt zwischen der Ausplünderung und der Gründung eines Konzerns: Einige Nomenklatura aus der Staats- und Wirtschaftsbürokratie, dem Komsomol und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz »erwarben« für ein paar Millionen (die ihnen seit Ende der 80er Jahre aus der Staatsbank, dem Finanz- und Außenministerium oder Partei- und Komsomolkassen illegal zugewiesen worden waren) auf den selbst inszenierten Insider-Auktionen das in mehreren Generationen akkumulierte Volksvermögen und schafften so den Sprung zum mehrfachen Milliardär.

Die Verallgemeinerung von Götz kommt der Wahrheit sehr nahe: Die neuen Oligarchen erfüllten »geradezu eine weltpolitische Funktion, die sehr im Interesse der westlichen Staatengemeinschaft lag (sic!). Sie demolierten, angeleitet von westlichen Beratern und in Kooperation mit den zu Miteigentümern mutierten Parteifunktionären, die ökonomische Basis der ehemaligen Staatswirtschaft und machten damit die marktwirtschaftlich-kapitalistische Entwicklung Rußlands unumkehrbar«[22]. Da Geschichte auch künftig offenbleibt, ist die Unumkehrbarkeit dieser Entwicklung wohl auch offen.

22 Ebenda.

 UTOPIE kreativ, H. 161 (März 2004), S. 268-271

Aufruf der sozialen Bewegungen und Massenorganisationen Mumbai, Indien, Januar 2004

Wir, die in Mumbai, Indien, versammelten sozialen Bewegungen teilen den Kampf der Völker in Indien und aller Asiaten. Wir sprechen erneut unsere Opposition gegen das neoliberale System aus, das wirtschaftliche, soziale und Umweltkrisen produziert und Krieg hervorbringt. Unsere Mobilisierung gegen Krieg und tiefe soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeiten hat dazu gedient, das wahre Gesicht des Neoliberalismus zu entlarven.

Wir sind hier versammelt, um den Widerstand gegen den Kapitalismus zu organisieren und Alternativen zu finden. Unser Widerstand begann in Chiapas, Seattle und Genua und führte zu einer weltweiten massenhaften Mobilisierung gegen den Irak-Krieg am 15. Februar 2003, die die Strategie des globalen, ständig weitergehenden Krieges der Regierung der Vereinigten Staaten und ihrer Alliierten verurteilte. Es ist dieser Widerstand, der zum Sieg über die WTO in Cancun geführt hat.

Die Besetzung des Irak zeigte der ganzen Welt die bestehenden Zusammenhänge zwischen Militarismus und wirtschaftlicher Vorherrschaft durch die multinationalen Konzerne. Darüber hinaus hat sie auch die Gründe für unsere Mobilisierung gerechtfertigt.

Als soziale Bewegungen und Massenorganisationen bestätigen wir unser Engagement, die neoliberale Globalisierung, den Imperialismus, Krieg, Rassismus, das Kastensystem, den Kulturimperialismus, Armut, Patriarchat und alle Formen der Diskriminierung – wirtschaftliche, soziale, politische, ethnische, geschlechtliche, sexuelle, einschließlich die der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität – zu bekämpfen. Wir sind auch gegen alle Diskriminierungen von Personen, die über geringere Kapazitäten verfügen oder an tödlichen Krankheiten, z. B. Aids, leiden.

Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit, Zugang zu natürlichen Ressourcen – Land, Wasser und Saatgut – Menschen- und Bürgerrechte, partizipative Demokratie, die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter, wie in internationalen Verträgen garantiert, Frauenrechte und auch für das Recht der Völker auf Selbstbestimmung.

Wir sind Befürworter des Friedens, der internationalen Kooperation, und wir fördern nachhaltige Gesellschaften, die in der Lage sind, Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Grundgütern zu gewähren. Gleichzeitig lehnen wir soziale und patriarchale Gewalt gegen Frauen ab.

Wir rufen zu Massenkundgebungen am 8. März, dem internationalen Tag der Frau, auf.

Wir bekämpfen alle Formen des Terrorismus, einschließlich des Staatsterrorismus. Gleichzeitig lehnen wir die Benutzung des Terrorismus zur Kriminalisierung von Volksbewegungen und zur Zurückhaltung von zivilen Aktivisten ab. Das so genannte Gesetz gegen den Terrorismus schränkt Bürgerrechte und demokratische Freiheiten in der ganzen Welt ein.

Wir befürworten den Kampf aller Bauern, Arbeiter, urbaner sozialer Bewegungen und aller Menschen, die in Gefahr sind, ihr Obdach, ihre Arbeit, ihr Land oder ihre Rechte zu verlieren. Wir befürworten auch den Kampf für den Schutz der gemeinsamen, öffentlichen Güter, z. B. der Altersrenten und der sozialen Sicherungssysteme in Europa.

Der Erfolg der massiven Mobilisierung des bolivianischen Volkes zur Verteidigung seiner natürlichen Ressourcen, Demokratie und Souveränität zeugt von der Stärke und den Potentialen unserer Bewegungen. Gleichzeitig kämpfen Bauern rund um die Welt gegen die multinationalen Konzerne und die neoliberale korporative Landwirtschaftspolitik, verlangen die Souveränität über ihr Land und demokratische Landreform.

Wir rufen zur Solidarität mit allen Bauern am 17. April, dem Internationalen Tag der Bauernkämpfe, auf.

Wir identifizieren uns mit dem Kampf der Massenbewegungen und der Volksbewegungen in Indien, und gemeinsam mit ihnen verurteilen wir die politischen und ideologischen Kräfte, die Gewalt, Sektierertum, Ausgrenzung und auf Religion und Rasse gegründeten Nationalismus befördern.

Wir verurteilen die Bedrohung, Festnahmen, Folter und Ermordung sozialer Aktivisten, die Gemeinschaften gegründet haben, um für globale Gerechtigkeit zu kämpfen. Wir verurteilen Diskriminierung aufgrund von Kaste, Klasse, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung und Identität. Wir verurteilen die fortgesetzte Gewalt und Unterdrückung von Frauen durch kulturelle, religiöse und traditionelle Formen der Diskriminierung.

Wir unterstützen die Anstrengungen der Massenbewegungen und der Volksbewegungen in Indien und Asien, die den Kampf für Gerechtigkeit, Gleichheit und Menschenrechte fördern, insbesondere den der Dalits, Adivasis und der am meisten unterdrückten und ausgebeuteten Teile der Gesellschaft. Die neoliberale Politik der indischen Regierung hat die Marginalisierung und soziale Unterdrückung, die die Dalits in der Geschichte ertragen mussten, verschärft.

Aus allen diesen Gründen unterstützen wir den Kampf aller Marginalisierten in der ganzen Welt und rufen alle weltweit auf, dem Aufruf der Dalits für einen Tag der Mobilisierung für soziale Integration Folge zu leisten.

Um vor seiner Legitimitätskrise zu fliehen, nutzt der globale Kapitalismus Gewalt und Krieg, um eine gegen die Völker gerichtete Ordnung aufrecht zu erhalten. Wir fordern, dass die Regierungen dem Militarismus, Krieg und Rüstungsausgaben ein Ende setzen und verlangen die Schließung der US-Militärbasen, da sie ein Risiko und eine Bedrohung der Menschheit und des Lebens auf Erden darstellen. Wir müssen dem Beispiel des Volks von Puerto Rico Folge lei-

sten, die die US zwangen, ihre Basis in Vieques zu schließen. Die Opposition gegen die globale Kriegsmaschinerie bleibt das Hauptziel unser Mobilisierung rund um die Welt.

Wir rufen alle Bürger der Welt auf, gleichzeitig am 20. März zu einem Internationalen Tag des Protests gegen Krieg und das durch die USA, Großbritannien und die Alliierten erzwungene Besatzungsregime im Irak zu mobilisieren.

In jedem Land entwickeln die Antikriegskräfte ihren eigenen Konsensus und ihre eigene Taktik, um eine so breite Teilnahme und Mobilisierung wie möglich zu garantieren. Wir fordern den sofortigen Rückzug aller Besatzungstruppen und unterstützen das Recht der Irakis auf Selbstbestimmung und Souveränität sowie ihr Recht auf Reparationen für alle durch Embargo und Krieg verursachten Schäden.

Der Kampf gegen den Terrorismus dient nicht nur als Vorwand für die Fortsetzung des Krieges und der Besatzung im Irak und Afghanistan, sondern auch dazu, die Weltgemeinschaft zu bedrohen und anzugreifen. Gleichzeitig erhalten die Vereinigten Staaten ein kriminelles Embargo gegen Kuba aufrecht und destabilisieren Venezuela.

Wie rufen alle Menschen auf, in diesem Jahr der Mobilisierung für das palästinensische Volk maximale Unterstützung zu gewähren, insbesondere am 30. März, dem Tag des Palästinensischen Landes, gegen den Bau der Apartheidmauer.

Wir verurteilen imperialistische Kräfte, die religiöse, ethnische, rassistische und Stammeskonflikte hervorbringen, um ihre eigenen Interessen zu begünstigen, das Leid der Menschen vergrößern und den Hass und die Gewalt zwischen ihnen vervielfachen. Mehr als 80 Prozent der gegenwärtigen Konflikte auf der Welt sind interner Art und betreffen besonders afrikanische und asiatische Gemeinschaften.

Wir verurteilen die unerträgliche Schuldensituation in den armen Ländern der Welt und ihre Nutzung zur Zwangsausübung durch Regierungen, multinationale Konzerne und internationale Finanzorganisationen. Wir fordern nachdrücklich den völligen Erlass und die Ablehnung der unrechtmäßigen Schulden der Dritten Welt. Als Vorbedingung zur Erfüllung der grundlegenden wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Rechte verlangen wir auch die Wiedergabe aller Gegenstände der langjährigen Plünderungen der Dritten Welt. Wir unterstützen ganz besonders den Kampf der afrikanischen Völker und ihrer sozialen Bewegungen.

Nochmals erheben wir unsere Stimmen gegen den G8-Gipfel und die Treffen des IMF und der Weltbank, die die größte Verantwortung für den Raub an ganzen Gemeinschaften tragen. Wir lehnen die Durchsetzung regionaler und bilateraler Freihandelsabkommen – so z. B. FTAA, NAFTA, CAFTA, AGOA, NEPAD, Euro-Med, AFTA und ASEAN – ab. Wir sind Millionen von Menschen, die im Kampf gegen unseren gemeinsamen Feind, die WTO, vereint sind.

Die eingeborenen Völker kämpfen gegen Patente auf alle Arten von Lebensformen und den Diebstahl der Artenvielfalt, von Wasser und Land. Wir sind vereint im Kampf gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und öffentlicher Güter.

Wir rufen alle auf, für das Recht auf Wasser als einer Lebensgrundlage aufzustehen, die nicht privatisiert werden kann. Wir versuchen die Kontrolle über öffentliche, gemeinsame Güter und natürliche Ressourcen, die privatisiert wurden und an transnationale Unternehmen und den Privatsektor gegangen sind, zurück zu gewinnen.

In Cancun symbolisierte der Tod Lees das Leid von Millionen von Bauern und armer Leute auf der ganzen Welt, die vom »freien Markt« ausgeschlossen sind. Seine Selbstverbrennung ist ein Symbol für unseren Kampf gegen die WTO. Dies unterstützt unsere Entschlossenheit, jedem Versuch zur Wiederbelebung der WTO zu widerstehen. Die WTO soll sich raushalten aus der Landwirtschaft, der Nahrungsindustrie, dem Gesundheitssektor, dem Zugang zu Wasser, der Bildung, den natürlichen Ressourcen und den öffentlichen Gütern.

Mit dieser Überzeugung im Herzen rufen wir alle sozialen Bewegungen und Massenorganisationen der Welt auf, an den Demonstrationen in Hong Kong oder in jedem anderen Ort, wo die WTO Ministerrunde halten werden wird, teilzunehmen. Vereinen wir unsere Kräfte im Kampf gegen die Privatisierung und für die Verteidigung der öffentlichen Güter, der Umwelt, der Landwirtschaft, des Wassers, der Gesundheitsfürsorge, der öffentlichen Dienstleistungen und der Bildung.

Um unsere Ziele zu erreichen, wiederholen wir unseren drängenden Wunsch, das Netzwerk der sozialen Bewegungen und unsere Fähigkeit zum Widerstand zu stärken!

GLOBALISIEREN WIR DEN KAMPF!
GLOBALISIEREN WIR DIE HOFFNUNG!

 UTOPIE kreativ, H. 161 (März 2004), S. 272-275

ULRICH BUSCH

Perspektiven kapitalistischer Ökonomie

Im Herbstgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute wird für das Jahr 2004 eine Belebung der Konjunktur prognostiziert, aber kein durchgreifender Aufschwung. Es bleibt unklar, ob es der deutschen Wirtschaft gelingen wird, die seit Herbst 2000 andauernde hartnäckige Stagnationsphase zu beenden, oder ob im Jahr 2005 eine erneute Konjunkturschwäche droht.

Zur Erörterung der damit aufgeworfenen Fragen zu den aktuellen Konjunkturaussichten, ihrer kritischen Analyse, Bewertung und theoretischen Interpretation führten »Helle Panke« und »WISSEN-Transfer« am 6. Dezember 2003 in Berlin eine gemeinsame Konferenz durch. Getragen wurde diese ausnehmend gut besuchte und durch eine lebhafte Debatte geprägte ganztägige Veranstaltung von sieben Referaten und zahlreichen Kurzbeiträgen sowie Anfragen und Statements aus dem Publikum.

Ulrich Busch – Jg. 1951, Doz. Dr. oec. habil., Bankkaufmann, Finanzwissenschaftler, Veröffentlichungen zur ökonomischen Theorie und Politik, zuletzt in UTOPIE kreativ: Alternative Geldtheorien und linker Geldfetischismus, Heft 160 (Februar 2004).

Das Einführungsreferat wurde von *Jörg Huffschmid* gehalten. Er beschrieb die momentane Situation in der Europäischen Union wenig optimistisch als einen Teufelskreis sich selbst verstärkender Schwächen, gekennzeichnet durch Stagnation, Investitionszurückhaltung, steigende Arbeitslosigkeit und zunehmende Umverteilung von unten nach oben. Das zu erwartende geringe Wirtschaftswachstum von ein bis zwei Prozent generiere sich nicht innerhalb der EU, sondern sei ein Echo auf Wachstumsprozesse in Amerika und Asien. Im Unterschied zu den Krisen der 70er und 80er Jahre sei die gegenwärtige Krise jedoch nicht Ausdruck einer Überakkumulation von Kapital, sondern fehlender Nachfrage, weshalb die klassischen Strategien des Kapitals zur Krisenbewältigung derzeit auch nicht griffen, sondern diese eher noch verstärkten. Die Wirtschaftspolitik, so Huffschmid, reagiere hierauf vor allem kontraproduktiv. Als Beispiele dafür nannte er neben der restriktiven Geldpolitik der EZB die durch einen sich selbst auferlegten »Sparzwang« handlungsunfähig gewordene Fiskalpolitik, die im Zeichen der »Reformen« und Einsparungen agierende Sozialpolitik sowie die ohne große Effekte verpuffende Strukturpolitik der EU. Unter diesen Bedingungen könne die Europäische Union für die Weltwirtschaft kein Wachstumsmotor sein; bestenfalls greife sie Impulse aus anderen Regionen auf. Um mehr zu bewirken, müßten die politischen Weichen in Europa anders gestellt werden. Notwendig seien vor allem: Wachstumsförderung, Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung von oben nach unten sowie eine Stärkung der effektiven Nachfrage.

Prof. Dr. Jörg Huffschmid: Wachstumsmotor EU-Kapitalismus? Chancen und Risiken der erweiterten EU in einer globalisierten Ökonomie.

Jörg Huffschmid: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, aktualisierte und erweiterte Auflage, Hamburg 2002.

Als zweiter Redner sprach *Joachim Bischoff*. Er zeichnete für die Bundesrepublik Deutschland ein Bild des Vor-sich-hin-Dümpelns

Dr. Joachim Bischoff: Perspektive Stagnation? Vom Wirtschaftswunder zur chronischen Wachstumsschwäche.

zwischen +1 und -1 Prozent Wirtschaftswachstum. Die Frage sei, wie lange dies gehe, ohne daß aus der Stagnation eine Rezession werde? Bei der Diskussion möglicher Szenarien arbeitete Bischoff die Bedeutung des Exports heraus und zeigte die Wirkung einer nachhaltigen Euro- Aufwertung für die deutsche Wirtschaft auf. Insgesamt, so der Redner, befinde sich die Situation durchaus in Übereinstimmung mit der Langfristprognose von Keynes, welcher eine nachlassende Kapitalknappheit und geringe Prosperität für den entwickelten Kapitalismus als typisch vorhersagte. Die Folge sei u. a. ein Umverteilungsdruck, um die Zinsansprüche des Geldkapitals sicher zu stellen. Dieser sei heute in Europa allenthalben zu spüren, wie ein Aufsatz von Christoph Deutschmann in der *Frankfurter Rundschau* vom 2. Dezember belege.

Joachim Bischoff: Flexibler Kapitalismus, Hamburg 2003.

In der Diskussion dazu ergriff u. a. *Hans Mittelbach* das Wort und demonstrierte anhand neuester Daten, daß eine Steigerung der Unternehmensgewinne nicht automatisch zu mehr Investitionen führe. So verzeichneten die Unternehmensgewinne seit 1999 durchaus einen Anstieg, wenn auch nach 2001 nur einen sehr moderaten, während die Bruttoinvestitionen von 2000 ab signifikant zurückgingen. Diese Entwicklung läßt sich auch anhand der Daten für die gesamtwirtschaftliche Vermögensbildung darstellen: Danach verzeichnet die Kurve der volkswirtschaftlichen Ersparnis seit 1998 einen Rückgang, im Jahre 2002 aber wieder einen Anstieg. Die Nettoinvestitionen aber sind seit dem Jahr 2000 rückläufig, was sich saldenmechanisch über einen Zuwachs des Kapitalexports erklärt. Zwischen Sparen und Investieren, so die Schlußfolgerung, gibt es also ebensowenig einen zwingenden Zusammenhang wie zwischen Gewinnen und Investitionen. Die Lösung des Problems sieht Mittelbach (anders als Keynes) im Verhalten der Eigner des Geldvermögens, die ihr Geld momentan lieber gegen Zinsen anlegen, als es in der Realsphäre (bei niedriger Rendite) zu investieren. So komme es zu einer »Überakkumulation von Geldkapital« und zu einer auf Dauer nicht tragbaren Zinsbelastung der Volkswirtschaft, wodurch die Entwicklung gebremst werde.

Deutsche Bundesbank: Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2002, Frankfurt am Main 2003.

Anschließend trat *Klaus Steinitz* ans Pult. Er bestritt mit seinem Referat zur Lage der ostdeutschen Wirtschaft den wohl »traurigsten Teil des ganzen Vormittags«, wie Jörg Staude als Moderator bemerkte. Dabei setzte er sich mit der Auffassung auseinander, daß die wirtschaftliche Misere des Ostens und die Belastung Westdeutschlands durch die Transferzahlungen die Hauptursache für die gegenwärtige Wachstumsschwäche, Finanzkrise und Verschuldung seien. Dieser weit verbreiteten Sicht stellte er die Auffassung entgegen, daß die Transferzahlungen, da sie mit einem entsprechenden Realtransfer einhergingen, für die westdeutsche Wirtschaft zugleich auch wachstumsstimulierende Wirkungen hätten und mithin für die öffentlichen Haushalte zwar als eine Belastung, nicht aber als entscheidende Ursache für die gegenwärtige Krise anzusehen seien. Um diese Hypothese zu belegen, führte er das zusätzliche Wachstum der Jahre 1990 bis 1992 ins Feld sowie die Beschäftigungs-, Steuereinnahmen- und Umsatzeffekte für die westdeutsche Wirtschaft. Nachdem diese Wirkungen abgeklungen seien, so Steinitz, hätte der »Aufschwung Ost« greifen müssen. Dann hätten die Transfers seit

Prof. Dr. Klaus Steinitz: Ostdeutsche Wirtschaft. Wachstumsbremse oder Impuls für die gesamtdeutsche Wirtschaftsentwicklung.

Mitte der 90er Jahre auch sukzessive zurückgeführt werden können. Da die Entwicklung jedoch anders verlief, bestehe der Transferbedarf im Osten fort, was im Westen zunehmend Unmut hervorrufe.

Siegfried Wenzel: Was kostet die Wiedervereinigung? Und wer muß sie bezahlen? Stand und Perspektiven, Berlin 2003; Ulrich Busch: Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft, Berlin 2002.

Die Ausführungen hätten an Überzeugungskraft gewonnen, wenn der Redner nicht nur auf die Wirkungen der Transfers in bezug auf Stromgrößen hingewiesen hätte, sondern zudem auch auf den seit 1990/91 zu verzeichnenden Niveaueffekt. Denn diesem ist es schließlich zu verdanken, daß die westdeutsche Wirtschaft seit 1990 *dauerhaft* und staatlich abgesichert rund 10 Prozent mehr produzieren und absetzen kann als zuvor. Mit Solidarität hat das sehr wenig zu tun, dafür aber sehr viel mit marktwirtschaftlicher Logik.

Prof. Dr. Christa Luft: Zurückdrängung der Profitsteuerung. Rahmenbedingungen für eine alternative Steuerung der Ökonomie.

Den Nachmittag, der vor allem den Alternativen und Lösungsansätzen gewidmet war, eröffnete *Christa Luft* mit einem instruktiven Vortrag zu den Zielen und Bedingungen für eine alternative Steuerung der Ökonomie. Gegen Fatalismus und Pessimismus auftretend, setzte sie sich für die Position ein, daß der Kapitalismus sehr wohl reformierbar sei; die darauf hinarbeitenden Kräfte müßten nur politisch stärker zusammengeführt werden. Sie betonte, daß die »soziale Zähmung« des Kapitals nicht gleichbedeutend sei mit einer Delegitimierung *betrieblichen* Gewinnstrebens. Auf gesellschaftlicher Ebene jedoch sollte die Profitdominanz zugunsten einer am Gemeinwohl orientierten Wirtschaftsregulation zurückgedrängt werden. Im einzelnen plädierte sie für einen sofortigen Stopp der Kommerzialisierung, für die Herauslösung der öffentlichen Daseinsvorsorge aus dem marktwirtschaftlichen System, den Schutz der Genossenschaften, die Förderung sozialer und ökologisch-orientierter Wirtschaftsformen, für einen öffentlich geförderten Non-Profit-Sektor, die Einschränkung der Macht der Banken und Versicherungskonzerne, die Verfolgung und Ahndung schuldhaften Managerverhaltens, die Einführung einer »Tobin-Tax« zur Eindämmung der Spekulation, das Verbot der Bodenspekulation u. a. m. Ihr Vortrag war ein Plädoyer für eine alternative Politik, wider den Zeitgeist, konkret und realistisch.

Joachim Bischoff/ Klaus Steinitz (Hrsg.): Linke Wirtschaftspolitik. Bilanz, Widersprüche, Perspektiven, Hamburg 2003.

Richard Detje: Sozialstaat im Würgegriff des Neoliberalismus. Agenda 2010 und die Folgen.

Der folgende Beitrag schloß hieran nahtlos an. *Richard Detje,* Redakteur der Zeitschrift *Sozialismus*, machte deutlich, daß die bisherige Auseinandersetzung mit der *Agenda* unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit geführt wurde. Es komme aber darauf an, sie auf dem Terrain der Ökonomie zu führen. Denn die *Agenda 2010* sei der Versuch einer »Re-Dimensionierung« der Ökonomie, ihrer Verkürzung auf simple Funktionszusammenhänge und angebotspolitische Interpretationen der Volkswirtschaft. Ein Großteil der inzwischen beschlossenen Reformmaßnahmen laufe auf eine Exklusion aus sozialen Systemen hinaus. Die Steuerreform führe nicht zu mehr Kaufkraft, sondern stärke lediglich die Besserverdienenden. Im Gesundheitswesen und bei der Altersrente, so Detje, stünden Einschnitte auf der Tagesordnung, die einem »Systemwechsel« gleichkämen.

Michael Wendl: Co-Management mit dem Neoliberalismus? Wie kommen die Gewerkschaften aus der Defensive?

Michael Wendl (Ver.di) schloß direkt hieran an, indem er die schwierige Rolle der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Auseinandersetzung etwas näher beleuchtete. Ausgehend von der Feststellung, daß der Spielraum einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik in Deutschland seit 1994 nicht mehr ausgeschöpft werde, die Lohn-

quote also gesunken sei und die Profitquote gestiegen, sah er den Grund dafür in einer fortgesetzten Erosion der Tarifverträge, der Aufweichung der Flächentarifverträge, der Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften und bestimmter Fehler ihrer Funktionäre. Die Politik der Gewerkschaften habe insgesamt mit dazu beigetragen, die Inlandsnachfrage zu schwächen und die Lohndiskussion zu einer reinen Kostenfrage verkommen zu lassen.

In der sich besonders an diesem Beitrag entzündenden Diskussion wurden weitere Argumente gegen Sozialabbau und Lohnkürzung vorgebracht sowie einige konkrete Ansatzpunkte für ein »politisches Mandat« der Gewerkschaften formuliert.

Agenda 2010: Großbaustelle Sozialstaat. In: *Sozialismus,* Heft 9/2003, S. 10-11.

Das Schlußreferat hielt *Dieter Klein.* Er setzte sich mit dem Mythos vom »Versiegen sozialstaatlicher Spielräume« auseinander, indem er die Frage nach dem Verbleib des produzierten Reichtums aufwarf. Er zeigte, daß die These, zum Verteilen sei immer weniger da, womit die Sparpolitik seit Jahren legitimiert werde, alles andere als plausibel ist, wenn man in Rechung stellt, daß die Arbeitsproduktivität ständig steigt, die Arbeitsteilung und das Wissen zunehmen, jedes Jahr mehr produziert werde usw. Wo bleibt also der Reichtum? Die Antwort, die hierauf gegeben wird, behandelt das Problem zunächst als Verteilungsproblem (Konzentration bei den Machteliten), räumt dann jedoch ein, daß es auch denkbar sei, daß der Reichtum nur noch geringfügig oder sogar überhaupt nicht mehr wachse. Als Grund hierfür werden »Wohlstandskosten« genannt, ökologische Belastungen etwa, aber auch die »Vergeudung von Arbeitspotentialen« zum Beispiel durch Brachliegen von Arbeit infolge von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Weitere Ursachen könnten in einer Zunahme der Kapitalintensität und in der wachsenden Staatsverschuldung gesehen werden sowie im Verlust fiktiven Kapitals beim Platzen von Spekulationsblasen (»Bermuda-Dreieck Finanz- und Devisenmärkte«). Fragen über Fragen, die weitere intensive Forschungsarbeit erforderlich machen. Fraglich ist auch, ob der am Verwertungsprozeß des Kapitals orientierte monetäre Reichtumsbegriff das Problem in der heutigen Zeit überhaupt noch adäquat widerzuspiegeln vermag. Der Redner verwies auf vorliegende Forschungsarbeiten hierzu, worin, unter anderem an Marx anknüpfend, bereits eine erweiterte Sicht des Problems angedacht sei.

Prof. Dr. Dieter Klein : Wo bleibt der produzierte Reichtum? Ausbruch aus dem Tal der Tränen.

Dieter Klein: Wo bleibt der produzierte Reichtum? Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, rls-standpunkte 7/2003.

www. wemgehoertdiewelt.de
Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, III/2003 u. a.

In der abschließenden Diskussion wurde noch einmal deutlich, wie sehr die auf der Konferenz behandelten Fragen tatsächlich zentrale Themen der gegenwärtigen politischen Debatten darstellten und daß es in den nächsten Monaten darauf ankomme, diese Themen weiterzuverfolgen und sie in konkrete politische Aktionen umzusetzen.

 UTOPIE kreativ, H. 161 (März 2004), S. 276-277

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937, Journalist und Autor, Berlin.

In der Politik gab es sei jeher Akteure, die logen und schwindelten, was das Zeug hielt. Unsere Vorfahren wußten das und hatten sich darauf eingestellt. Und wurden die Lügen allzu groß und bogen sich die Balken in lebensbedrohliche Formen, dann passierte es zuweilen auch, daß die Lügenbolde mit Schimpf & Schande aus Tempel oder Rathaus gejagt wurden. Doch Revolutionen passieren nur alle hundert Jahre.

Besonders stark wird in Vor-, in Kriegs- und in Nachkriegszeiten auf die Wahrheit verzichtet. Kurzum: Gerade jetzt waten wir wieder durch einen Sumpf von Lügen, Halbwahrheiten und Fakes. Dabei fällt auf: So richtig wird sich darüber kaum noch mokiert, denn Lügen gehört zum Geschäft. Ja, nicht nur, daß sich nicht aufgeregt oder mokiert wird, der Lügner darf sogar – wenn er nur prominent genug ist – darauf hoffen, nicht gesellschaftlich geächtet zu werden.

Nehmen wir z. B. den Journalisten Tom Kummer, der vor Jahren große Zeitungen, sogenannte »Qualitätszeitungen«, mit gefakten Künstler-Interviews hinters Licht geführt hat. Es wäre doch anzunehmen gewesen, daß dieser Schwindler nie mehr ein Bein auf die journalistische Erde bekommt. Doch was sehe ich beim Studium jener Presse, die ich nicht wirklich lese, sondern die ich nur auf ihre Themen hin durchblättere (mein bevorzugter »Studienort«: die Zeitungsecke von *Spar*): Tom Kummer als Autor im Monatsheft *Das Magazin*. Gut, denke ich, vielleicht mußte dieser Schwindelmeier wegen des damaligen Skandals mit seinen Honorarforderungen heruntergehen und wurde dadurch auch für *Das Magazin* erschwinglich. Allerdings bin ich mir nicht sehr sicher, denn auch die *Berliner Zeitung* druckte jüngst einen Text von ihm. Zwar könnte es sein, daß auch deren ökonomische Lage prekär ist und sie wegen Senkung der Honorarkosten auf den billiger gewordenen Kummer

zurückgreifen muß, aber so klamm wie *Das Magazin* werden sie bei der *Berliner* doch nicht sein... Wie auch immer: Solche Kummer-Fälle verwundern zwar, aber letztlich können wir sie unter Ulk verbuchen.

Anders die Großlügner in der Politik. In einer Korrespondenz aus Mexiko-Stadt, die sich mit den rebellischen Haitianern befaßte, wurde aus einer Erklärung der US-Botschaft in Port-au-Prince zitiert, darin der nun wahrlich erstaunliche Satz: »... die US-Regierung lehne jede Gewalt als Mittel für politische Ziele kategorisch ab.« Wie bitte? Wie wir an diesem Beispiel sehen, haben auch die Großlügner durchaus einen gewissen Unterhaltungswert. Womit wir unversehens wieder einmal beim Thema Irak-Krieg gelandet sind: Die Kriegsgrundlügen sind inzwischen aktenkundig. Bush und Blair hatten gehofft, daß ihnen »der Sieg« – wobei noch gar nicht feststeht, ob es wirklich einer war – die kritische Weltöffentlichkeit vom Halse hält. Doch momentan sieht es nicht danach aus. Und was fällt US-Außenminister Colin Powell dazu ein? Er hat, so wurde aus Washington gemeldet, »Kritikern vorgeworfen, die bislang nicht erfolgreiche Suche nach Massenvernichtungswaffen im Irak zu politisieren und sich deswegen genervt gezeigt. ›Ja, es geht mir auf die Nerven, wenn die Leute versuchen, dies schnurstracks für politische Zwecke zu verwenden.‹« Es geht ihm auf die Nerven! Naja, ist doch auch schon was...

Sehr empfehlen kann ich zu diesem Thema einen ganzseitigen Artikel von Benjamin Korn aus dem Berliner *Tagesspiegel*. Korn, entnehme ich einer beigefügten Personalie, wurde 1946 in Lublin geboren, wuchs in Frankfurt/Main auf und lebt heute als Regisseur und Essayist in Paris. Sein Artikel trägt die Überschrift »Triumph der Lüge«; darin geht er den Ursachen von Lügen nach und schreibt dazu u. a.: »Es ist schwer, einem Volk einen Angriffskrieg aufzudrängen, einen Verteidigungskrieg nicht. Selbst Hitler, der es scheinbar nicht nötig hatte, begann den Krieg gegen Polen mit der berüchtigten Lüge: ›Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen.‹ Warum sagte er nicht: ›Seit heute morgen metzeln wir die Polen nieder, weil wir ihr Land nehmen, ihre Rohstoffe haben und die Juden ausrotten wollen‹? Weil das wirksamste aller Argumente, um den Menschen ihre humanen Reflexe abzugewöhnen, ist, ihnen eine Notwehrsituation vorzugaukeln.« Im Irak-Krieg habe das von Bush und Blair ausgegebene Notwehrargument in der Legende bestanden, Sadam Hussein könnte innerhalb von 45 Minuten Massenvernichtungswaffen einsetzen.

Der Tagesspiegel ist nicht die einzige deutsche Zeitung von Belang, die jetzt in dieser oder ähnlicher Art die US-amerikanische beziehungsweise die britische Irak-Politik analysiert. Indes entbehrt das alles nicht einer gewissen Pikanterie. Denn es waren eben auch gerade solche Blätter, die sich hervorgetan hatten, als es galt, die atlantische Trommel zu rühren und die Bündnisfahne zu schwingen und Leute, die es »vorher« gewußt hatten (wie die UNO-Waffeninspekteure) zu diskreditieren, und andere, die öffentlich gegen Bush & Co. demonstrierten, zu behämen. In den vergangenen Tagen nun waren sie damit beschäftigt, ausführlich in der ihnen gemäßen Art den ehemaligen SPD-Vorsitzenden zu fleddern. Nein, Mitleid kommt da bei unsereins nicht auf, aber was Recht ist soll Recht bleiben: Als beste Tat seiner politischen Laufbahn könnte einst gelten, daß er Nein zum Irak-Krieg gesagt hatte.

Rudolf Böhlke, Joachim Spill, Gerd W. Stürz: Das entfesselte Wirtschaftswunder. Ein Gedankenspiel zur Zukunft Deutschlands, Gustav Kiepenheuer Verlag Leipzig 2003, 192 S., (17,90 €)

Ausgerechnet das Land mit der günstigsten Entwicklung der Lohnstückkosten unter allen G8-Nationen, der »Exportweltmeister« Deutschland, hat allergrößte Probleme mit seinen Sozialsystemen. Das pfeifen die Spatzen inzwischen von allen Dächern. Ob im Bildungsbereich, bei der Krankenversicherung oder beim Rentensystem – von der anhaltend hohen Massenarbeitslosigkeit gar nicht zu reden –, überall ist der Reformdruck gewaltig. Daß nun ausgerechnet die Regierung die Reform-Taube in der Hand hielte, kann jedoch niemand ernsthaft behaupten. Nie wurde dieses Land so schlecht regiert wie heute – die Halbwertzeit der mit Berufung auf ein hilfloses Kommissionsgewese schließlich verkündeten ›Reform‹-Projekte ist so niedrig, daß ein einfacher Taschenrechner genügt, um herauszufinden, daß die verheißene Wirkung (wenn sie überhaupt eintritt) noch vor dem Ende der gegenwärtigen Legislaturperiode verpufft sein wird.

Um all dies noch ein weiteres Mal detailliert zu beschreiben und eindringlich Veränderungen anzumahnen, dazu bedurfte es des vorliegenden Buches wahrlich nicht. Die Fakten sind hinlänglich bekannt. Es kommt jedoch darauf an, wie sie interpretiert werden. Und genau die Art und Weise, wie das allgemein Bekannte gedeutet wird – nämlich in Form einer konservativen Utopie –, macht den Reiz des »Gedankenspiels« der drei Manager-Autoren von der Ernst & Young AG aus. Das Rezept, das sie der geneigten Öffentlichkeit zumuten, erweist sich allerdings als ideologisch-bornierte Mixtur aus kleinbürgerlichem Traditionalismus, anti-demokratischem Marktfundamentalismus und naivem Wunderglauben – überhaupt scheint in den Köpfen deutscher Bourgeois spätestens seit dem Nachkriegs»wirtschaftswunder« und dem »Fußballwunder« von Bern 1954 der Wunderglaube den Realitätssinn weitgehend verdrängt zu haben. Ohne »Wunder« geht offenbar gar nichts mehr.

Die Hoffnung von Böhlke, Spill und Stürz auf die wunderbare Erlösung von den Problemen des angeschlagenen Sozialstaats ruht auf drei Säulen – Wirtschaftswachstum, Privatisierung und Politik als Management. Diese Säulen wiederum gründen alle auf einer gemeinsamen Basis: auf der erschreckend naiven und im Kern anti-demokratischen Idee der Verbetriebswirtschaftlichung der Gesellschaft. Die »Deutschland AG« wird so aus dem Sprichwortschatz umstandslos in die Wirklichkeit überführt und als alternativlose gesellschaftliche Daseinsform für alle Ewigkeit verallgemeinert. Die Regierung – eigentlich der Aufsichtsrat der »Deutschland AG« – besteht aus Experten, die nicht Minister, sondern »Projektleiter« heißen und die alle vier Jahre gemeinsam einen, von Wirtschaftsprüfern (vorzugshalber von der Ernst & Young AG!?) testierten »Geschäftsbericht« vorlegen und diesen dann von der Aktionärsversammlung (genannt: »Bürgerausschuß«; bestehend aus »Fachleuten der Wirtschaft, des Finanzwesens, der Hochschulen, der Kultur sowie der sozialen Bereiche«; alle sind vertreten, Unternehmer, Juristen und natürlich Steuerberater, nur der einfache Mitbürger offenbar nicht!? – vgl. S. 11) diskutieren lassen. Am Ende folgt die Neuwahl des Aufsichtsrats. ›And the winner is?‹ – Natürlich die jedem politischen Theater abholde Partei der Freien Bürger mit (nur noch) 68,84 Prozent der Stimmen (2,7 Prozent weniger als vier Jahre zuvor! – vgl. S. 183). Dies alles geschieht im Jahre 2018. Grundlage für diesen wunderbaren gesellschaftlichen Wandel ist die »Rückbesinnung auf tradierte Tugenden und Werte« (S. 180), von Intellekt, Geschick und (Handwerks)Fleiß und der konsequente Umbau des Sozialstaats zur »privatisierten Solidargemeinschaft« (S. 18); jener »Glücksgesellschaft« (S. 118 passim), in der der »notorische Antikapitalismus der 68er-Generation« (der am aktuellen deutschen »Niedergang« insbesondere Schuld ist) endlich durch eine ›allgemeine Besessenheit vom Kapitalismus‹ und durch »gesunden Nationalgeist« (S. 120) ersetzt und überwunden wurde. Alle sind wissensgesellschaftlich vernetzte und digitalisierte Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft, schämen sich wieder, der Solidargemeinschaft zur Last zu fallen, haben ihre Rentenan-

sprüche längst den internationalen Finanzmärkten überantwortet und freuen sich an Sport und Spiel – sofern sie Zeit dafür haben, denn mit der dekadenten Spaßgesellschaft war schon 2014 ein für alle Mal Schluß.

Welch eine Utopie! – Wir wären endlich wieder wer; und zwar keine pazifistischen, anti-amerikanischen Weicheier in der »alternativen Kuschelecke«, sondern Vorreiter kapitalistischer Ideale und natürlich Exportweltmeister (Fußballweltmeister darf 2018 Polen werden, aber nur wenn Deutschland ins Endspiel kommt, versteht sich!).

Die Basis dieser Utopie ist in der Vorstellungswelt der Autoren längst vorhanden. Da wäre zum Beispiel das ›wunderbare‹ deutsche Schulsystem, das auf gar keinen Fall durch die ›sozialistische‹ Ganztags-Gesamt-Schule modernisiert werden darf. Statt dessen bedürfe es wieder der Erziehung zu Zucht, Fleiß und Ordnung, um bei PISA an die Spitze zu kommen. Ferner könnten wir auf den bekanntermaßen nicht nur dichtenden, sondern auch denkenden ›deutschen‹ Intellekt (auch »Leistungsdenken« genannt!) zählen, der durch die sozialen Entsicherung des einzelnen nur wiedererweckt werden mußt, statt in der Spaßgesellschaft dem Spieltrieb zu erliegen. Und schließlich wäre da das individuelle Gewinn- und Geltungsstreben – wer möchte sich schließlich heute noch »Prolo« nennen lassen, wenn es endlich gilt, wieder ›wer‹ zu sein? Es lebe das (wieder erlaubte) »gesunde nationale Selbst-Bewußt-Sein« (S. 180)!

Widersprüche bei der Herleitung ihrer »Glücksgesellschaft« stören die Autoren wenig – der familiengebundene Selbstverwerter seiner Arbeitskraft muß natürlich räumlich und einkommensmäßig ›dynamisch‹ sowie unbedingt ›flexibel‹ sein, er muß sein Geld ausgeben, um die Konjunktur anzukurbeln und gleichzeitig möglichst viel auf seine kapitalsgedeckte Rente sparen und er braucht nur ein borniertes, auf seine spätere Verwertung zugeschnittenes Crash-Kurs-Wissen, das allerdings auf möglichst breiter akademischer Bildung beruhen sollte. Was er aber auf jeden Fall nicht braucht, ist ein ›Anspruchsdenken‹, was seine soziale Sicherung angeht. Der moderne Wissensarbeiter braucht weder eine lebenswerte Umwelt (die Windgeneratoren, zum Beispiel, verschandeln nur die wunderbare deutsche Natur und gehören abgebaut!) noch den Sozialstaat; was er braucht ist Wirtschaftswachstum (sieben Prozent pro Jahr mindestens – egal wo es herkommt und welche Folgen es zeitigt).

Und was ist mit dem Nichtwissensarbeiter, mit dem, der nicht per Computer wählt, und was mit Menschen mit Behinderung? Wer weiß? – Im Wunderbuch kommen sie jedenfalls nicht vor! Da diese Gruppen zusammen eh nur um 60 Prozent der Bevölkerung ausmachen, handelt es sich offensichtlich um eine zu vernachlässigende Größe, deren Einbeziehung nur geeignet wäre, die schöne Utopie in eine häßliche Illusion zu verwandeln…

So einfältig die Vision der drei Wirtschaftsprüfer von der »ewigen kapitalistischen Glücksgesellschaft« auch daherkommen mag, eines macht sie mit allem Ernst deutlich: Nicht nur im Kanzleramt und in linken Studierstuben wird über die Lösung der anstehenden Probleme nachgedacht. Der Kampf um die geistige Hegemonie bei der unausweichlich notwenigen Überwindung des Reformstaus hat längst mit aller Schärfe begonnen – und alle politischen Lager sind gut beraten, die anderen ›Wettbewerber‹ nicht zu unterschätzen.

ARNDT HOPFMANN

Klaus Kinner (Hrsg.): Menetekel 17. Juni 1953, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. Leipzig 2003, 333 S. (14 €)

Mit der nunmehr 4., der erst kürzlich publizierten durchgesehenen und korrigierten 3. Auflage, ist der zur Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen »Menetekel 17. Juni 1953« im Frühjahr vorgelegte »Reader« über seine Vorläufer weit hinausgewachsen: Genau besehen liegt vor uns nicht mehr ein begleitendes Lesematerial, sondern ein »ordentliches«, ein komplettes Buch, das einen wesentlichen Teil der Diskussion im linken Spektrum über das Gedenkereignis erschließt. Mit zwei Einschränkungen: Die Autoren bewegen sich in den Bahnen der – hier nützlicher- und begrüßenswerterweise abgedruckten – Erklärung

des Parteivorstandes der PDS zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953 »Sozialismus entsteht in und aus der Gesellschaft« und der der bei diesem angesiedelten Historischen Kommission »Der 17. Juni – eine spontane Arbeitererhebung«. Und: Die politische Geschichte und die literarische Reflexion stehen weiterhin im Blickfeld, so daß wirtschafts-, sozial- und ideologiegeschichtliche Aspekte peripher bleiben. Letzteres ist schlicht zu respektieren, da man praktisch schwerlich von Konferenzen mit begrenztem Umfang eine komplette Darlegung erwarten kann; ersteres folgt den in kritischer Forschung gewonnenen Resultaten der Redner und ihrer daraus geborenen Einsicht, daß nur die entschiedene Abkehr von den ideologisch kreierten Geschichtslegenden der SED den Boden bietet, neueren Verzerrungen und ideologischen Konstruktionen selbstgewiß entgegenzuwirken. Neulegendenbildung exerzierten Medien und einige Autoren wissenschaftlicher Publikationen mit maßloser Stilisierung des 17. Juni 1953 zur Revolution à la Frankreich 1789 und zum Grundstein für den Weg nach 1989/90 wahrhaft exzessiv.

Lagen der ersten Auflage ausschließlich Materialien der Leipziger Konferenz zugrunde, so sind nunmehr die weiteren Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen in Dresden und Chemnitz hinzugekommen. Dazu gesellen sich die erwähnten Dokumente aus der PDS sowie Nachdrucke der »Thesen« Jörn Schütrumpfs (Berlin) »Schwierigkeiten mit der Klasse« und der Aufsatz Elke Scherstjanois (Berlin) über die Rolle des sowjetischen Hohen Kommissars W. S. Semjonow bei den Juni-Ereignissen. Der Band ist damit mehr als doppelt so umfangreich wie anfangs. Er gliedert sich nun in die vier Abschnitte Geschichte (S. 11-219), PDS und 17. Juni (S. 235-247), literarische Reflexion (S. 249-287) und zeitgenössische literarische Dokumente (S. 288-320); ein Personenregister und das Verzeichnis der Autoren runden das Buch ab.

Seinem Anliegen nach kann man sich den Beitrag Jochen Černys (Berlin) »Eine gescheiterte Revolution?« eher als Auftakt des ersten Abschnitts denn als Schluß – den ohnehin jeder weiß – vorstellen, denn er behandelt akribisch und instruktiv die Deutungs- und Wertungsgeschichte des 17. Juni 1953 bis in unsere Tage. Ebenso übergreifend historisch-theoretischer Art sind Schütrumpfs Überlegungen zur Rolle der Arbeiterklasse. Er kommt zu dem Resultat, daß diese sich in den Juni-Tagen einen privilegierten Platz bis zum Untergang der DDR erkämpfte, indem sie der SED die Macht überließ und sich selbst sozialer Sicherheit vergewisserte. Angelika Klein stellt auf dichter archivalischer Basis die hartnäckige Arbeiterrevolte im Bezirk Halle dar, den Protest der Arbeiter gegen deren Verurteilung als »faschistischer Putsch« einbegriffen.

In nunmehr zwei Beiträgen (Siegfried Prokop, Bernau; Erhart Schulz, Jena) wird nachgewiesen, daß politisch konzeptionell, doch auch praktisch-aktiv die Rolle der Intelligenz größer als bisher angenommen war. Wilfriede Otto (Berlin) wendet sich, gestützt auf neue Forschungsergebnisse, in einer sehr gründlichen Studie der größten und bis 1989 schärfsten inneren Auseinandersetzung in der Geschichte der SED 1953 zu – dem Schwanken des Politbüros »zwischen Stalin und letzter Selbstfindung«, dem Druck der sowjetischen Führung schließlich zur Änderung des Kurses auf Sozialismus, die verworrene Lage innerhalb der SED bis hin zu dem Ergebnis, daß mittels Eingriffen der KPdSU die Stellung der SED – genauer wäre: des Politbüros – als Machtzentrum der DDR seitdem eindeutig festgeschrieben war.

Die schon an dieser Stelle sichtbaren äußeren Einwirkungen kommen ausdrücklich in zwei gedanken- und quellenreichen, Wissen und Einsichten erweiternden Aufsätzen zur Sprache: Neben, wie erwähnt, Scherstjanoi mit einer überaus aufschlußreichen Studie ist es Karl-Heinz Gräfe (Freital), der den Blick auf die umfassende Krise des Staatssozialismus in Europa 1953 weitet und damit einen, auch in den Thesen der Historischen Kommission, oft vernachlässigten gravierenden Aspekt nachhaltig ins Gespräch bringt. Interesse verdient ebenfalls die Untersuchung Werner Abels (Kleinschirma) im Kontext der 2. Parteikonferenz der SED über die »Austreibung des ›Luxemburgismus‹« aus der SED«, zurückreichend bis in die KPD der 20er Jahre.

Die literarischen Reflexionen des 17. Juni 1953 analysieren einfühlsam und gedankenvoll Klaus Schumann, Klaus Pezold (beide Leipzig) und Jens-Fietje Dwars (Jena) am Denken, Schaffen und politischen Verhalten

der Schriftsteller Bertolt Brecht, Johannes R. Becher, Anna Seghers, Stefan Heym und Erich Loest. Die beigefügten Texte dieser Autoren veranschaulichen ihre unmittelbaren Reaktionen. Das fatale Fazit Schumanns ermißt das durchgängige Dilemma: Offenkundig waren Schriftsteller, »die ihren Realismus wie Brecht kritisch grundierten [...] bei der Krisenbewältigung unerwünscht und blieben es bis 1989«. Die »Chance des Fiaskos« 1953 (Dwars) endete, weil politisch ungenutzt, schmucklos mit dem Fiasko der DDR.

Die in dem Buch vertretenen Ansichten werden nicht überall in der PDS und unter den deutschen Linken Zustimmung finden, dazu stören sie manches herkömmliche Bild zu sehr. So bleibt zu hoffen, daß das Gewicht der ausgebreiteten Forschungsergebnisse erneut Anstöße zu weiteren vertiefenden Überlegungen und zur Revision von Legenden und Augenscheinurteilen vermittelt.

Ernst Wurl

Das Buch kann bezogen werden über die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., Harkortstr. 10, 04107 Leipzig. Tel. 0341-0608531. E-Mail: Rosa-Luxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Roland Müller: Wege zum Ruhm. Militärpsychiatrie im Zweiten Weltkrieg – das Beispiel Marburg, PapyRossa-Verlag Köln 2001, 431 S. (25,54 €)

Roland Müller beschließt seine Arbeit über die deutsche Militärpsychiatrie im Zweiten Weltkrieg mit folgender Einschätzung: »Die Militärpsychiatrie, wie sie hier beschrieben wurde, ist Vergangenheit. Ihre Ausformung gehört einer anderen Epoche an.« Heute, so der Autor unter Berufung auf Karl Heinz Roth, Peter Riedesser und Axel Verderber, orientiere man sich bei der Bundeswehr eher an »modernen Formen der Panikprävention und Panikbehandlung«. Deren Grundzüge entwickelten die Therapeuten des Sanitätsdienstes der Luftwaffe zwischen 1939 und 1945: »So wurde hier schon im Vorfeld versucht, den ›richtigen‹ Mann auf den ›richtigen‹ Platz zu stellen; die Soldaten wurden chemisch gedopt, irritierte Soldaten wurden soweit wie möglich in Ruhestellung geführt, es wurde versucht, ihnen mit autogenem Training, mit Gruppentherapie etc. die Angst zu nehmen oder mit Hilfe ideologischer Schulung und chemischer Aufputscher die Motivation zu reaktivieren« (S. 346). Der Verweis des Autors auf die spezifischen »Ausformungen« der deutschen Militärpsychiatrie in der Ära des Nationalsozialismus allerdings zeigt, daß sich die materiellen und ideologischen Grundlagen der Disziplin bis heute nicht verändert haben: Krieg ist eine pathologische Situation, in der die Brutalität und der Zwangscharakter der gesellschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus überdeutlich zutage treten. Soldaten, die unbewußt dagegen aufbegehren und diverse »Kriegsneurosen« entwickeln, werden von Militärpsychiatern mit dem Ziel therapiert, ihre Funktionstüchtigkeit für die kriegerische Produktion wieder herzustellen. Die behandelnden »Arztsoldaten« sind dabei nicht ihrem hippokratischen Eid verpflichtet, sondern der Staatsräson.

Die Selbstverpflichtung der Psychiater auf die Staatsräson führte im Ersten Weltkrieg zu einem »Bannbruch« im Bereich der psychiatrischen Behandlungsmethoden (S. 31 ff.). Die Protagonisten der relativ jungen medizinischen Disziplin wollten ihre Nützlichkeit unter Beweis stellen, indem sie möglichst viele Kriegsneurotiker in möglichst kurzer Zeit wieder »fronttauglich« machten. Ihre Vorgehensweise war denkbar einfach: »Die Erinnerung an den gefürchteten Kriegsdienst sollte vor den aktuellen Erlebnissen eines höchst unangenehmen Lazarettaufenthaltes verblassen« (S. 34). Der Patient wurde zum Feind, »Kriegsneurose« zum Synonym für »Drückebergerei«, »Therapie« bedeutete schließlich nichts anderes als »medizinisch verschleierte Folter«, wie Müller in Anlehnung an Roth formuliert (S. 123). Das Instrumentarium reichte von »Gewaltexerzieren«, »Dauerbädern« und »Scheinoperationen« über gewaltsame Übungen mit schmerzhaften Stromgaben bis hin zu Isolationshaft. Zu den Behandlungsmethoden zählten außerdem Zwangsarbeit und Elektroschocks. All ihren Anstrengungen zum Trotz mußten die Militärpsychiater schließlich mit

ansehen, wie sich einige der als »linke Psychopathen«, sprich Kriegsgegner, eingestuften Soldaten an der revolutionären Erhebung von 1918/19 beteiligten: »Die Beteiligung der Kriegsneurotiker am Revolutionsversuch wurde von den Psychiatern ... nicht nur als nachträgliche Bestätigung ihrer denunzierenden Diagnostik und als Rechtfertigung ihrer Behandlungsmethoden im Ersten Weltkrieg rezipiert, sondern als Schreckensbild bei Versagen zukünftigen militärpsychiatrischen Handelns« (S. 44).

Ihre im Ersten Weltkrieg gewonnenen Einsichten konnten die deutschen Psychiater dann im Zweiten Weltkrieg rücksichtslos in die Tat umsetzen, wie Müller am Beispiel der Marburger Reservelazarette III und IV nachweist. Ersteres war der Universitätsnervenklinik unter Leitung von Ernst Kretschmer zugeordnet, letzteres gehörte zur Landesheilanstalt und stand unter Leitung von Albrecht Langelüddeke. In der Universitätsnervenklinik wurde systematisch gefoltert, wobei ihr Leiter mitunter hinsichtlich der Brutalität seiner Behandlungsmethoden noch über die Vorgaben von Heeressanitätsinspektion und NSDAP-Dienststellen hinausging: »Starke faradische Ströme waren aller Wahrscheinlichkeit nach von Anfang an in der Kriegsneurotikerbehandlung verboten, sicher aber von Anfang bis Ende des Krieges vom Einverständnis des Patienten abhängig. Ab Januar 1943 war allein der galvanische Strom zulässig, aber auch nur dann, wenn ›einfache Suggestionsverfahren‹, also Verbalsuggestion, Hypnose etc. erfolglos geblieben waren. (...) Die Behandlung der Kriegsneurotiker in der Marburger Universitätsnervenklinik fand ... demnach nicht gezwungenermaßen, sondern zweifelsfrei vorschriftswidrig statt« (S. 140).

Sowohl Kretschmer als auch sein Kollege Langelüddeke stellten ihre Tätigkeit aus voller Überzeugung in den Dienst der »Rassenhygiene«. Allerdings erwies sich die von ihnen vehement geforderte Zwangssterilisierung psychisch kranker Soldaten bald als kontraproduktiv: »Die Rassenhygiene war militärisch störend. Dies war der Grund für die Sterilisationseinstellung zu Kriegsbeginn. Alle Kräfte sollten gebündelt werden. Nur in ›dringenden‹ Fällen durfte sterilisiert werden, die Verfahren wurden eingeschränkt. Von dieser Verfügung rückte der Staat auch nicht ab, als Psychiater ... darauf drängten. Im Gegenteil: angesichts der Kriegslage wurde im September 1944 selbst die Antragstellung untersagt« (S. 256).

Woraus aber resultierte der maßlose Verfolgungseifer der Marburger »Arztsoldaten«, der sich insbesondere bei Langelüddeke auch in seiner Funktion als psychiatrischer Gutachter vor Militärgerichten niederschlug (S. 174 ff.)? Müller kommt zu folgendem Schluß: »Die militärpsychiatrische Brutalisierung erklärt sich aus der Geschichte der Psychiatrie als Fachdisziplin, des Psychiaterstandes und des politischen Konservatismus, nicht des Nationalsozialismus« (S. 303). Der Aufstieg der Psychiatrie zur medizinischen Fachrichtung war untrennbar mit dem Militär verbunden. Während des Ersten Weltkriegs, der vom Gros der Psychiater in ihrer Eigenschaft als Bürgerliche und Deutsch-Nationale lebhaft begrüßt wurde, erfolgte die Erhebung der Militärpsychiater in den Offiziersstand. Es kam zum »Bannbruch« – der Kriegserklärung an die Patienten. Als diese, zumeist Arbeiter, 1918/1919 die Herrschaft der bürgerlichen Eliten insgesamt in Frage stellten, verwandelte sich die Verachtung für die als »minderwertig« und »abartig« Eingestuften in Haß. Aber nicht nur der Wunsch nach Rache für das erlittene »Novembertrauma« ließ die deutschen Psychiater im NS-Staat ihren »Wunschstaat« erblicken: »Seine Ideologie entsprach dem biologistischen Weltbild fast aller deutschen Psychiater, ihre Forderungen waren Parteiprogramm, ihre konservativen politischen Ziele waren die Ziele des Nationalsozialismus, und er beseitigte alle gesetzlichen Schranken, die das psychiatrische Handeln bisher einengten, bzw. machte deutlich, daß Verstöße nicht geahndet würden. Patienten wurden nun zu freiverfügbaren Versuchskaninchen. Das Projekt des gesunden Volkskörpers in der nächsten Generation lief an. Psychiater konnten Patienten bei Bedarf straffrei foltern« (S. 305).

Die Angehörigen einer Disziplin, deren Reputation auf dem rigorosen Einsatz der Folter beruht, entwickeln notwendigerweise einen besonders starken Korpsgeist. Mit diesem hatte Müller noch in den neunziger Jahren zu kämpfen, als er Patientenakten, auf deren Auswertung seine Arbeit maßgeblich basiert, in

der Marburger Universitätsnervenklinik einsehen wollte. Erst eine unmißverständliche Klagedrohung konnte die Klinikleitung dazu bewegen, ihrer Informationspflicht schließlich doch noch nachzukommen (S. 329 ff.). Somit liegt jetzt eine »exemplarische Schilderung konkreten militärpsychiatrischen Handelns auf der bisher unerforschten Ebene eines Reservelazaretts« vor, die Einblick in die Struktur der Militärpsychiatrie im Zweiten Weltkrieg gibt und allein dadurch weit über eine »lokalhistorische Briefmarkensammlung« (S. 13) hinausweist.

PEER HEINELT

Wilfriede Otto: Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente, (Rosa-Luxemburg-Stiftung Texte 10), Karl Dietz Verlag Berlin 2003, 304 S. (14,90 €).

Erst in der Vorwoche des 50. Jahrestags einer bereits übersättigten Öffentlichkeit vorgestellt, fand eines der wichtigsten der mehr als 20 dem 17. Juni 1953 gewidmeten neuen Bücher nicht die ihm gebührende Aufmerksamkeit. Eines der wichtigsten nenne ich es, weil hier – nach einer gemeinverständlichen, knappen Einführung – erstmals alle Beratungen dokumentiert werden, die das Politbüro des Zentralkomitees vom 3. Juni bis zum 23. Juli 1953 abhielt: Wilfriede Otto veröffentlicht die Protokolle nebst Anlagen sowie Aufzeichungen, die von Teilnehmern vor, in und nach den Sitzungen angefertigt wurden.

Die erstmalige Erschließung und weitestgehende Entzifferung der handschriftlichen Notizen war der schwierigste Teil dieser insgesamt verdienstvollen Arbeit und verdient besondere Anerkennung. Daß alle hier vorgestellten Unterlagen bis 1989 topsecret waren, versteht sich ja. Daß aber die handschriftlichen Notizen erhalten blieben und nicht weisungsgemäß vernichtet wurden, verdanken wir, wie uns die Herausgeberin wissen läßt (S. 14), ausschließlich einer couragierten Archivarin! Und erst diese Notizen verhelfen uns zum Verständnis dessen, was den Protokollen, da sie lediglich Entscheidungen festhalten, nicht zu entnehmen ist.

Von den 83 Schriftstücken, die das Buch wiedergibt, können hier beispielshalber nur wenige angeführt werden.

Dokument Nr. 1 ist die »Verfügung« des später sogenannten Neuen Kurses durch den Ministerrat der UdSSR (S. 38-43). Sie wurde schon mehrmals abgedruckt, durfte hier aber keinesfalls fehlen. Was manche Interpreten ignorieren: Die »Gesundung der politischen Lage« wurde nicht etwa verordnet, um die DDR zu verewigen, sondern als Voraussetzung für die »Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden, unabhängigen Deutschlands« (S. 40). Das war zunächst auch der Ausgangspunkt für die Selbstkritik der SED-Führer, so für Otto Grotewohl, als er die selbstverschuldete »Kluft« zwischen Regierung und Volk als »Gefährdung unserer Politik hinsichtlich der Einheit Deutschlands« und »unserer gesamten Friedenspolitik« bezeichnete (S. 147) – und zwar in der 14. ZK-Tagung, einer am Abend des 21. Juni eröffneten Nachtsitzung des Zentralkomitees der SED, deren höchst aufschlußreiches stenographisches Protokoll hier erstmals veröffentlicht wird (S. 146-188).

Das Zentralkomitee stand noch unter dem Eindruck der Erhebung. Fred Oelßner und Kurt Hager bekundeten sogar Verständnis für »Wut« und »Haß« (S. 180 u. 182), mit denen Arbeiter den Funktionären entgegentraten, stimmten aber doch der Diskriminierung dieser Rebellion als einer »faschistischen Provokation« (S. 189) zu. Allein Rudolf Herrnstadt zog aus dem Konflikt zwischen der Partei und dem Gros der Klasse die gebotenen Konsequenzen, als er im Beschlußentwurf für die nächste (15.) ZK-Tagung zunächst die »Gründe« benannte – Mißachtung und Bevormundung der Werktätigen, Dogmatismus und Sektierertum, Personenkult und Bürokratismus (S. 228 f.) – und dann schrieb: »Hunderttausende unserer Funktionäre, die besten, erkennen diese Schwächen, rebellieren gegen sie«, und »Millionen parteiloser Werktätiger« zeigen sich entschlossen, »gegen die Partei aufzutreten, wenn die Überwindung der Schwächen [...] ein neues Mal nicht zielbewußt genug in Angriff genommen wird. In der Kombinierung dieser beiden großen Kräfte [...] liegt die Chance, die Partei innerhalb weniger Monate zu erneuern« (S. 229 f.).

Dieser äußerst wichtige Text wurde erstmals 1990 in einer Fachzeitschrift veröffentlicht, fand

damals aber wenig Beachtung. Ob das wirklich »kein Reformprogramm« war, wie die Herausgeberin meint (S. 25), darüber kann nun leichter gestritten werden. Ansatzweise erkenne ich ein solches Programm schon in Herrnstadts hier erstmals publizierten »Notizen« für die Politbürositzung vom 13. Juni (S. 102-108). Und wenn Herrnstadt im Beschlußentwurf für das 15. Plenum klarstellt: »Es geht darum, eine Deutsche Demokratische Republik zu schaffen, die für ihren Wohlstand, ihre soziale Gerechtigkeit, ihre Rechtssicherheit, ihre zutiefst nationalen Wesenszüge und ihre freiheitliche Atmosphäre die Zustimmung aller ehrlichen Deutschen findet« (S. 223) – fordert er da keine Partei- und Staatsreform? Deutlich wird hier auch, daß ihm die Partei nicht Selbstzweck war und die Zweckbestimmung der DDR eine gesamtdeutsche.

Zu den wichtigen Erstveröffentlichungen gehören des weiteren das Protokoll der Sitzung, in der das Politbüro diesen Entwurf, von Rudolf Herrnstadt mit Hilfe von Heinrich Rau erarbeitet, am 3. Juli ablehnte (S. 218), sowie Grotewohls Aufzeichnungen vom 8. und über den 9. Juli, die erkennen lassen, wie nahe Ulbrichts Ablösung gewesen war und woran sie endgültig scheiterte. Schon am 23. Juni hatte die sowjetische Parteiführung gefordert, daß die Deutschen »unverzüglich mit jeglicher Verwirrung in der Führung Schluß machen« (S. 197). Darauf hätten Ulbrichts Kritiker sofort reagieren müssen. Am 8. Juli kam ihr Mißtrauensvotum (S. 242-244) viel zu spät – nicht nur wegen Berijas »Entlarvung« und Verhaftung (am 26. Juni), über die Grotewohl, Ulbricht und Oelßner am 9. Juli in Moskau informiert wurden (S. 244 f.).

Zuletzt das Protokoll der am 23. Juli abgehaltenen Sitzung: Da wird vor allem die 15. ZK-Tagung vorbereitet (S. 288 f.), die am 26. Juli Anton Ackermann, Rudolf Herrnstadt, Hans Jendretzky, Elli Schmidt und Wilhelm Zaisser aus dem Politbüro entfernt, und es ergeht der Auftrag zur Herausgabe einer Sammlung jener Beschlüsse (S. 291 f.), in denen die Parteiführung die Verurteilung der jugoslawischen Partei durch die Kominform-Tagung (November 1948) sowie den Rajk- und den Slánsky-Prozeß (September 1949 und Dezember 1952) ausgewertet hatte, womit sie die Stalinisierung der SED vorantrieb.

JOCHEN ČERNY

Klaus Schubert, Martina Klein: Das Politiklexikon, Verlag J. H. W. Dietz Nachf. Bonn 2003 (3. Aufl.), 327 S. (15,80 €)

Die Reihe vorliegender Politiklexika erweitert der Bonner Dietz-Verlag um ein Paperback mit über 1300 Stichwörtern. Das von Martina Klein, Mitarbeiterin der Düsseldorfer Hans-Böckler-Stiftung, und dem Münsteraner Politikprofessor Klaus Schubert verantwortete Buch wendet sich erkennbar nicht an Fachwissenschaftler, sondern an politisch interessierte Menschen, bei denen allerdings grundlegende Kenntnisse vorausgesetzt werden.

Für diesen Adressatenkreis ist das »Politiklexikon« sehr hilfreich. Weniger zur internationalen Politik, wohl aber zu Deutschland und der Europäischen Union bleibt kein wesentlicher Begriff unerklärt. Freilich fallen wegen der Vielzahl der Stichwörter einzelne Begriffserklärungen recht knapp aus, so daß gelegentlich zur Vertiefung zu anderen Nachschlagewerken zu greifen wäre. Auf Recherchemöglichkeiten im Internet wird von den Herausgebern verwiesen.

Nicht alle Stichwörter wurden bei der Neuauflage aktualisiert. So wird bei der Erklärung von *Überhangmandat* auf die Bundestagswahlen von 1994 und 1998, nicht aber auf die Wahl 2002 eingegangen. Positiv dagegen sind zahlreiche gute schematische Darstellungen, die geeignet sind, komplexe Sachverhalte nachvollziehbar werden zu lassen. Hilfreich auch die zahlreichen Verweise auf verwandte und angrenzende Begriffe.

Insgesamt somit ein ernsthaftes Buch. Politikwissenschaftlern sagt man ohnehin keinen großen Hang zum Humoristischen nach. Unter den AutorInnen des »Politiklexikons« muß sich jedoch ein heimlicher Fußballfan befinden, der die alte Rivalität zwischen Deutschland und Holland auch hier einfließen läßt. So findet sich zwischen *Opposition* und *Ordnungspolitik* ebenso überraschend wie erheiternd das Stichwort *Oranjegevoel*: (niederl.: Oraniengefühl. O. bezeichnet ein plötzlich aufkommendes Virus in den Niederlanden während internationaler Sportveranstaltungen und bewirkt, daß sich das ganze Land in Orange einfärbt. Der Virus bedeutet keinerlei Gefahr für die Nachbarländer.« (S. 212)

Dennoch zum Abschluß eine humorlose Bemerkung: Daß ausgerechnet beim rückseitigen Klappentext niemand in Verlag und Herstellung die Tücken des Trennprogrammes erkannte, stellt einen der Schönheitsfehler dar, wie sie im Zeichen personell verknappter Lektorate leider bei vielen Verlagen zu konstatieren sind.

FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER

»Dem freien Geiste freien Flug«. Beiträge zur deutschen Literatur für Thomas Höhle. Hrsgg. v. Dieter Bähtz, Manfred Beetz u. Roland Rittig. Schriften der Ernst-Ortlepp-Gesellschaft e.V. Nr. 2, Leipziger Universitätsverlag Leipzig 2003, 183 S., (15 €)

Den 75. Geburtstag des halleschen Germanisten Prof. Dr. Thomas Höhle nahmen Freunde, ehemalige Kollegen und Schüler zum Anlaß, den Wissenschaftler mit einem Kolloquium zu ehren. Die vom Germanistischen Institut der halleschen Universität, der Ortsvereinigung der Goethe-Gesellschaft Halle e.V. sowie der Ernst-Ortlepp-Gesellschaft e.V. getragene Veranstaltung hatte gut sechs Monate nach dem Geburtstag Thomas Höhles, am 22. Juni 2002, im Schloß Moritzburg zu Zeitz – dem Sitz der Ortlepp-Gesellschaft, die eine der jüngsten literarischen Vereinigungen im mitteldeutschen Raum ist – stattgefunden. Ein Vers des unglücklichen Dichters Ernst Ortlepp (1800-1864) lieh sowohl dem Ehrenkolloquium als auch der daraus hervorgegangenen Festschrift für Thomas Höhle den Titel: »Dem freien Geiste freien Flug«.

Thomas Höhle wurde 1926 in Aue geboren, wuchs aber in Düsseldorf und Kassel auf. Dem 1944 in Göttingen abgelegten Abitur folgte die Einberufung zur Wehrmacht. Seiner antifaschistischen Haltung folgend, gehörte er nach dem Zweiten Weltkrieg zu den Mitbegründern der KPD in Göttingen. 1947 übersiedelte er nach Leipzig, wo er studierte und bei Ernst Engelberg und Hans Mayer promovierte. Von 1951 bis 1959 leitete Thomas Höhle das Institut für deutsche Literatur und kulturelle Massenarbeit an der Bundesschule des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bernau, der späteren Hochschule der Gewerkschaften »Fritz Heckert«. Seit 1960 Professor für deutsche Literatur und Leiter des Germanistischen Instituts an der Universität Warschau, wechselte Höhle 1963 an die Universität Halle-Wittenberg, wo er bis 1992 tätig war. Schwerpunkte seiner wissenschaftlichen Tätigkeit waren und sind die Autoren Gotthold Ephraim Lessing und Franz Mehring. Zu erwähnen ist auch Thomas Höhles »langjährige Mühewaltung für Gottfried August Bürger und das Bürger-Museum in Molmerswende«, auf die Günter Hartung (Halle) eingangs seines Beitrags über »Reichardts ›Lenore‹-Vertonung« hinweist. Nun auf das achte Lebensjahrzehnt zugehend, ist der Emeritus noch immer fleißig. Momentan arbeitet Prof. Höhle an seinen Memoiren.

Die Festschrift für Thomas Höhle enthält 13 Aufsätze, die mehr als zwei Jahrhunderte deutscher Literatur beleuchten. Die Spanne reicht von der in der Mitte des 18. Jahrhunderts gegründeten »Gesellschaft der schönen Wissenschaften in Halle«, die *Hans-Joachim Kertscher* (Halle) vorstellt, bis hin zur Bearbeitung des Dramas »Der Hofmeister« von Jakob Michael Reinhold Lenz durch Bertolt Brecht im Jahre 1950. Die im Zuge dieser Arbeit geknüpften Kontakte zur Klassikerstadt betrachtet *Lothar Ehrlich* (Weimar) in seinem Beitrag »Brecht und Weimar«. Eröffnet wird der Band mit einer Analyse des Großgedichts »Rede des ewigen Juden« von Ernst Ortlepp. *Rüdiger Ziemann* (Halle) hat diese Dichtung nicht nur einer eingehenden Untersuchung unterzogen, sondern bereitet sie derzeit auch zur Publikation vor. Wie *Roland Rittig,* der zum Herausgebergremium gehört, ist auch *Ziemann* im Vorstand der Ortlepp-Gesellschaft.

Das schön gestaltete Buch, dessen feuerwehrroten Einband eine Zeichnung schmückt, die der Berliner Künstler *Dieter Goltzsche* dem Jubilar zueignete, ist eine bleibende Würdigung für einen vielseitigen und – *Manfred Beetz* erinnert am Beginn seines Beitrages über Schillers dramaturgische Rhetorik in »Wallenstein« daran – auch rhetorisch höchst gewandten Gelehrten, dem zeit seines Wirkens als Hochschullehrer vor allem daran gelegen war, künftigen Deutschlehrern und Literaturhistorikern eine gediegene Ausbildung zu bieten.

KAI AGTHE

Ulrike Köpp
The »outsiders« and the »insiders« view

The author discusses the contemporary handling of the cultural heritage of the GDR on the basis of the anthology »The Weimar classical period in the Ulbricht era«. She succinctly and convincingly illustrates that judgments are often reached, not through analysis of the subject matter, but rather as a means of confirming ideological prejudice. The author guides the reader toward the logical conclusion: the more vehemently the judge demands a conviction, free of ideology, the more ideological is his own standpoint. Pars pro toto Ulrike Köpp examines the bigotry that in Germany is mistaken today for culture.

Wolfgang Fritz Haug
What is to be done?

A fundamental issue returns in a new guise

This article is a revised version of a lecture given at the Congress of the Swiss Worker's Party in 2002. Haug discusses the future role of leftist parties and whether political parties in general have not become superfluous. With reference to Bertolt Brecht, he pleads for an interaction between the various political movements and left parties. The necessity of supporting the development of these movements is evident. But it should be kept in mind that, whereas political movements are transient, political parties are characterised by longevity. He calls for a »radical Reformism« in the sense of Rosa Luxemburg's concept of »revolutionary political realism«.

Jörg Roesler
The New Economy – a recurring cycle?

Reflections on its place in the economic history
from the 19th to 21st century.

The refinement of the New Economy is legendary. Already in the past, economic cycles tended to repeat themselves in close conjunction with the introduction of new technology, culminating in a boom and bust culture, especially on the stock markets. In the 1860's, the »founder's crash« followed the growth of the railroads. In the 1920's, it was the (predominantly American) automobile industry which set off economic expansion, resulting in global recession. The success of the prevailing ›New Economy‹ values of the IT enterprises in the last decade, ended, as comparable historical events preceding it, in a crash. Also then a completely new kind of capitalist economic management was promised and again not fulfilled. An ensuing paradigm shift encompassing a rejection of the »neo-liberal« model cannot be ruled out.

Horst Dietzel
More Differences than Points in Common

A Comparison of the Programmes of The PDS and The Greens

The author sees two different »programme philosophies«: The Greens abstain from an alternative social vision. They seek to change the society via twelve »key projects«. Their programmatic messages are focussed on concrete policies. For the PDS, the exact contrary is true. It sticks to its traditional claim of creating a new (a socialist) society. Much weight is given basic ideas of how to achieve and what is to be accomplished in a socialist

society, of the description of the world and of the development of the party itself. Much less weight is placed on concrete policies. The most pronounced differences can be seen in the assessments of global, of European and of national social relations. The PDS sharply criticises the current situation, but the Greens are rather reluctant to do so. The positions of the two parties approach one another in the fields of ecology, democracy and in the field of education, culture and science.

Monika von der Lippe
National Press Coverage of the PDS

An Analysis of news coverage of the PDS
during the Bundestag Elections in 2002

During the Bundestag election campaign in 2002, the PDS was mentioned quite often in the media. But little was reported on the political alternatives proposed by the PDS. The media interest was concentrated on speculations concerning probable success or failure, based on poll results and concerning a possible change in the leadership of the party. In spite of extensive political research done on the PDS, coverage in the media has yet to be examined. The author undertakes to fill this gap by focusing on the party's management of themes and the influence the party's PR had on media coverage.

Ulla Plener
The »Social Democracy« tool of the SED-leadership in the cold war against segments of the labour movement (1948-1953)

Stalin's 1927 definition of »social democracy« as »the ideological support of capitalism« and his declaring an »insurmountable barrier« between communists and social democrats became a weapon in the battle against social democracy. Particularly after 1952/1953 (and until the 1970's) it was used by the SED as a weapon in the cold war against SPD leaders. This proved counterproductive to the SED plans for unity of the German labour movement. The article, with the accompanying document dated December 1952, uses the minutes of SED meetings to examine this political development from 1948-1953.

Karl-Heinz-Gräfe
The rebirth of capitalism in Russia

The author examines the transformation of structures of state-socialist ownership into capitalist enterprises with reference to important economic sectors and individuals. Perestroika began with a denationalisation and decentralisation of both the state and the economy. Then in the aftermath of the disintegration of the USSR in 1991, the Yeltsin government and the communist organisation organised, with the support of international capital, a change of system in Russia. The privatisation of a substantial segment of national wealth, led to the formation of a new financial and industrial oligarchy in the economic sector, which determines the orientation of the economy, the politics, and the mass media. Representatives of organised crime were recruited principally from officials of the Komsomol, state and economic officialdom, engineers and scientists. These oligarchies carry the main responsibility for the ensuing poverty and social polarisation.

UTOPIE
Diskussion sozialistischer Alternativen
kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.
Rezensionen sollten 6 000 Zeichen, Annotationen 3 000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.
Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:
WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.)
Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030– 44 310-157/130/123, Fax-122
Internet: www.utopiekreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: ELKE SADZINSKI
Druck: MediaService GmbH
BärenDruck und Werbung
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)
Einzelverkaufspreis: 6 €
Jahresabonnement (incl. Versand):
57 € (Inland), 75 € (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 122:	je	1 €
Heft 123 bis 146	je	2,50 €